

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mt., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-Abonnement: 2,50 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 3 Mt. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verordng. - Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg. für Berlin- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Mittwoch, den 18. März 1896. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der 18. März

Ist gleich dem 1. Mai ein internationaler Festtag der Proletarier aller Länder geworden. Er ist dem Andenken der Volkserhebungen des letzten Halbjahrhunderts gewidmet und dem Andenken der Kämpfer und Blutzeugen der modernen Arbeiterbewegung.

Am 18. März des Jahres 1848 war es das Volk von Berlin, das den alten verrotteten Polizeistaat über den Haufen warf und den Grund legte für die politischen Neubildungen in Deutschland.

Es war ein „tolles“ Jahr, wie die Feinde des Volkes es genannt haben, das Jahr 1848 — „toll“, weil nicht hineinzugewungen in das Prokrustesbett der „Staatsvernunft“, die darin besteht, daß die Menschenvernunft in Damm gethan, und das, was für sie Unsinn, Unrecht und Tollheit ist, zur Grundlage der Gesellschaft und des Staates gemacht wird. Bei dieser Umdeutung der Begriffe muß der „Staatsvernunft“ die Menschenvernunft mit samt der Menschennatur als Tollheit erscheinen.

Es war ein „tolles“ Jahr! In Frankreich wollte das Volk sich nicht länger gefallen lassen, daß die paarmlaun hunderttausend Reichen, denen Louis Philipp, der Bürgerkönig, die Regierung der 85 Millionen Franzosen überliefert hatte, das Land ausplünderten — und sie stürzten in der Februar-Revolution die Juli-Monarchie.

Die kühne Befreiungsthat des französischen Volkes begeisterte die anderen Völker und trieb zur Nachahmung. Namentlich Deutschland wurde ergriffen, wo der Großmeister der internationalen Polizeireaktion, Metternich, jede Bewegung der Geister zum Hochverrath, jeden Fortschritt zum Staatsverbrechen stempelte. In Wien, im Bundesstag zu Frankfurt, in Berlin herrschte er unbeschränkt und galt als der größte Staatsmann aller Zeiten.

Da fiel der Schlag in Paris und überall in Deutschland bäumte das Volk sich auf gegen die schwachvolle Wirthschaft. Ueberall Hornesausbrüche, Massenkundgebungen. Endlich am 18. März die erste große Märzthat auf deutschem Boden: das Volk von Wien erhob sich und mit einem mächtigen Ruch warf es — Simson gleich — den kunstvollen Reaktionsbau zusammen, den Metternich mit seinen Helfershelfern vierunddreißig Jahre lang zurechtgezimmert und gefügt hatte. Metternich stoh feige vor dem Sturm, den er in seinem Uebermuth gefüt hat.

Und fünf Tage später — am 18. März, heute vor 48 Jahren — folgte Berlin dem Beispiele von Wien. Ein Angriff des Militärs auf unbewaffnete Volkshaufen brachte das Maß zum Ueberlaufen — das ergrimnte Volk baute Barrikaden und nahm den Kampf auf. Die Truppen wurden besiegt und nachdem der König vor den Leichen der Erschossenen den Hut gezogen, willigte er in alle Forderungen des Volkes.

Das Volk war nicht bloß in Berlin, es war in ganz Deutschland Herr der Lage. Es brauchte nur zu wollen, und sein Wille geschah. Um zu wollen, muß man aber vor allem wissen, was man will. Und das mußte das

Volk damals nicht. Das Bürgerthum war politisch und ökonomisch noch unentwickelt — es haßte das alte erbärmliche Polizeiregiment, trat jedoch nicht mit bestimmten Forderungen in jene Bewegung, welche man die Märzrevolution getauft hat. Und die Arbeiter hatten, weil der Klassen Gegensatz bei den Kleinbürgerlichen Verhältnissen noch nicht zugespitzt war, kein Klassenbewußtsein und kein Programm.

Inzwischen bereitete sich in Paris, wo der Klassen Gegensatz zu scharfem Ausdruck gelangt war, ein blutiger Klassenkampf vor.

Die Junischlacht wurde geschlagen. Das Proletariat stand zum ersten Mal der Bourgeoisie als feindliche Klasse und Partei in offener Schlacht gegenüber.

Das Proletariat erlag — allein die siegreiche Bourgeoisie hatte begriffen, daß der Sieg nicht endgültig, daß ihre Klassenherrschaft bedroht war, und daß sie jetzt entweder auf die Herrschaft verzichten, oder all ihre Kräfte zur Niederhaltung des Proletariats anspannen müsse.

Die Bourgeoisie dankte nicht ab — sie entschloß sich zur Klassendiktatur. In Frankreich warf sie sich Bonaparte in die Arme, und in Deutschland begann es ihr vor den eigenen Idealen zu grauen.

Die Errungenschaften der Märzrevolution gingen eine nach der anderen verloren. Am 9. November 1848 wurde in Wien Robert Blum, der Abgesandte des Frankfurter Parlamentes, auf der Brigittenau standrechtlich erschossen — und zur gleichen Stunde zog in Berlin W r a n g e l ein mit dem Belagerungszustand.

Ein kurzes wildes Aufflackern und Aufzucken der Revolution im Mai 1849 — und die Reaktion hatte gefegt. Der Boden war geebnet für Bismarck und seine Blut- und Eisenpolitik.

Sie brachte uns drei Kriege — den dänischen, den deutschen Bruderkrieg, den deutsch-französischen Bruderkrieg — jeder folgende aus dem vorherigen entsprungen und alle drei logische Konsequenz des Bismarck'schen Regierungssystems.

Das Volk mußte im Innern von seinen wahren Interessen abgelenkt und zu diesem Zweck mit Kriegsspektakel beschäftigt und mit Kriegslorbeer betäubt werden. Denn der Lorbeer ist eine der gefährlichsten, den Despoten aber sehr nützliche Giftpflanze.

Die Kriege gelangen. Doch sie trugen die Strafe in sich: aus dem Bruderkriege mit Frankreich wurde die K o m m u n e geboren.

Wieder ein 18. März!
Ein zweiter 18. März, dreiundzwanzig Jahre nach dem ersten.

In diesen 23 Jahren welche Veränderungen, welcher Umschwung, welcher Fortschritt — trotz aller Unterdrückungsmuth und Unterdrückungskunst der Machthaber, trotz der Diktatur des Bonaparte in Frankreich und des Bismarck in Deutschland.

Das Proletariat war in allen Kulturländern zur Klasse

herangereift. Unter der schwärzesten politischen Reaktion hatte sich eine kolossale wirtschaftliche Revolution vollzogen. Der Großkapitalismus hatte sich entwickelt — er hatte in weitem Umfange das Eigenthum der Mittelschichten aufgezehrt, das Proletariat großgezogen und damit die Vorbedingungen der sozialen Umwälzung geschaffen. —

Im vorigen Jahre feierten die bürgerlichen Parteien Deutschlands das Jubiläum des deutsch-französischen Bruderkrieges, und jedem Schlachttag dieses furchtbaren Krieges ist in der gesammten Presse der Reaktionsparteien eine besondere Feier geweiht worden.

Das Proletariat blieb diesen Feiern fern.

Heute aber ist ein Gedenktag für das Klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt. Heute sind es 25 Jahre, daß das Volk in Paris in Paris angeführte der deutschen Belagerungsarmee, welche die Mutterstadt der Revolution eifern umklammert hielt, das Banner der Revolution entfaltet und der laudensverrätherischen Bourgeoisie die Stirne bot, um die junge Republik zu retten.

Es war ein Werk heroischer Selbstaufopferung. An Sieg war nicht zu denken. Wurden die Versailler Überwunden, denen Bismarck die kriegsgefangenen Soldaten aus Deutschland zur Unterdrückung lieferte, so hätten wahrscheinlich die deutschen Truppen sich ihnen angeschlossen. Nicht Sieg war möglich — die Aufgabe war, dem Feind solchen Widerstand entgegenzusetzen, daß seine Absicht, die Republik zu erdroffeln, vereitelt ward. Und dies ist erreicht worden. Wir können hier nicht die Geschichte der Kommune erzählen. Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ ist in den Händen aller Genossen und Lassagay's treffliches Buch ist den meisten bekannt. Die sozialistischen Arbeiter waren Herren der Stadt Paris — eines Gemeinwesens von 2 1/2 Millionen Menschen und des Mittelpunktes von Frankreich. Sie hatten fortwährend zu kämpfen, und im Kampf die Verwaltung zu ordnen. Sie konnten den Sozialismus nicht verwirklichen, aber sie regierten sozialistisch. Sie, die „Theiler“, beschützten das Eigenthum, dessen einziger Feind der Kapitalismus ist. Sie, die Beförderer der Familie und Untergraber der Sittlichkeit, regelten die Arbeitszeit so, daß die Arbeiter der Familie leben konnten; und sie rotteten die Prostitution aus, indem die Dirnen den zahlungsfähigen ordnungsparteilichen Briefträger der heiligen Ehe und — freien Liebe nach Versailles nachzogen. Da gewisse Bourgeois aus Paris entflohen waren, so hörte auch der Diebstahl auf, und niemals ist Paris so sicher, so ruhig, so frei von Verbrechen gewesen, wie unter der Kommune. Das ist auch von den Feinden vor dem Kriegsgericht anerkannt worden.

Und trotzdem mußte die Kommune, so gemeinnützig und edel sie handelte, im Blut erstickt werden. Jeder Tag war ein Tag des Kampfes. Und nach dreißig Monaten heldenhafte Ringens erlag die Kommune der Uebermacht.

Außer im Kampf hat sie keinen Tropfen Blutes vergossen.

Die Sieger badeten sich in Blut. Männer, Frauen,

splendiden Wirth zu spielen und die Tafelfreunden in die Länge zu ziehen. Er sah zwischen Clotilde und seiner Frau, neben dieser der Oberförster und neben dessen Frau Theodor von Rüdorf.

„Wie freue ich mich,“ begann der Major, „daß wir heute so traulich in bunter Reihe sitzen.“

„Da wird wohl Ihre Flasche Marktgräser,“ erwählte beiläufig Clotilde, „wieder nicht zulangen.“

„Da haben wir's, mein Durst ist erlitten, nun will auch ich verathen, daß ich ein Fäßchen „Deurigen“ für meine Gäste kommen ließ.“

„Ist denn der hiesige „Neue“ gut?“ frug Rüdorf.

„Ausgezeichnet,“ antwortete der Oberförster.

„Also Du hast den diesjährigen Most auch schon probirt?“ frug die Oberförsterin ihren Mann.

„Mußte ich's nicht, um Deinem Bruder etwas Außergewöhnliches empfehlen zu können?“

„Na! na!“ drohte die Oberförsterin, „Ihr Männer habt ein wunderbares Erfindungstalent, wenn es gilt, das Trinken zu beschönigen.“

„Und der Eiser,“ sehte die Majorin hinzu, „und die Wichtigkeit, welche dabei entwickelt wird, leckere Bissen und gute Tropfen ausfindig zu machen, ist oft wahrhaft rührend.“

„Da haben wir's — immer werden wir verkannt,“ versetzte der Major. „Daß dabei unsere Haupt Sorge ist, auch den Geschmach der Frauen zu treffen“ —

„Na, na,“ — erlang es, „daß wir danach suchen, was wohlbekannt und der Gesundheit zuträglich ist, das wird nicht anerkannt, davon wird nicht gesprochen.“

Die Frauen verbargen mühsam ihr Lachen. „Ich behaupte sogar, daß unser Gast Theodor seinen Besuch hinauschoß und verzögerte, um sein Lieblingsgetränk „neuen Wein“ vorzufinden.“ (Fortf. folgt.)

82

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

„Willkommen! Willkommen!“ rief der Major, dem nichts lieber war, als viele Gäste bei sich zu sehen, ihm entgegen. „Das ist gut, Schwager, daß Du da bist, nun sind auch wir zu dreien.“

„Vor allem meine herzlichste Gratulation Euch beiden,“ begann Rüdorf. „Es freut mich um so mehr, Euch beglückwünschen zu können, weil Ihr Eure Vorliebe für das schöne Geschlecht so einmüthig an den Tag gelegt habt.“

„Da haben wir's — nun fängt auch der zu hänseln an.“

„Freilich, ein verbissener Weiberfeind haßt die Frauen.“ Rüdorf frug, um nicht das Gegentheil eingestehen zu müssen, nach der Majorin und seiner Schwester, mehr um seine Verlegenheit zu verbergen. Er liebte ja noch und zwar die, die ihn verschmäht und der er hier begegnen sollte.

„Theodor!“ schallte es von der Thür her, und gleich darauf lagen sich die Oberförsterin und ihr Lieblingsbruder in den Armen.

Dann kam auch die Majorin und Clotilde. Beide bewillkommneten Rüdorf. Die Begrüßung zwischen Clotilde und Rüdorf war etwas förmlich. Clotilde sah den jetzt stattlichen Mann vor sich, von dem sie wußte, daß er sie liebte und sie ihm wehe gethan. Mit einer verschämten Beklemmung fühlte sie zugleich ihren Schmerz um die Eltern neu erwachen. Sie bezwang sich, suchte beides zu verbergen, nahm das Tafeltuch zur Hand und begann den Tisch zu decken.

Man ließ sie gewähren. Rüdorf wurde abgelenkt und mit Fragen bestürmt. Er beantwortete sie alle kurz und etwas zerstreut, seine Augen floßen zuweilen dorthin, wo die schlanke

Gestalt Clotilde's so emsig und zierlich hantierte und dann hinauseilte.

Rüdorf sah ihr nach und seine Augen begegneten dann denen seiner Schwester. Diese schien ihn zu verstehen und flüsterte ihm zu: „Daß der Zeit ihr Recht. Ihr Schmerz ist noch zu neu, übe Geduld und sei heiter.“

Rüdorf drückte verstoßen im Einverständnis seiner Schwester die Hand und die Hoffnung stimmte ihn fröhlich.

Da trat auch Clotilde mit heiterer Miene ein. Sie hatte sich vorgenommen, den trauten Kreis nicht zu stören. Ihr Entschluß schien gefast, sie wollte keinem Manne mehr angehören, da konnte sie sich auch ungezwungen geben wie sie war, in einem Hause, wo sie sich sonst wohl fühlte. Sie hatte mit sich abgeschlossen. Die düstern Schatten, welche ihren Vaterstnamen umschwebten, mußten jedem Manne (für Rüdorf besonders, der ihre Eltern gekannt) ein Hinderniß bleiben. Sie mußte entsagen. Die Zukunft lag zwar trübe vor ihr, aber sie wollte sich dieselbe selbst erhellen. Die hohe Befriedigung, daß es ihr gelungen, schon manche Thräne zu trocken, stahlten sie in ihrem Drange und guten Vorsätzen: Leidenden auch ferner beizustehen, zu helfen. Ein Menschenleben hier und da aufzurichten, zu retten, sollte ihr Bestreben sein, ihr Trost, und den Eltern Sühne bringen, dafür erfüllte Muth und Freudigkeit ihre ganze Seele. Dieses hohe Ziel, was sie sich gesteckt, erhielt sie geistig regsam, immer thätig, lebhaft, und umgab ihr ganzes Wesen mit einer gewissen Behendigkeit und Feudigkeit. Daher kam es, daß Clotilde immer freundlich und heiter erschien, dabei doch vornehm, jedem Hochachtung abnöthigte. Sie sprach nie von ihrem stillen Wohlthun, niemand merkte, wie sehr sie ihre Zeit und ihre Ausgaben berechnete, aber sie war nie wortfarg, sie schürte ja sogar oft den Humor des Majors durch naive Fragen.

Die heutige Mittagstafel war eine freudig erregte. Dem Major gefiel nichts mehr, als zuweilen den

Kinder wurden — nach dem Kampf — zu Tausenden erschossen. War der Chassepot müde, so half die Mitrailleur nach.

Das war „der Triumph der Ordnung“.
Im Blut der Kommune sollte der Sozialismus ersäuft werden.

Und: „er ist ersäuft, — todt und begraben!“ schrie jubelnd das Volk der goldenen Internationale, das Ausbeutervolk in Stadt und Land.
Und „Revanche“ — Rache! Sühne! erscholl es von der „Mauer der Föderierten“, wo die Leuten der kämpfenden Kommunen angeblich im Namen der Zivilisation und der Religion erschossen wurden.

Die „Proletarier aller Länder“ erinnerten sich ihrer Pflicht — auf den Ruf:
die Kommune ist todt! antworteten sie mit dem Donnerruf: die Kommune lebt! Es lebe die Kommune!

Fünfundzwanzig Jahre sind verstrichen. Und in diesen fünfzig Jahren hat der internationale Sozialismus sein Herrschaftsgebiet, die Zahl seiner Anhänger, seine Macht verzehnfacht, verhundertacht auch in Frankreich.

Ausnahmegesetze zerbrachen wie Glas, Polizeieiseln zerrißen wie Binden, Kerker und Verfolgungen wurden lächelnd getragen, zu schanden gelacht.

Dhnmächtig stehen ihre Feinde in Frankreich da; nichts mehr will ihnen gelingen, und die „göttliche Weltordnung“, vor die sie sich als Hüter aufgestellt haben, sie ist ein sinkender Sumpf — ein riesiges Panama.
Die Revanche — die französischen Proletarier haben sie.

Das Blatt hat sich gewendet — in diesen 25 Jahren ist die Probe auf das Exempel gemacht worden.

Vor 25 Jahren wurde von den meisten Organen der besitzenden und „gebildeten“ Klasse das Proletariat geächtet, verfehmt als eine „Horde von Barbaren, welche die heiligsten Güter der Menschheit: Eigentum, Familie, Ordnung und Moral bedrohten und deren Sieg den Untergang der Zivilisation und der Kultur bedeute.“

Und heute?

Das Eigentum ist mehr und mehr zum Monopol einer winzigen Minderheit geworden. Die Mehrzahl des Volkes, die größere Hälfte derer, die zu jener Zeit noch Eigentum hatten, sind ihres Eigentums verlustig gegangen und in das Proletariat herabgeschleudert worden. Durch den Sozialismus? Nein! Durch den Kapitalismus, den Nimmerjatt, der vom Eigentum anderer lebt.

Die Familie ist für die ungeheure Mehrheit des Volkes ein unerfüllbares Ideal — dank den Folgen des Kapitalismus, der Mann, Frau und Kind seiner Ausbeutung opfert und die Mehrzahl der Mädchen und Frauen zum Elend verdammt, wenn sie Leib und Seele nicht verkaufen wollen.

Und Ordnung und Moral? Diese Welt der „Ordnung und Moral“ was ist sie? In der alten Welt ein großes Heerlager, — bewaffneter Friede, ununterbrochene Kriegsvorbereitung, Kriegsgefahr in Permanenz. Und hier Panama, dort Panama, Panama in fast allen Ländern. Überall — auch in der neuen Welt — Spitzbüberei, Fäulnis, Elend, Gewalttätigkeit, Verheerung, Klassenkampf, Unterdrückung und Ausbeutung.

Die Scham ist entflohen und mittelalterliche Gewaltmenschen, wie Crispin und Bismarck werden von großen Parteien als Stützen der Weltordnung verehrt und fast angebetet.

Die Sozialdemokratie allein versteht heute die Kultur und die Moral.

In Frankreich ist es die sozialistische Partei, welche das Sturmsignal gegeben hat zum Kampf gegen die Korruption — das heißt gegen Diebstahl und Veschlichkeit, die weite Kreise des Staatswesens erfüllen und den Staat in eine Räuberhöhle zu verwandeln drohen.

In Deutschland ist es die sozialistische Partei, die in erster Linie die Forderungen und Grundzüge der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des gesunden Menschenverstandes zu verteidigen hat.

Und wie hier, so ist es in allen übrigen Kulturländern: die Sozialdemokratie trägt die Fahne der Kultur voran und hat die wüsten Angriffe der Parteien des Umsturzes und der Unordnung, die sich den Lügnetel: Parteien der Ordnung beigelegt, in unablässigen Kämpfen abzuwehren.

Kämpfe der Abwehr auf dem Vormarsch zu dem Ziel: Befreiung der Arbeit von dem Joche des Kapitalismus, Befreiung der arbeitenden Klasse, Befreiung der Menschheit.

Der Sumpf der Korruption, der ringsum sich ausbreitet, die offenen Aufreizungen zum Staatsstreik und zum Bürgerkrieg, der Umsturz aller Rechtsbegriffe, die Bestialitäten in den Kolonien — das sind die Auswüchse des Kapitalismus.

Wohlan, das Maß ist voll. Soll die menschliche Gesellschaft nicht in Schmutz und in Blut untergehen, so muß der Kapitalismus entthront, muß sein Augiasstall gereinigt werden. Und dazu gehört ein Herkules. Der moderne Herkules ist die Sozialdemokratie, sie wird die Reinigungsarbeit besorgen. In Frankreich hat sie schon begonnen.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Der Schuhverband

gegen agrarische Uebergriffe

hat ein erstes Lebenszeichen nach seiner Begründung ergehen lassen, indem der Vorstand einen Aufruf zum Anschluß an den Verband veröffentlicht. Da wir es hier mit einem Versuch zu thun haben, das kapitalbesitzende sowie in Industrie und Handel als Unternehmer thätige Bürgerthum aus seiner politischen Zersplitterung herauszureißen und es zu einer wirtschaftspolitischen Interessengruppe im Gegensatz gegen den agrarischen Interessensverband zusammenzuballen, lassen wir den Aufruf im Wortlaut folgen:

Aufruf.

„Seit der Begründung des Deutschen Reiches haben Handel und Gewerbe in unserem Vaterlande einen mächtigen Aufschwung genommen. Die Leistungen unserer Industrie haben sich gewaltig vervollkommen und gekräftigt. Ohne eine gleichzeitige Unterstützung durch einen intelligenten, rührigen, kapitalkräftigen Handel wäre ein solcher Aufschwung unmöglich gewesen. Diese großartige Entwicklung zu erhalten und zu fördern, die der gesamten Nation zum Segen gereicht, ist eine der ersten Aufgaben auch für die äußere Machtstellung und wechselfache Sicherheit des Deutschen Reiches.“

Die Landwirtschaft hat gleichfalls von der Kapitalkraft wie von der Technik des modernen Verkehrs beträchtliche Vorteile gezogen, wenngleich sie bei uns, wie in allen alten Kulturländern, mit Hindernissen zu kämpfen hat, welche der Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse entstammen. Diese Hindernisse zu überwinden, zu mildern, ist eine Aufgabe, deren Bedeutung von keiner Seite verkannt wird, am wenigsten von Seiten des Handels und der Industrie.

Aber es gilt eben, Hindernisse zu überwinden, nicht Hindernisse zu schaffen.

Letzteres aber will die heutige agrarische Bewegung. Sie immer mehr zu leidenschaftlicher Erregung gegen die übrigen Stände aufstachelnd, behaupten die Heißsporne der agrarischen Vereinigungen, daß das Ausblühen von Handel und Industrie eine Hauptursache für die gegenwärtig weniger günstige Lage der Landwirtschaft sei.

Aus diesen Vorstellungen heraus ist man zu immer bestigeren Ausfällen gegen Handel und Gewerbe und schließlich zu persönlichen Angriffen auf die Ehre und Zuverlässigkeit der Angehörigen dieser Berufe gelangt.

Soweit dem großartigen Getriebe von Handel und Verkehr, wie eben allen menschlichen Verhältnissen, Missethate und Ungerechtigkeiten anhaften, sind die unmittelbar Beteiligten selbst einsehend und ehrenhaft genug und durch ihr Interesse darauf angewiesen, nach Mitteln der Abhilfe zu suchen; einer Gesetzgebung, die solches sachkundig erstrebt, sind sie nicht entgegen.

Gesetzgeberische Eingriffe dagegen, welche von feindseligen Vorurtheilen ausgehen und genügender Sachkenntnis entbehren, müssen zerstörend wirken.

Trotzdem macht sich in immer steigendem Grade das Bestreben geltend, solche verderblichen Einwirkungen auszuüben. Zahlreiche Bestimmungen der Gewerbeordnung werden große Kreise schädigen und zahlreiche einzelne Arbeitsweige sind immer wieder bedroht und beunruhigt; bald die Lederindustrie, bald die Tabakindustrie, heute die Margarinefabrikation, morgen der Buchhandel; alle Exportindustrien durch die ständigen Angriffe auf unsere Handelsvertragspolitik und unser gesamtes gewerbliches Leben durch den Ansturm auf unsere Währung.

Unter beständiger Gefährdung leidet auch die Börse, auf deren Mitwirkung die wirtschaftliche Thätigkeit des Volkes wie die Finanzen des Staates angewiesen sind. Die deutschen Börsen sowohl für Waaren als für Wertpapiere haben seit Jahrzehnten durch Ineffizienz und Arbeitslosigkeit eine Bedeutung erlangt, die es ebenso ungerecht wie kurzfristig erscheinen läßt, ihre tausendfältigen Bewegungen an polizeiliche Vorschriften zu binden.

Allen diesen agrarischen Bestrebungen haftet der Charakter sittenpolizeilicher Aufficht an, unter welche der einzelne in seinem Geschäftsbetriebe, im Verkehr mit seinesgleichen wie mit seinen Kunden gestellt werden soll. Damit wird dem Vorgehen der agrarischen Führer ein Stempel der Gefährlichkeit aufgedrückt, welcher mehr noch als aller befürchtete materielle Schaden zur thätigsten Abwehr auffordert.

Je lächter und ehrenhafter ein Mitglied der so verunglimpften und bedrängten Berufe ist, desto mehr muß ihm seine redliche Arbeit verteidigt werden. Gerade die besten Elemente sind es, die der widerwärtigen Kampfs, in den ihr intimes Erwerbleben und ihre Ehre verstrickt wird, auf die Dauer entmuthigen muß.

Durch Verschwendung der Besten wird der Geist von Handel und Gewerbe, die man zu heben vorgiebt, vielmehr herabgedrückt.

Diese Erwägungen sind jedoch für den Bund der Landwirtschaft nicht vorhanden. Er ist es, der in rücksichtslosester, keine Mittel schenkender Agitation unter Jubelstimmung aller kulturfeindlichen Strömungen und aller rücksichtslosen Befreiungen in offener Feindseligkeit gegen Handel, Gewerbe und Industrie gemeingefährliche Maßregeln zu erzwingen sucht und sich die politische Macht erworben hat, um selbst gegen den Widerspruch der Regierung seinen Zielen durch stete Wiederholung seiner Forderungen näher zu kommen.

So hat sich denn bereits ein schweres Gefühl des Unmuths und der Empörung in breiten Schichten zunächst der großen kaufmännischen Mittelpunkte geltend gemacht. Von ihnen aus ergeht das Verlangen nach Abwehr immer dringender.

Diesem Verlangen Gehör zu geben, haben sich diejenigen zusammengethan, von welchen gegenwärtig der Ruf ausgeht, dem Schuhverbande gegen agrarische Uebergriffe beizutreten.

Am letzten Ende muß dessen Ziel dahin gehen, jenen Geist, der unter den Fahnen der Agrarier in der deutschen Volksvertretung mächtig geworden ist, wieder aus derselben zu vertreiben.

Der Schuhverband gegen agrarische Uebergriffe wird die Regierungen da, wo sie selbst diesem Geist als einem gemeinschädlichen Widerstand leisten, unterstützen; er wird den Regierungen dann mit Nachdruck entgegenzutreten haben, wenn sie diesem Geist ungerechtfertigte, andere Erwerbskreise oder die Allgemeinheit schädigende Jugendmaßregeln machen.

Diese Ziele sollen angestrebt werden durch Aufklärung der öffentlichen Meinung, durch Weibringung des nöthigen Materials bei den Parlamenten und Regierungen und durch energische Bekämpfung der agrarischen Gegner, insbesondere auch bei den Wahlen — im Interesse der Wohlfahrt des gesamten Volkes.

So ergeht denn an alle deutschen Staatsbürger ohne Unterschied der Parteirichtung und des Berufes, welche die geschilderten Gefahren erkennen, die Aufforderung, sich ungehindert diesem Verbände anzuschließen und für die Ausbreitung und auch finanzielle Stärkung desselben nach Kräften einzutreten.

So der zweifellos geschicht abgefaßte Aufruf. Für die praktische Politik liegt seine Bedeutung darin, daß er „insbesondere auch bei den Wahlen“ die agrarischen Gegner bekämpfen will. Der antiagrarische Verband wird, wenn er sein Programm durchführt, gegenüber den liberalen Parteien die nämliche Stellung einnehmen wie der Bund der Landwirtschaft gegenüber den Konservativen. Beide Verbände werden ihre befreundeten Parteigruppen zunächst unterstützen, später überflüssig machen, sie von innen heraus aufzubrechen. Die nationalliberale Partei wird wohl zuerst das Zeitliche segnen. Von rechts werden die Agrarier, von links die Anti-Agrarier an der Partei zerrn, bis sie auseinanderreißen. Bisher wird das Zentrum sich erweisen.

Aber dem Einfluß des neuen wirtschaftlichen Verbandes wird es sich auf die Dauer eben so wenig entziehen können, wie dem Einfluß des Agrarierbundes. Alles wird natürlich davon abhängen, ob die Kommerzrenten noch ebensoviel Kampfkraft besitzen wie die Junker. Schließlich werden sich ja beide Kämpen wieder vertragen, wenn es gilt, gegen den Ansturm des Proletariats stand zu halten. Zunächst aber wird die Fehde zwischen Kommerzrenten und Junker erbitterter aufflackern als je. —

Politische Ueberblick.

Berlin, 17. März.

Der Reichstag erledigte heute die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes. Die Debatte über den Spezialetat für Südwestafrika zeigte, daß nach den vorangegangenen dreitägigen Kolonialverhandlungen, in deren Mittelpunkt der „Fall Peters“ stand, das Interesse wesentlich erschöpft war. Wohl unternahm der freikonservative

Graf von Arnim einen lebhaften und — was bei diesem Herrn sehr selten ist — auch äußerst scharfen Vorstoß gegen die Regierung und speziell gegen den Kolonialdirektor Dr. Kayser. Er konnte aber die Aufmerksamkeit des Hauses nicht gewinnen. Herr von Arnim ist unzufrieden mit der Regierung, weil sie nicht noch größere Summen als es jetzt bereits geschieht, in das Danaidenfaß unserer Kolonien wirft. Herr von Arnim gab damit dem Schmerz aller derer Ausdruck, die gleich ihm materiell in Kolonial-Unternehmungen engagirt sind. Diese Interessentpolitik wurde denn auch von Genossen Babel treffend gekennzeichnet, der mit aller Entschiedenheit gegen die Vermehrung der Ausgaben auf Kosten der Allgemeinheit zu Gunsten der Kolonialschwärmer à la Graf von Arnim protestirte. Um Herrn von Arnim, der erklärt hatte, gegen den fraglichen Etat stimmen zu wollen, zu verjöhnen, wurde ihm privatim von der Regierung das Versprechen gegeben, aus den zu erwartenden Einnahmen der Kolonie gewisse Beträge in dem von ihm gewünschten Sinne womöglich flüssig zu machen. Dies beruhigte den Herrn Grafen, und er erklärte unter allgemeiner Heiterkeit, nunmehr für den Etat stimmen zu wollen, wobei er so unklar war, daß ihm vertraulich gemachte Versprechen zu verrathen. Babel säumte nicht, festzustellen, daß die Erfüllung eines derartigen Versprechens dem Staatsgesetz zuwider, also ungesetzlich wäre. — Der Marine-Etat, in dessen Berathung nun eingetreten ward, gab zu bemerkenswerthen Debatten noch keine Veranlassung, da die „uferlosen Flottenpläne“ erst im weiteren Verlauf der Debatte zur Sprache kommen werden. —

Herr Posadowsky und der Antrag Lieber. Nach den „Berl. Pol. Nachr.“ soll der Reichs-Schatzsekretär Graf Posadowsky dem zustimmenden Beschluß der gesamten Subkommission des Reichstages zum Antrage Lieber, nur die Hälfte der Etats-Ueberschüsse im Reich der Einzelstaaten zu überweisen, die andere Hälfte dagegen zur Schuldentilgung im Reich zu verwenden, lebhaft widersprochen haben. Demgegenüber sind wir in der Lage, auf das bestimmteste zu versichern, daß der Antrag Lieber seine Entstehung einer direkten Anregung des Reichs-Schatzsekretärs Grafen Posadowsky verdankt. —

Die Verscherrung der Richter-Karriere nach persönlichem Ermessen des Justizministers, wie sie in der jüngsten Justiznovelle geplant wird, erregt jetzt in der liberalen und freisinnigen Presse großen Unwillen, da man annimmt, auch liberale, besonders jüdische Rechtskandidaten sollen dadurch getroffen werden. Dazu wird uns aus Braunschweig geschrieben: „Hätte man auf liberaler Seite nur etwas merken lassen, als es dazu noch Zeit war! Was jetzt in Preußen erstrebt wird, ist nicht anderes, als was im Braunschweigischen unter der von den Liberalen so gepriesenen Regierung von jeher geübt wird. Braunschweig hat einige sehr angesehene jüdische Advokaten, durchweg von gut-nationalliberaler Gesinnung; keiner von ihnen wurde zur richterlichen Karriere zugelassen, noch hat einer von ihnen das Notariat erhalten, obwohl dasselbe sonst stets an Rechtsanwältinnen nach ihrer Anciennität ertheilt wurde. Aber nicht einmal die Beteiligten haben jemals daran Anstoß genommen oder über diese Rechtsbeschränkung sich öffentlich ausgelassen, so groß war die Sorge, durch irgend einen an der Regierung geübten Tadel der dortigen Sozialdemokratie Aufwascher zu geben. Selbst als die Reichs-Justizgesetze die Hindernisse beseitigten, welche der Bekleidung eines Richteramtes durch Juden entgegenstanden, wurde von diesen auch nicht einmal ein Versuch gemacht, die in Braunschweig übliche Praxis zu durchbrechen.“

Selbst in nationalliberalen Kreisen erregt der Entwurf Anstoß. So schreibt der „Gann. Cour.“:

Die Gefahr würde nahe liegen, daß die Auswahl der Assessoren nach ihrem politischen Standpunkte und nach persönlichen Beziehungen erfolgen würde; die Versuchung zur Streberei und Liebedinerei würde den jungen Juristen außerordentlich nahegerückt werden; der Kuwalsberuf, der jetzt aus freier Wahl ergriffen wird, würde eine empfindliche Schädigung seines Ansehens erleiden, wenn er eine nothgedrungene Zufucht vom Staate zurildgewiesener darstellte; die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Staatsbürger würde gefährdet und dem Protektionswesen Thür und Thor geöffnet werden. Das sind Nachtheile, die den § 8 der Vorlage in den Augen jedes, der auf Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Richterstandes hält, unannehmbar machen müssen.“

Die silberne Internationale hat nun auch im französischen Parlamente eine auf die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz bezügliche Interpellation eingebracht. Auch in Frankreich ist der Führer der bimetallicischen Bewegung ein ausgeprägter Gegner der Arbeiterinteressen, der bekannte Schutzökner Méline.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Abgg. Albert, Dr. Arendt und Genossen beantragt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

zu erklären, daß das Schwanken des Werthverhältnisses der beiden Edelmetalle seit der Aufhebung der französischen Doppelwährung im Jahre 1873 sich als eine Schädigung der Interessen Deutschlands erwiesen hat, und die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrath alles zu thun, was in ihren Kräften steht, um durch ein internationales Uebereinkommen ein festes Werthverhältniß zwischen Silber und Gold herzustellen und zu sichern. —

Unsere chaubinistischen Engländerbegeisterer werden in eine sehr unangenehme Lage durch die Thatfache veretzt, daß England die einzige Macht ist, welche dem armen Dreibund-Invaliden: Italien, materielle Hilfe leistet. Denn mit moralischer verhindert man kein abessinisches Gewehr am Losgehen. Die Engländer machen, wie gestern Nacht im Unterhaus angekündigt ward, eine Diversion von Sädegypten aus, um die Derwische am weiteren Vordringen zu hindern. Natürlich thun sie das in erster Linie im Interesse ihrer eigenen Herrschaft in Egypten. Aber wo giebt es, wo gab es je eine Regierung, die in ihrer Politik nicht vom Interesse geleitet worden wäre?

Inzwischen dauern die Verhandlungen zwischen den Italienern und Abessinern fort — wobei die Engländer die Vermittler spielen. Wenigstens, der bloß einen Vertheidigungskrieg führte, stellt heute den Besiegten keine anderen Bedingungen, als vor der Schlacht von Adua. Diese „Barbaren“ sind so — dum, ehlich zu sein. —

Der Dongola-Feldzug hat in längeren Auseinandersetzungen im englischen Unterhaus einen offiziellen Kommentar erfahren. Wichtig ist daraus die Angabe der Gründe, die angeblich die englische Regierung zu dem Unternehmen veranlaßt haben.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon erklärte, daß vor einigen Wochen Gerüchte von einem beabsichtigten Vormarsche der Derwische eingelaufen seien. (Aufe bei den Irändern: Oh! Oh!) Dieser Vormarsch bedrohte drei verschiedene Punkte der Muratquellen und den Brunnen Kolreb. Ferner habe die

Regierung gehet, daß Osman Digna (Rufe: Oh! bei den
Zuländern) mit einer bedeutenden Streitmacht gegen Kassa-
la vorrückte und gleichzeitig sei aus Kairo die Nachricht eingetroffen,
daß große Verstärkungen nach Dongola gingen. Diese Nach-
richten seien der Regierung Ende Februar zugegangen. Die
Militärbehörden in Ägypten und England hätten aus
diesen Nachrichten auf einen ernstlichen Vormarsch der
Derwische geschlossen, dessen unmittelbares Ziel wahr-
scheinlich Kassa la sei. Die Gefahr müsse aber schließ-
lich auf Ägypten eine Rückwirkung ausüben. Die Besorgnis
sei um so größer, da damals schon die Italiener großen
Schwierigkeiten an der Westküste des Roten Meeres begegnet
seien; dann seien die unglücklichen Ereignisse von Adua ge-
kommen.

Die Opposition, vertreten durch Harcourt und
Labouchere, bekämpfte lebhaft den geplanten Feldzug.
Auch die Zuländer sind dagegen. Einen eigentümlichen
Kommentar erhält nun die Behauptung von der Not-
wendigkeit eines sofortigen Vormarsches durch folgende
Depesche:

London, 18. März. Wie gemeldet wird, hat der Ober-
befehlshaber der Armee Wolseley heute die Regierung
benachrichtigt, daß es in ansehnlicher Höhe der Jahreszeit und
des niedrigen Wasserstandes des Nil sowie der sich daraus er-
gebenden Schwierigkeiten für den Transport der Verstärkungen
es für die Expedition nicht angemessen sei,
bis zum September, der Zeit, wo der Nil steigt, über
70 englische Meilen (= 15 deutsche Meilen) südlich
von Wady Halfa hinaus vorzurücken.

Der Mann versteht jedenfalls etwas von der Sache,
denn er hat die Expedition zur Rettung Gordon's kom-
mandiert, die zwar nach Khartum gelangte, aber vergeblich.
Die obige Mitteilung schlägt der ganzen amtlichen Recht-
fertigung der Expedition den Boden aus. Wady Halfa
liegt an der Grenze Ägyptens. Ist es nicht rathsam, vor
September weiter südlich vorzurücken, wozu denn jetzt der
ganzeärm?

Uebrigens hat der Staatssekretär des Unabhängigen
Kongostaates van Cetevelde ausdrücklich bestritten, daß
der Kongostaat Frankreich eine Verständigung über ein
gemeinsames Vorgehen gegen eine etwaige Grenzüberschreitung
der Derwische am oberen Nil vorgezogen hätte.

Deutsches Reich.

— Dr. Peters hat im „Kleinen Journal“ eine lange
Erklärung erlassen, die nur das wiederholt, was in seinem im
Reichstag durch Graf Armin v. Helldorf bereits behauptet
war. Zum Schluß stellt er sich als Opfer „unpatriotischer“
Machinationen hin. Es lohnt sich nicht ein Wort dagegen zu
sagen. Gleichzeitig hat der Vizier en miniature, wie
wir bereits berichtet, aber auch zu seiner Rechtfertigung
beim Reichskanzler die Einleitung eines Disziplinar-
Strafverfahrens gegen sich beantragt und bis
zur Entscheidung desselben den Vorsitz in der Abtheilung
Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft dem ersten stell-
vertretenden Vorsitzenden, Herrn Karl v. d. Heydt, übergeben.
Damit schiebt er nur offene Thüren ein. Die Regierung hatte
schon vorher im Reichstag eine neue Untersuchung gegen Herrn
Peters angekündigt.

— Ueber das Hervortreten des militärischen
Nebenberufs der Offiziere bei irgend einer Gelegenheit ge-
nannten Staatsbürger schreibt die „Straßburger Post“:
„Als der Abgeordnete Bebel im Reichstage die Bemerkungen über die
Art der Angabe des Berufes einzelner Reudekorierten in der
Ordnungsliste zur Sprache brachte, erklärte der Kriegsminister
Bronsart von Schellendorf, die militärische Charge sei bei
dieser Gelegenheit wohl nur deshalb vorangestellt worden, weil
die in betracht kommenden Personen wegen militärischer Verdienste
einen Orden bekommen hätten. Wir bringen deshalb heute ein
anderweitiges Beispiel zur Sprache. Im „Reichs-Anzeiger“ vom
7. März lesen wir, daß eine Reihe von Personen zu Ehren-
rittern des Johanner-Ordens ernannt worden
sind. Wir finden darunter u. a. folgende Angaben: Lieutenant
der Reserve des Garde-Kürassier-Regiments und Ritterguts-
besitzer Siegmund von Tressow; Lieutenant der Reserve des
ersten Garde-Regiments zu Fuß und Regierungsrath Lazarus
von Lippa; Lieutenant der Reserve und Regierungsrath Graf
von Wylant; Baron zu Rheydt; Premierlieutenant der
Reserve und Regierungsrath Dr. jur. von Postmiching
de Rande . . . und so weiter und so weiter; wir könnten die
Liste noch ausgiebig vermehren, aber wir denken, die bereits
gibt Beispiele werden genügen, um zu beweisen, daß auch in
diesem Falle, wo von einer Geldvermehrung
etwaiger militärischer Verdienste gar nicht
die Rede sein kann, der Grundsatz obervaltet hat, die
militärische Nebenstellung der in betracht kommenden Personen
dem bürgerlichen Hauptberufe derselben voranzustellen. Wir
halten dies Verfahren für unrichtig und wollen nicht versäumen,
dies nochmals zu betonen.“

Leipzig, 16. März. (Eig. Ber.) Wegen die dem Reichstag
vorliegende Gesetzesvorlage betr. Abänderung des Genossenschafts-
gesetzes und gegen den von konservativer Seite im sächsischen
Landtage eingebrachten Antrag, eine dreiprozentige Umsatzsteuer
von den Filialen der Konsumvereine zu erheben, wandte sich eine
von 68 Konsumvereinen mit 8580 Mitgliedern besetzte Ver-
sammlung in Leipzig und nahm dieselbe Protest-Resolutionen an.

München, 17. März. Das Militärgericht verurtheilte
den Sekondelieutenant der 4. Komp. des Inf.-Leib-
Regts. Frlm. von Guttentberg wegen vorschrifts-
widriger Behandlung Untergebener zu 3 Monaten
Zerkerker und Verweisung in eine andere Kompagnie.

Herr Franz Giesebrecht, der Urheber der An-
griffe gegen die südwestafrikanische Siedlungs-
gesellschaft, dem auch die ersten Enthüllungen über das
Treiben des Herrn Reist zu danken sind, erläßt folgende Er-
klärung: „In Nr. 118 der „Neuen Zeitung“ lese ich, daß in
der bekannten Angelegenheit des „Syndikates“ für südwest-
afrikanische Siedlung“ endlich die Staatsanwaltschaft gegen
mich mobil gemacht worden wäre. Ich könnte eine der-
artige Gelegenheit, meine Behauptungen vor Gericht zu
beweisen, nur mit Freuden begrüßen. Leider ent-
spricht die obige Nachricht den Thatsachen nicht. Es
sind bisher nur gerichtliche Ermittlungen angestellt worden,
ob ein staatsanwaltliches Verfahren überhaupt zweckmäßig
sein würde. Der Redakteur der „Neuen Deutschen Rundschau“,
Herr Privatdozent Dr. Wie, ist vor einigen Tagen von dem
Untersuchungsrichter vernommen worden. Bei dieser Vernehmung
hat es sich nur um formale Beleidigungen gehandelt.
Den Herren vom Syndikat scheinen einzelne meiner Ausdrücke
mißfallen zu haben. Wie verhält sich das Syndikat nun aber zu
meinem Thatsachenmaterial? — Ich kann nur immer wieder und
wieder erklären, daß ich, gestützt auf die Aussagen von etwa
zwanzig Gewährsmännern und Zeugen, auf ein umfang-
reiches Druckschriftenmaterial, zahlreiche Briefe, Dokumente
und sonstige Quellen, erbötig bin, vor Gericht den
Wahrheitsbeweis anzutreten. Das Syndikat scheint sich
der trügerischen Hoffnung hinzugeben, daß ich durch
den zügellosen Prestamp, den es gegen mich geführt
hat, mundtot gemacht worden bin. Ich habe allerdings bisher
eine abwartende Stellung eingenommen; ich habe aber inzwischen
die Sache quellenmäßig bearbeitet und werde sie demnächst
in Broschürenform publizieren.“

Da zieht sich also über unsere Kolonialschwärmer eine neue
Wolke zusammen, während sie sich noch kaum über die Zer-
schmetterung des Kolonial-Peters zu fassen wissen. —

Luxemburg.

Luxemburg, 17. März. Die Deputirtenkammer
nahm mit allen gegen eine Stimme einen dem deutschen
Brandweineinkaufsgesetz analogen Gesetzentwurf an.
Derselbe soll mit dem 1. Oktober d. J. in kraft treten.

Ungarn.

Budapest, 17. März. Der Ministerpräsident Baron Banffy
legte dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vor, welcher
bestimmt, daß anlässlich der Jahrtausendfeier in Budapest und
im Lande verschiedene Denkmäler aufzustellen und 400 neue
Volksschulen im Lande zu errichten sind.

Frankreich.

— Der freche französische Geldprophet Messé-
guier, der berüchtigte Arbeiterschinder und Urheber des
Streiks von Carmaux, hatte unter dem Regiment der Panamisten
die Stirn, Jaurès als angeblichen Urheber des Streiks auf
einen Schadenersatz von hunderttausend Franken zu verklagen;
und der Staatsanwalt Genoul von Toulouse nahm auch die
Partei Mességuier's. Inzwischen erfolgte der Sturz der Regierung
und in dem Prozeß, der schon bis zu der durch
Erkrankung des Gerichtsvorsitzenden unterbrochenen Urtheils-
verkündung gelangt war, ist eine Stockung eingetreten. Die
Panama-Blätter schreiben, daß unter der neuen Regierung kein
Gesetz für die Arbeiter bestiehe. Allerdings ist das früher
der Fall gewesen. Der neue Justizminister hat vermuthlich dem
Herrn Staatsanwalt bedeutet, daß, wenn Mességuier wegen des
Carmaux-Streikes einen Arbeitervertreter auf 100 000 Franken
Schadenersatz verklagen könne, dann die durch den Streik zu
vielen Monaten des Glanzes verurtheilten Arbeiter den
wahren Urheber des Streiks, Mességuier, auf ein paar
Millionen verklagen könnten.

Und eigentlich sollte das wirklich gegen diesen Menschen-
schinder versucht werden! —

Paris, 16. März. Deputirtenkammer. Die Be-
rathung über die Gesetzesvorlage betreffend die Weltaus-
stellung wurde fortgesetzt. Der Berichterstatter Bouge sprach
sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung dadurch,
daß sie die auswärtigen Mächte zur Theilnahme
an der Ausstellung eingeladen hat, es dem Parla-
ment unmöglich gemacht hat, die Vorlage abzulehnen. Der
Handelsminister Mesureur tritt für den Plan der
Weltausstellung ein und legt die Vortheile derselben dar.
(Beifall.) Welche ist gleichfalls für die Ausstellung, erklärt
jedoch, der Plan der Ausstellung von 1889 sei ausreichend.
Hierauf wird die allgemeine Berathung geschlossen. Chapuis
beantragt, daß die 20 Millionen, welche die Ausstellung
dem Staat kosten würden, zur Errichtung einer Invaliden-
kassette für Arbeiter verwendet werden. Der Minister-
präsident Bourgeois bekämpft den Antrag, indem er ausführt,
er würde nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die durch
eine Ablehnung der Ausstellung für Frankreich entstünde.
20 Nationen hätten die Einladung Frankreichs zur Beschickung
der Ausstellung angenommen. Hierauf wird der Antrag Chapuis
mit 460 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Die von der Regierung
bekämpften Beschlüsse der Kommission werden alsdann mit 377
gegen 164 Stimmen abgelehnt. (Lebhafte Beifall.) Sämmt-
liche Artikel des Entwurfs der Regierung
werden schließlich, nachdem Dringlichkeit erklärt war, an-
genommen. —

Italien.

Rom, 17. März. Die Tribünen der Deputirten-
kammer sind überfüllt. Die Kammer selbst ist ziemlich
besetzt. Auf der Straße vor der Kammer hatten sich nur wenige
Personen eingefunden. De Felice und Bosco wurden beim
Betreten des Palais am Monte Citorio von
ihren Freunden durch Weisallrufe begrüßt.
Bei Eröffnung der Sitzung leisteten De Felice und Bosco den
Eid ohne Zwischenfall. Ministerpräsident Rudini verlas die
gemeldete Erklärung, wobei er wiederholt durch Weisall-
rufe unterbrochen wurde; besonders heftig wurde der Ruf
an die Armee aufgenommen und auch der Schluß wurde
warm begrüßt. Rudini verlangte die Dringlichkeit für
die Kreditvorlage für 140 Millionen Lire für Afrika und fernere,
daß die Ernennung einer Kommission von neun Mitgliedern zur
Prüfung der Vorlage dem Präsidenten übertragen werde. Der
Vorschlag Rudini's wurde fast einstimmig angenommen. Der
dem Kabinett durch die Kammer bereite Empfang
war vortrefflich. Die Sitzung der Kammer wurde dann
aufgehoben und das Kabinett begab sich nach dem Senat zur
Verlesung der Erklärung.

In der Erklärung, welche Ministerpräsident di Rudini heute
in der Kammer abgab, wird zunächst der unglücklichen, aber
tapferen, ohne jede Vorbereitung zur Schlacht geführten Armee in
Afrika ein verzweites und hoffnungsvoller Ernst übermittelt.
Dann heißt es in der Erklärung, das vorige Kabinett habe
nach der Schlacht vom 1. März eriens dem General
Baldissera volle Freiheit gelassen, alle Maßregeln zu treffen,
welche die Lage erheische, einschließlich der Aufgabe
von Adigrat und Kassala, und zweitens am
8. März den General Baldissera angewiesen, über den
Frieden unter den günstigsten Bedingungen zu unterhandeln.
General Baldissera habe telegraphirt, daß er die zweite, noch nicht
abgegangene Hälfte der Verhandlungen nicht mehr benötige.
Das jetzige Kabinett werde die Friedensverhandlungen
mit Besonnenheit und Würde fortsetzen. Das Kabinett glaube,
daß es weitaus vorzuziehen sei, anstatt einen Vertrag abzuschließen,
inthatlich eine den italienischen Interessen entsprechende Sch-
lange zu schaffen. Inzwischen würden die Feindseligkeiten
fortgesetzt werden. Das Kabinett werde niemals
Ausdehnungs-Politik treiben und wolle
die Eroberung von Tigre nicht. Wenn
die Ereignisse uns dahin führen sollten, einen Friedens-
vertrag zu schließen, so würden wir keineswegs in denselben
die Bedingung aufnehmen wollen, daß wir das
Protokoll über Abyssinien beanspruchen.“

Wir werden, schloß der Ministerpräsident, in der aus-
wärtigen Politik wie bisher das weise Verhalten befolgen, welches
uns diejenigen freundschaftlichen Beziehungen und Bündnisse ver-
schafft hat, die wir unerwähnt und treu bewahren werden.
Wir bitten nicht um Ihr Vertrauen, wir werden uns bestreben,
uns dasselbe zu verdienen. —

— Begünstigter Empfang wurde De Felice bei seiner
Ankunft in Rom zu theil. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber
telegraphirt:

Eine große Menschenmenge erwartete auf dem Perron wie
auf dem Bahnhofspolze die Ankunft des amnestirten Anstifters
und Führers des sizilianischen Aufstandes De Felice, welcher um
Mitternacht in Rom eintraf. Die Menge trug ihn unter Hoch-
rufen auf den Sozialismus und Rudini, sowie unter Percussionen
auf Crispi im Triumph nach dem Bahnhofspolze, wo ben-
galische Feuer angebrannt wurden. Zum Nieden ausgederert,
rieth De Felice, man möge kein Vereat auf Crispi
ausbringen, denn ihm allein verdanke der
italienische Sozialismus seine heutige Macht.
Wenn übrigens die Diebe am Staatsruhrer seien, so sei
es natürlich, daß ehrliche Leute im Kerker schmachten.
(Stürmischer Beifall.)

De Felice bestieg darauf einen Fiaker, um nach dem Hotel
zu fahren, allein seine Anhänger spannten das Pferd aus und zogen
von einer jubelnden Volksmasse gefolgt, den Wagen durch die
via nazionale und den Corso nach dem Hotel Colonna. Die
Menge demonstirte dort so lange, bis De Felice auf dem Balkon

erschien und eine neue Rede hielt. Er und seine Freunde, sagte er,
werden nicht ruhen, bis in Rom wie Berlin das Parlament aus-
schließlich von den Sozialisten beherrscht werde. Bald werde er nach
Sizilien zurückkehren, um die unterbrochene Propaganda wieder aufzu-
nehmen. Denn praktische Propaganda treiben, sei wichtiger als
im Parlament sitzen.

Der Platz vor dem Parlament ist mit Truppen besetzt, in-
dessen erfolgte keinerlei Ausschreitung. Von auswärts, so von
der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, enthielt De Felice ent-
husiastische Glückwunschsdepeschen.

Spanien.

Madrid, 17. März. (E. N. of G.) Der „Heraldo“ fordert
die Regierung auf, sich gegen Balfour's Erklärung zu verwahren,
alle Nationen — also auch Spanien — hätten ein Einverständnis
dabin getroffen, daß eine neutrale Flagge im Kriege feindlichen
Waarensendungen, mit Ausnahme von Kriegskontrebande, Schutz
gewähre.

Amerika.

New-York, 15. März. Sämmtliche Zeitungen geben ihrer
Entrüstung über die Annahme der Schant-Bill durch
die Staatslegislatur des Staates New-York unverhohlenen Aus-
druck. Die 84 Stimmen, welche für dieselbe und den drückenden
Sonntagszwang (Schließen aller Vergnügungs- und Schanklokale
innerhalb der Staatsgrenzen) abgegeben wurden, sind sämtlich
Mitgliedern der republikanischen Partei angehörig, dagegen
stimmen 45 Demokraten und 19 Republikaner. Es ist fast voll-
ständig ausgeschlossen, daß Gouverneur Morton die Bill mit
seinem Veto belegen wird, da ihm dies — wenn es auch seine
Popularität bei den Deutschen und liberalen Amerikanern
erhöhen — doch als zu gefährlich für seine Aussichten auf die
Nominierung zum republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten
erscheinen dürfte. —

Washington, 17. März. (E. N. of G.) Im Senat bean-
tragte der Republikaner Elkins von Westvirginien, den Ausschuss
für auswärtige Angelegenheiten aufzufordern, alle Thatsachen
bezüglich der Lage auf Kuba vorzulegen. Heute stehen die
Beschlüsse zur Debatte, durch welche Carlisle angewiesen worden
ist, den Senat darüber zu verständigen, was das Schahamit be-
züglich der Beschuldigung der Hübistier-Expedition für Befehle
ertheilt hat. Die Debatte über den von beiden Häusern ange-
nommenen Beschluß betreffs Anerkennung Kubas wurde fort-
gesetzt. In der Debatte erklärte Morgan (New-York), die Ehre
der Vereinigten Staaten erfordere es, daß diese auf dem ein-
genommenen Standpunkt verharren.

Washington, 17. März. (E. N. of G.) Das Repräsentanten-
haus hat eine Bill betrefß Revision des internatio-
nalen Nachdruckgesetzes, deren erster Paragraph die
Ernennung eines Spezialkommissars für diesen Zweck vorschreibt,
dem einschlägigen Komitee zur Bearbeitung überwiesen.

Die Krankenversicherung der Hausindustriellen.

Eine Konferenz der Arbeitnehmer-Beisitzer derjenigen Ge-
werbe, in welchen Hausindustrie üblich ist, zu welcher aus den
beiheligen Gewerben Sachverständige zugezogen waren, tagte
am Montag im Restaurant Bernou. Die Veranstaltung zu dieser
Berathung hat die folgende Zuschrift der Gewerbe-Deputation
des Magistrats der Stadt Berlin an das hiesige Gewerbegericht
(Ausschuss für die Begutachtung gewerblicher Fragen):

Bei der unterzeichneten Deputation schweben zur Zeit Er-
wägungen darüber, ob es sich nicht empfiehlt, durch
Erlaß eines Dispositivs der Versicherungspflicht im Sinne des
§ 1 des Krankenversicherungsgesetzes auch diejenigen selbständigen
Gewerbetreibenden zu unterwerfen, welche in eigenen Betriebsstätten
im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender
mit der Herstellung und Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse
beschäftigt werden. (Hausindustrie selbst und zwar auch für den Fall,
daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die
Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung
arbeiten. (Vergl. § 2 Nr. 4 des Krankenversicherungsgesetzes.)
Zur Klärung der dabei in betracht kommenden Fragen ersuchen
wir daher das Gewerbegericht ergebenst um baldgefällige gut-
achtliche Aeußerung über folgende Punkte:

1. In welchen Gewerbezweigen wird Hausindustrie ge-
trieben?
2. Sind die Fälle zahlreich, in denen ein Hausindustrieller
gleichzeitig für mehrere Arbeitgeber thätig ist?
3. Wird von Seiten der Hausindustriellen der Arbeitgeber
häufiger gewechselt, als dies durchschnittlich bei gewöhnlichen
Arbeitern der Fall ist?
4. Läßt sich nach Lage der hiesigen Verhältnisse in der Regel
ohne weiteres feststellen, ob jemand den Hausindustriellen oder
den sonstigen selbständigen Gewerbetreibenden zuzurechnen ist,
oder steht zu erwarten, daß bei dieser Feststellung sich in erheb-
lichen Umfang Schwierigkeiten ergeben werden?
5. Ist dort bekannt, ob im allgemeinen von Seiten der
Hausindustriellen eine Ausdehnung der Versicherung auf sie
gewünscht wird oder nicht und welche Stellung etwa die Arbeit-
geber zu dieser Frage einnehmen?
6. Wird etwa schon jetzt von Seiten der Hausindustriellen in
erheblichem Umfang freiwillig Versicherung gegen Krank-
heit bei Ortskrankenlassen oder eingeschriebenen Hilfsklassen
genommen?

Das Gewerbegericht ersuchen wir ferner ergebenst, wenn
angänglich, uns aus den verschiedenen Gewerbezweigen
solche Hausindustrielle und Arbeitgeber zu bezeichnen,
welche bereit und in der Lage sind, uns über die einschlägigen
Verhältnisse persönlich Auskunft zu ertheilen.

Gewerbe-Deputation des Magistrats.

93. Friedel.

Von 82 geladenen Gewerbegerichts-Beisitzern der in Frage
kommenden Gewerbe waren 25 erschienen und eine Anzahl Sach-
verständiger. Nach einem einseitigen Referat der Ausschussmitglieder
von den Arbeitnehmern wurden zunächst in einer General-
debatte die in der Zuschrift enthaltenen Fragen besprochen
und die Art und der Umfang der einzelnen Ge-
werbe in der Hausindustrie festgestellt. Ein abschließen-
des Urtheil konnte die Konferenz noch nicht ab-
geben, da bei der kurzen Frist, die zur Vorbereitung blieb,
die Frage nicht genügend geklärt erschien. Prinzipiell einverstanden
erklärten sich jedoch sämmtliche Anwesende mit der Unterstellung der
Hausindustrie unter die Versicherungspflicht, und zwar sprach sich
ein großer Theil der Anwesenden für die Ausdehnung der-
selben auf die Krankentassen und Invaliditäts- und Unfall-
versicherung aus. Abweichende Meinungen traten nur bei tech-
nischen Fragen ein, so in bezug auf die Beitragsleistung und
die Verpflichtung der Zwischenmeister in ihrer ganz verschiede-
artigen Stellung. Denn während der eine seiner Stellung nach
nur als Arbeiter gelten kann, entsteht oft ein sehr geringer
Unterschied bis zum mehr selbständigen Zwischenmeister.

Die Gewerkschafts-Kommission hat sich bereit erklärt, den
betheiligten Gewerkschaften noch nähere Auskunft zu ertheilen,
ebenso wäre es sehr erwünscht, wenn die betreffenden Organi-
sationen das vorhandene Material vervollständigen durch Mit-
theilungen aus ihrem Verufe. Dabingehende Angaben, schrift-
lich oder mündlich, sind an das Bureau der Gewerkschafts-
kommission, an den Genossen Millarg, Annenstr. 16, zu richten.

Partei-Nachrichten.

Leitung. Für die Familien unserer im Gessener
Reinheitsprozeß verurtheilten Genossen gingen noch bei
uns ein: Hamburg, N. B., auch eine Rote 770. Köln, Rhein.
Zeitung, letzte Wats 370.18. Oberfeld, „Freie Presse“, letzte

Notiz 178, 15. Lüdenscheid, durch Brünninghaus auf Liste 213: 8,35, Liste 214: 3,75, Liste 215: 22,—, Liste 216: 15,85, zusammen 49,95 (darunter 1,50 von drei Genossen aus Holschhausen bei Plettenberg.

Summa 606,33. Am 10. Februar quittirt 56 019,50. Gesamtsumme 56 619,83 M.

Den Gubern besten Dank!

S o c h u m, den 12. März 1896.

Wolfgang Wunderlich.

Bei der Gemeinderathswahl in Siebichsenstein bei Halle siegten in der dritten Klasse unsere Genossen Georg Perig und Wilhelm Osterburg mit 314 Stimmen über die gegnerischen Kandidaten, die 230 Stimmen erhielten. Damit ziehen die ersten Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung jenes halle'schen Vororts ein. Ein Bravo den dortigen Genossen!

In Sachsen erörtern die Parteigenossen lebhaft die Frage der Wiederlegung der Landtagsmandate. Der Agitation von der Tribüne des Landtags aus legt man überall größere Bedeutung bei, als das man im Handumdrehen auf sie verzichten möchte. Von den Versammlungen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigten, seien zwei erwähnt. In Schöneberg im Erzgebirge faßte eine gut besuchte Parteiversammlung des 19. sächsischen Reichstagswahlkreises einstimmig eine Resolution, worin die Delegirten zur Landeskonferenz beauftragt werden, gegen die sofortige Mandatsniederlegung zu stimmen, dagegen der Landtagsfraktion zu überlassen, dies eventuell im geeigneten Zeitpunkt zu thun. Und in einer stark besuchten Parteiversammlung des sächsischen Reichstagswahlkreises Dresden-Land links der Elbe, wozu der Bergarbeiter-Bezirk Plauenscher Grund gehört, sprachen 7 Redner für sofortige Mandatsniederlegung, aber 13 dagegen. Eine Abstimmung soll erst in nächster Versammlung stattfinden.

Die Kreisconferenz für Raumberg-Zeich-Weißenseife hat gestern mit über Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, das gegenwärtige Parteiorgan des Kreises, den „Volksboten“, mit Ende Juni eingehen zu lassen und vom Juli ab das „Hollische Volksblatt“ als offizielles Parteiorgan des Kreises anzuerkennen.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

Die Märznummer des „Süddeutschen Postillon“ wurde am Sonnabend Abend in der Volksbuchhandlung in Halle a. S. konfisziert. Außer den beiden am Schaufenster der Volksbuchhandlung ausgehängten Nummern fiel der Postillon nur ein Exemplar in die Hände, das aber von einem im Laden anwesenden Herrn schon gefaßt und bezahlt worden war. Was an der Märznummer staatsgefährliches sein soll, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die Bewegung

in der Konfektions-Industrie.

Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. Seit dem 19. Februar sind, wie der Fabrikant Weigert in der gestrigen Sitzung konstatierte, 19 Inhaber von Firmen in der Herren- und Knabenkonfektion den Vereinbarungen beigetreten. Konstatirt wurde ferner, daß bei Annahme neuer Arbeiter vielfach versucht wird, die alten Preise zu zahlen. In der gestrigen Sitzung waren fast ausschließlich Hofenarbeiterinnen vorgeladen, die bei dem Zwischenmeister Mantei in Arbeit stehen. Aus den Vernehmungen ging hervor, daß keine derselben den vollen Lohnauszuschlag erhält. Die meisten dieser Arbeiterinnen waren verheirathete Frauen, welche erklärten, die Hofenaberei nur als Nebenberuf zu betreiben. Sie gaben an, mit dem geringeren Lohn zufrieden zu sein, weil sie sich nicht zahlen möchten. Alle wurden dahin belehrt, daß sie den vereinbarten Lohn zu fordern haben. Wenn der betreffende Zwischenmeister nicht zahle, so hätten die Konfektionäre nach den getroffenen Bestimmungen ihn nicht mehr zu beschäftigen. Wie sehr die Arbeiterinnen, welche nur auf die Mäherie angewiesen sind, durch solche Lohnrückstellungen geschädigt werden, bewiesen die Angaben mehrerer Arbeiterinnen des Herrn Mantei. Eine 50jährige allein stehende Wittwe fertigt bei 10stündiger Arbeitszeit fünf Hosen, die nach Abzug der Unkosten 60 Pf. einbringen; sie verdient also pro Arbeitsstunde 6 Pf.

Fabrikant Weigert: Davon können Sie sich doch nicht ernähren?

Die Arbeiterin: Wenn ich ehrlich bleiben soll, allerdings nicht.

Fabrikant Weigert: Haben Sie noch eine andere Beschäftigung?

Die Arbeiterin: Ja, ich trage meistens von 4 Uhr an Zeitungen aus, damit verdiene ich monatlich 20 M. extra. Die Hofenaberei wird so schlecht bezahlt, daß man dabei verhungern kann.

Ähnliche Angaben macht eine andere alleinlebende Arbeiterin, die, um sich ehrlich ernähren zu können, nebenbei als Wäscherin thätig ist. Es wird noch festgestellt, daß die Firma Joachim Baron für Knabenanzüge von der Größe von 7—12, die nach der Vereinbarung mit 1,45 M. zu bezahlen sind, nur 1,40 M. zahlt. Ein Zwischenmeister, der diese Differenz auf einen Arbeiter abwälzt, gab schließlich die Erklärung zu Protokoll, daß er den Betrag nachzahlen werde.

Ueber den Stand der Dinge in Stettin berichtet der „Volksbote“: „In dem Bestreben, endlich den Kampf mit den Konfektionären aus der Welt zu schaffen und wieder geordnete Zustände in der Konfektions-Industrie herbeizuführen, hat die Lohnkommission der Schneider am Mittwoch nochmals die Hand zum Frieden geboten und sich mit folgendem Zirkular an die Konfektionäre gewandt: „Wir eruchen Sie hiermit, uns umgehend mitzutheilen, ob Sie gewillt sind, auf Grund unserer aufgestellten Forderungen annehmbare Vereinbarungen mit uns zu treffen. Wir sind von einem wesentlichen Theil Ihrer Kundschaft dahin unterrichtet worden, daß sie Ihr Verhalten uns gegenüber nicht billigen, und sie auch Preise für Ihre Waaren zahlen, die sehr gut eine Regelung der Lohnverhältnisse in unserem Sinne zulassen. Falls Sie nicht geneigt sind, unsere Forderungen anzuerkennen, werden wir uns veranlaßt fühlen, Ihren Kunden Mittheilung davon zu machen, und auch das laufende Publikum in den betreffenden Orten darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn es Stettiner Konfektion kauft, es Waaren kauft, die unter menschenwürdigen Bedingungen angefertigt sind. Sie haben also zu überlegen, ob Sie unsere Forderungen bewilligen oder sich neue Absatzgebiete suchen wollen; das letztere dürfte Ihnen wohl am schwersten fallen. Wir laden Sie beifolgender Auseinandersetzung über diese Angelegenheit zu einer Sitzung zu morgen Nachmittag 4 Uhr im Restaurant Neubauer ein. Hochachtungsvoll im Auftrage der neuen Lohnkommission: Fr. Käning.“ Daran ist folgende Antwort eingegangen: „Herrn Franz Käning, Stettin. Unter Bezugnahme auf Ihr hentes Zirkular theilen wir Ihnen hierdurch mit, daß wir jede weitere Unterhandlung als aussichtslos ablehnen und überlassen Ihnen, unserer Kundschaft gegenüber zu thun, was Ihnen beliebt. Achtungsvoll die Fünfer-Kommission.“ (Folgen die Unterschriften). — Dieser Brief — sagt der „Volksbote“ — weicht nicht so prächtig mit dem Versprechen der Konfektionäre, mit einer neuen Lohnkommission in Unterhandlungen einzutreten. Er zeigt aber auch den ganzen Siegesrausch wenigstens der Fünfer-Kommission, die im Vollgefühl ihrer Macht nicht mehr glaubt, irgend welche Rücksichten nehmen zu brauchen. Aber wie so oft hochmüthig vor dem Fall kommt, kann auch auf diesen Siegesrausch sehr leicht der Kagenjammer folgen. Die Fünfer-Kommission hat nämlich ihren Brief über die Köpfe ihrer Auftraggeber weg geschrieben. Nun sind aber mehrere von diesen des Kampfes müde und geneigt, die Forderungen der Ausschändigen zu bewilligen, und so kann es leicht

kommen, daß schon in den nächsten Tagen die Fünfer-Kommission den Schmerz erlebt, daß der Ring der Konfektionäre gesprengt wird, und zwar von den eigenen Mitgliedern des Konfektionär-Vereins und ohne daß die Fünfer-Kommission gefragt wird.“

Gewerkchaftliches.

Achtung, Studienteure Berlins! Gestern Mittag haben 32 Kollegen, welche an dem Ausstellungsgelände „Kairo“ in Treptow beschäftigt sind die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden fordern einen Wochenlohn von 42 M. bei einer Arbeitszeit von 9 Stunden täglich. Die Kollegen werden demgegenüber aufgefordert, die alte Solidarität walten zu lassen. Die nächste öffentliche Versammlung wird am 23. März, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsaal, Weuthstraße, abgehalten.

Der Vertrauensmann.

Achtung, Klempner und Metallarbeiter Berlins! Die Forderungen sind von den Firmen weiter bewilligt: Kirchner, Brandenburgstraße; Vogel, Ritterstr. 17; Kretz u. Friede; Buchholz, Oranienstraße 21; M. Klee, Salfingerstraße 29a. Insgesamt sind bisher 262 Kollegen die Forderungen bewilligt worden. In den Werkstätten von Sietz, Sionskirchstr. 89; Kersten Nachf., Simeonstr. 13; Herm. Schöde, Prinzenstraße 34; Otto Vogel, Andreasstr. 32; Voigt u. Uertmann, Tempelhofer Ufer 23, befinden sich sämtliche Kollegen, insgesamt 70 Mann im Ausstand. Wir eruchen die Kollegen, dies zu beachten. Die Kollegen sämtlicher Werkstätten werden ersucht, sofort an das Streikbureau, Kunenstraße 16, das Resultat der Verhandlungen zu berichten.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Raether, N. Anklamerstr. 44.

Achtung, Buchbinder Berlins! Es ist unbedingt nötig, daß in der nächsten Sitzung der Werkstätten-Delegirten jede Werkstätte, und sei sie noch so klein, vertreten ist. Ich bitte hierdurch die Kollegen und Kolleginnen dringend, dafür zu sorgen, daß keine Werkstätte unvertreten bleibt. Die Sitzung wird Donnerstag, den 19. März, abends 1/2 9 Uhr im Saale des Herrn Berger, Annenstraße 16, abgehalten. Der Vertrauensmann der Buchbinder: Franz Bytomski, Waldemarstr. 64.

Achtung, Sattler Berlins! Die Kollegen der Eisenmöbel-Fabrik von Schulz in der Hasenheide sind in den Streik getreten. Wir bitten, dieses beachten zu wollen. Die Lohn- und Agitationskommission.

Aus Kottbus wird uns mitgetheilt: Am Dienstag Vormittag wurde wieder eine riesenhafte Versammlung der Streikenden abgehalten. Nachdem Frau Jhrer aus Berlin unter großem Beifall über den Werth der Teilnahme der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung gesprochen hatte, wurde die Antwort verlesen, die seitens des Fabrikanten-Vereins dem Fabrikanten-Koppe auf dessen angeblichen Vermittlungsversuch ertheilt worden ist. Diese Antwort lautet: Herr J. Koppe, Kottbus.

Die unterzeichnete Kommission spricht Ihnen zunächst ihren Dank dafür aus, daß Sie sich ohne irgend eine Anregung unsererseits um die Beilegung des Streiks in uneigennützigster Weise bemühen. In der Sache selbst bedauern wir aber, Ihnen nichts anderes mittheilen zu können, als daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, welcher durch die Veröffentlichung des Herrn Igniz. Gewerbe-Inspektors Ermlich am 4. März d. J. gekennzeichnet worden ist. Wir sind nach wie vor bereit, einen neuen einseitigen Termin zur Wiedereröffnung sämtlicher Betriebe zu bestimmen, sobald die Arbeiter oder eine aus deren Mitte neu gewählte Kommission uns die Gewähr geben, daß, vorbehaltlich unseres Rechtes der Auswahl, mindestens Dreiviertel der Arbeiter in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Kommission des Vereins zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Tuchfabrikanten zu Kottbus.

Man sieht, die Fabrikanten sitzen noch immer auf dem hohen Pferde. Ihre Haltung erklärt sich daraus, daß sie — wie die „Kölnische Zeitung“ ausplauderte — nicht glauben, daß genügende Unterstützung eingehende werde, um die Streikenden noch lange mit dem Nothwendigsten zu versehen. Die Fabrikanten unterschätzen dabei die Opferfreudigkeit der Arbeiterschaft. Wie groß die Charakterfestigkeit der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist, zeigte auch neue der Verlauf der gestrigen Versammlung. Ohne jeden Widerspruch wurde die Frage, ob man die Bedingungen des Fabrikanten-Vereins annehmen wolle, verneint und einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die am 17. März im Konzerthaus zu Kottbus tagende, von 5000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung erklärt das von Herrn Fabrikant Koppe der Versammlung übermittelte Schreiben der Fabrikanten-Vereinigung für im höchsten Grade anmaßend und die Arbeiterschaft entwürdigend. Die Versammlung erklärt, auf einer solchen Grundlage nicht in Verhandlungen treten zu können, und beschließt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Streik aufrecht zu halten. Die Versammlung verurtheilt ferner das zurückhaltende bezw. feige Verhalten der Lokalpresse einem solchen rücksichtslosen Verhalten der Fabrikanten gegenüber.“

In Karwin-Mährisch Odrau ist der Stand des Streiks der Bergarbeiter unverändert.

Gerichts-Beitrag.

Eine Haupt- und Staatsaktion. Die Strafsache wegen angeblichen Diebstahls an dem in der Mittler'schen Buchdruckerei hergestellten Druckbogen mit dem kaiserlichen Gnadenloos, welcher im „Vorwärts“ vorzeitig veröffentlicht werden konnte, ist von der III. Strafkammer dem Schöffengericht zur Verhandlung überwiesen worden. Das Schöffengericht hat den Termin zur Hauptverhandlung gegen die drei Angeklagten auf Donnerstag, den 19. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr anberaumt. Es sind 15 Zeugen geladen. Die Anklage wird Oberstaatsanwalt Drescher selbst vertreten.

Zu der Untersuchungssache gegen Dr. Fritz Friedmann werden, wie ein Berichterstatter meldet, jetzt Ermittlungen angestellt, wo Friedmann, J. J. seines Aufenthalts in Frankreich und in Algier die Gelder her hatte und wer die Abhender der Geldbeträge, die von Berlin aus nachgesandt wurden, waren. Hiermit stehen in Verbindung die zahlreichen Zeugenvernehmungen in den letzten Tagen vor dem hiesigen Untersuchungsrichter. Viele bekannte Persönlichkeiten waren zu dem Zwecke geladen, unter anderem auch der Bruder des Flüchtlings, Hauptmann der Landwehr Friedmann, und sein langjähriger Günstling Fedor Berg, durch dessen bekannte Freisprechung sich Friedmann die ersten Vorbeeren errang. Man zieht allgemein den Schluß, daß die zahlreichen Zeugenvernehmungen den letzten Anhaltspunkt geben sollen, um zwecks Auslieferung einen betrügligen Baust oft zu konstruieren.

Versammlungen.

Die Dachdecker beschäftigten sich am 9. März mit der Stellungnahme zur Lohnbewegung. Das Referat hatte Genosse Sittler übernommen, der, nachdem er eine Schilderung der ökonomischen Entwicklung gegeben hatte, in treffender Weise den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit darlegte. Mit dem Appell an die Anwesenden, die von der Gewerkschaft geplante Lohnbewegung thätig zu unterstützen, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Barthol erucht von einer Diskussion Abstand zu nehmen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Zum 3. Punkt verlas Peßke den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohn-tarif, worüber sich eine rege Debatte entspann und folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: Die Versammlung

erklärt sich mit dem aufgestellten Lohn-tarif einverstanden und verspricht mit allen Kräften für denselben einzutreten.“ Ferner wurden wieder die Mißstände bei den Hänge- und Leitergerüsten und die Schutzvorrichtung auf Bauten kritisiert. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die von der Agitationskommission des deutschen Metallarbeiter-Vereins einberufen war und sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Kleinindustriellen Messingwerke (Inhaber Seidel) beschäftigte, tagte am Montag im Wedding-Rosino, Schulstr. 29. Die Arbeiter der Firma Jüst und Ko. waren hierzu besonders eingeladen und zahlreich erschienen; von den ebenfalls ausdrücklich eingeladenen Vertretern der Messingwerke war niemand anwesend. Das Referat erstattete in sehr eingehender Weise Karl Gutheit. Er ging Punkt für Punkt die bedenklischen Vorschriften der Fabrikordnung durch und bewies schlagend, daß diese dringend der Abänderung bedürfen. Dabei beschuldigte er weniger den als nicht inhuman verschrienen Chef der Firma, als die untergeordnete Leitung, die das Heft in Händen habe. Mit Mühe und Noth und trotz aller Gegenmaßregeln der Fabrikleitung sei durchgeführt worden, daß von 150 in der Fabrik Beschäftigten nur 30 nicht organisiert seien, und nun gebe man gegen die Organisation mit Entlassung vor. Dabei zeigte sich wieder die berüchtigte Methode, Entlassungsscheine auszustellen, die statt des Grundes der Entlassung das verpönte „Fragezeichen mit dem Punkt links und rechts“ zeigen. Gegen derartige Denunziationen müsse man entschiedene Front machen. Referent verbreitete sich dann des weiteren über die Arbeitszeit, die statt zehn Stunden nicht selten bis zu fünfzehn Stunden betrage, über die Sonntagsarbeit, die sich bis um vier Uhr ausdehne, über die Strafgebel, deren Verwendung der Aufklärung bedürfe, und über viele andere schreiende Mißstände, welche die Messingwerke als ein für die Arbeitnehmer ganz besonders ungünstiges Arbeitsfeld erscheinen lassen. Die Fabrikordnung besage, daß Beschwerden beim Chef anzubringen seien; von diesem Rechte müsse man jetzt Gebrauch machen; man habe nichts zu erbitten, sondern berechtigtes zu fordern! Die Diskussion fällt über die untergeordnete Leitung der Fabrik ein wahrhaft vernichtendes Urtheil. Es wurde eine Siebener-Kommission, in der auch das weibliche Element vertreten ist, gewählt, welche auf Grund der besprochenen Mißstände direkt mit dem Chef verhandeln solle. Gleichzeitig erhielt diese Kommission den Auftrag, über das Ergebnis der Unterhandlungen alle Theilhaftigen möglichst schnell zu unterrichten.

Die Arbeiter der Eisenmöbel-Fabrik von G. Schulz, Hasenheide 9 waren am Sonntag im Lokale Klem, Hasenheide, wiederum versammelt, um den Bericht der von den Arbeitern gewählten Kommission entgegen zu nehmen. Diese hatte am vorhergehenden Sonnabend die Forderung der gesamten Arbeiter der Fabrik dem Fabrikanten unterbreitet. Berlangt wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden, Sonnabend 8 Stunden und 20 pM. Lohnauszuschlag. Außerdem forderten die Arbeiter in jedem Raume die Aushängung der betreffenden Tarife. Der letztere Punkt darf als einer der wesentlichsten bezeichnet werden, da durch die Ungewißheit über die Akkordpreise für die Arbeiter nicht selten schwere Nachteile entständen. So geschah es oft, daß, wenn der Arbeiter am Wochenschluß seine Arbeit berechnete, ihm ein Abzug gemacht wurde, weil er angeblich über den gewöhnlichen Lohnsatz verdient hatte. Es hieß dann einfach: ja für die Arbeit giebt's jetzt nur noch so viel. Als nun Herr Schulz die Forderungen abwies, erklärten sämtliche Arbeiter durch Namensunterschrift, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Zum Schluß bestimmte die Versammlung, daß die Kommission am Montag nochmals in Unterhandlung mit der Firma treten soll, und zwar im Beisein des Vertreters der organisierten Holzarbeiter. Diese Unterhandlung am Montag scheiterte ebenfalls und beschloß hierauf die Streikenden in einer am Dienstag stattgehabten Versammlung, an ihren Forderungen festzuhalten. Zu dieser Versammlung war auch Herr Schulz geladen, hielt es aber für besser, sich als geschäftlich verhindert zu entschuldigen. Nachdem hierauf die Vertreter der einzelnen Organisationen, der Tischler, Metallarbeiter, Lackierer und Tapezierer den Standpunkt ihrer Organisationen darlegten, beschloß die Versammlung, daß es der Firma nunmehr freisteht, mit den beihiligten Lohnkommissionen in Verhandlung zu treten. Hierauf gelangte ein Antrag zur Annahme, für die Märzgefallenen einen Kranz zu widmen. Das Streikbureau der Fabrik befindet sich Schönleinstr. 6, Restaurant Ewald.

Die Stellmacher nahmen gestern Nachmittag bei Gröndel den Bericht der Lohnkommission über den Stand des Streiks entgegen. Die Michels versicherte, ist die Situation für die Streikenden eine sehr günstige. Fast ausnahmslos haben die Stellen die Arbeit eingestellt. Wo dies noch nicht geschehen ist, kamen die Arbeitenden doch auch zur Einsicht und schlossen sich nach und nach der Allgemeinheit an. Da die Innung die Parole ausgegeben habe, nichts zu bewilligen, bevor die Generalversammlung der Innung stattgefunden hat, sind verhältnismäßig noch wenig Bewilligungen seitens der Meister eingelaufen. Immerhin hätten aber bereits 150 Gesellen die Forderungen voll und ganz bewilligt erhalten, so u. a. von der Fabrik von Kühlein, woselbst für die ganze Fabrik der neunstündige Arbeitstag eingeführt worden ist. Wie es heißt, will die Innung nicht mit der Lohnkommission verhandeln, sondern verlangt einen Gesellen-Ausschuß. Als Streikende haben sich bis jetzt über 200 gemeldet. An den Bericht knüpfte sich eine längere Besprechung über Werkstattverhältnisse. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß diejenigen Gesellen, welche ihre Forderungen bewilligt erhalten haben, sich mit den Streikenden insofern solidarisch erklären, als sie jede Arbeit von Arbeitgeber, die vorher Stellmacher beschäftigt haben, zurückweisen. Auch verpflichteten sich die Streikenden, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Forderungen bewilligt sind. Mehrere der eingeladenen Meister nahmen das Wort und sprachen sich sympathisch zu dem Vorgehen der Gesellen aus. Zur Annahme gelangte noch ein Antrag dahingehend, daß in jeder Werkstatt und Fabrik alle Streikenden wiederingestellt werden müssen und etwaige Streikbrecher vor Wiederaufnahme der Arbeit zu entlassen sind. Nicht beihiligt haben sich bis jetzt am Streik die Stellmacher der Pflerdebahn- und Dünnbüsch-Gesellschaften, sowie verschiedener Brauereien.

Arbeiter-Schulungsschule. Unterricht am Mittwoch, Schöckstraße 17a: 7 Uhr. Beginn abends 9 Uhr, Schulstr. 104 Uhr. Die Schulungsschule wird zur Veranstaltung der Bildtafel und des reichhaltigen Illustrationsmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Lohnkommission der Schleswig-Beikener. Mittwoch, den 18. März, abends 9 Uhr: Große Versammlung mit Frauen im „Kommandanten-Garten“, Kommandantenstr. 10—11.

Musikverein „Jubilate“. Mittwoch, abends 9 Uhr, bei Fr. Krüger, Fennstraße 2: Nebungsstunde.

Depeschen und letzte Nachrichten.

London, 17. März. (M. T. B.) Prozeß Jameson. Der Soldat Hill sagte aus, Jameson habe in Ditsani in einer Ansprache an die Mannschaften vor dem Ausbruch gesagt, es handle sich um eine Ueberfischung. Er hoffe, Johannesburg zu erreichen, bevor die Boers sich sammeln könnten; wenn man aber auf Schwierigkeiten stieße, würden berittene Schützen der Kapkolonie und berittene Polizeimannschaften aus Natal zu ihnen stoßen; die Grenzpolizei von Betschuanaland würde sich ihnen vielleicht unterwegs anschließen. Sodann wurde der Brief des Johannesburger Reformkomitees, in welchem Jameson gebeten wird, den Uiländer zu Hilfe zu kommen, verlesen. Der Soldat Cumming sagte aus, Jameson habe erklärt, die Johannesburger würden sich mit seiner Truppe vereinigen.

Reichstag.

62. Sitzung vom 17. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Marschall, Hollmann, Direktor Kayser.

Die Verabreichung des Kolonialetat wird fortgesetzt bei den Ausgäben für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Die Kommission hat die Einnahmen aus Gebühren u. s. w. um 250 000 M. erhöht und den Reichszuschuß um dieselbe Summe vermindert.

Ferner beantragt die Kommission folgende Resolutionen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf betr. die Regelung der Militärdenkmalpflege in den Schutzgebieten dem Reichstage noch in dieser Session vorzulegen.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der Regelung der in den Schutzgebieten seitens der Reichsangehörigen abzuleistenden Wehrpflicht deutsche Missionäre der in den Schutzgebieten thätigen Missionsgesellschaften während der Dauer ihrer in einer deutschen Missionsanstalt erfolgenden Vorbereitung für den Missionsberuf, sofern sie demnach in die deutschen Schutzgebiete gehen, sowie für die Dauer ihrer Thätigkeit in diesen Gebieten von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht und der nach Maßgabe der Reichsgesetze vorgeschriebenen militärischen Übungen zu befreien.

Abg. Paffe (natl.): Die Zahl der im Auslande lebenden Deutschen ist eine sehr große und es wächst auch die Zahl der militärpflichtigen Deutschen in unseren Schutzgebieten. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn die Deutschen in den Kolonien sich dort gleich ausmühen lassen und wenn sie dort ihre Dienstzeit absolvieren können. Es wäre auch wünschenswert, daß die Mitglieder der Schutztruppe, welche sich nach Ablauf ihrer Dienstzeit in Südwestafrika ansiedeln, als Reservemänner eingezogen werden könnten, wenn die Noth es erfordert. Das Gesetz sollte so allgemein gemacht werden, daß es für alle Schutzgebiete paßt; denn auch am Nilmandscharo dürfte mit der Zeit die Ansiedelung von Europäern dauernd möglich sein.

Direktor Kayser: Ich kann dem hohen Hause mittheilen, daß wahrscheinlich noch im Laufe dieser Session eine entsprechende Vorlage dem Hause zugehen wird. Die Herren wissen, daß der Bundesrath sich mit der Neuorganisation der Schutztruppe beschäftigt.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Ein großer Theil von Südwestafrika ist nach den neueren Abmachungen der englischen Herrschaft unterworfen. Trotz unserer Warnungen im vorigen Jahre sind für den Preis von 100 000 M., 50 000 M. baar und 50 000 M. in Anleihe, drei große Gebiete in Südwestafrika an eine englische Gesellschaft, das Carascoma-Syndikat, abgetreten; das sind Gebiete von zusammen etwa 6 Millionen Morgen. Diese Gebiete sind unseren kolonialen Bestrebungen verloren und wir haben dort nur noch die Aufgabe, Ordnung zu halten und eine Schutztruppe zu unterhalten. Auch die Steuerrechte sind dem Carascoma-Syndikat übertragen worden. Für 2000 M. ist die sogenannte Damaraland-Expedition an eine englische Gesellschaft übertragen, das Guanolager ist an dieselbe verpachtet, die Regierung hat diese Abmachungen genehmigt. Da kann die Kolonialabtheilung nicht mehr verlangen, daß die Kolonialfreunde für ihre Arbeiten noch ein wesentliches Interesse haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Sandbüche von Südwestafrika wird sich aber noch als besser erweisen, als die Herren Richter und Bamberger immer behaupteten. Wenn solche Fehler wie die Gebietsabtretung an das Carascoma-Syndikat vorkommen, wenn wir in allen Dingen immer nur Stückweise, wie z. B. gegen Witbooi vorgehen, zu dessen Unterwerfung wir 4 Jahre gebraucht, wenn sich herausstellt, daß Major Franke, der immer als Sieger deklariert wurde, gar nicht Sieger gewesen ist, und wir die traurige Beobachtung machen, daß wir garnicht die Herren des Landes sind, so müssen wir den Direktor im Kolonialamt dafür verantwortlich machen und verhalten uns dieser Kolonialpolitik gegenüber ablehnend. Wir müssen die Swakopbay ausbauen und einen Weg von Swakop nach Otjimbingue anlegen und für alle diese Aufgaben sind ganze 20 000 M. in Aussicht gestellt!

Direktor Kayser: Wenn mir die Leitung der Kolonialabtheilung anvertraut ist, so muß ich wohl bei meinen Vorgesetzten das Vertrauen genießen, welches der Vorredner zu mir nicht hat. Ich muß es bebauern, daß der Vorredner nach falschen Voraussetzungen so schwere Anklagen gegen die Regierung erhebt. Die Frage des Carascoma-Syndikats ist in der Budgetkommission verhandelt worden und dort sind auch die Verträge erwähnt worden. Wir haben durchaus nichts zu verschweigen. Die Verpachtung des Guanolagers hatte die Regierung garnicht zu genehmigen; das war lediglich ein Privatgeschäft der Kolonial-Gesellschaft. Für den Ausbau des Swakopmundes sei nichts geschehen, es sei aber ein Baumeister gefunden, der nächstens daran gehen werde. Ich habe aber in der Budgetkommission erklärt, daß sich der Baumeister bereits seit Oktober am Swakopmund befindet. Beim Carascoma-Syndikat handelt es sich darum, daß wir verpflichtet waren, eine vorübergehende der Schutzherrschaft vorhandene Gesellschaft anzuerkennen. Sie hatte Rechte erworben, welche fast den ganzen Süden des Schutzgebietes umfassen. Die Gesellschaft hat schon früher, 1887, die Zustimmung erhalten, daß wir auch die Interessen des Südens und ihre wohlverordneten Rechte schützen würden. Die Eisenbahn kann nur einer Gesellschaft genehmigt werden, deren Statut mindestens vom Reichszentraler genehmigt ist. Graf Arnim klagt, daß wir im deutschen Schutzgebiet englische Gesellschaften zugelassen haben. Was würde die Rehrseite sein, wenn wir das nicht wollten? Würde England nicht sofort alle deutschen Unternehmungen in seinem Machtbereich verbieten?

Abg. Hammacher (natl.): Auch ich belege es, daß die englischen Gesellschaften im Süden des südwestafrikanischen Schutzgebietes vorherrschen. Die Caprivische Methode hat dazu beigetragen. (Sehr richtig! rechts.) Die mangelnde Entwicklung des Schutzgebietes hat die Ursache darin, daß es an der nötigen Sicherheit fehlt. Ich lobe die deutsche Regierung, daß sie mit mehr Berechtigung als die englische auch die ausländischen Unternehmungen in unseren Schutzgebieten zuläßt. Das Carascoma-Syndikat erklärte sich bereit, seine Ländereien zu besiedeln, und um das zu ermöglichen, wollte es eine Eisenbahn bauen. Das Carascoma-Syndikat wird niemals eine Konzession erhalten, die dem deutschen Interesse widerspricht. Für den Eisenbahnbau sollte das Terrain unentgeltlich hergegeben werden und neben der Eisenbahnlinie ein Landstreifen von 10 englischen Meilen Breite, aber nicht fruchtbarer Landes, sondern des sandigen Hügelrückens, der zwischen dem Meere und dem fruchtbareren Lande liegt. Es handelt sich also durchaus nicht um werthvolle Ländereien. Für die Hafeneinrichtung am Swakopmund hat die südwestafrikanische Kolonialgesellschaft sich einen Landstreifen vorbehalten und die Deutschen haben dort dieselben Rechte wie die Engländer. Von dem Vorhandensein von Guanoo hatte die Kolonialgesellschaft gar keine Ahnung. Als die Engländer die Ausbeutung des Guanoo pachten wollten, konnte die Gesellschaft nichts Besseres thun, als darauf eingehen, weil sie ein gutes Geschäft machte. Würde der Vertrag heute abgeschlossen, so würde die Kolonialgesellschaft sich wahrscheinlich einen

größeren Vortheil sichern als das Pachtgeld von 10 000 Mark. In Südwestafrika haben wir in weitem Umfange Ländereien, welche für die landwirthschaftliche Thätigkeit sich eignen. Aber die Farmen müssen einen Umfang von 30—40 000 Morgen haben. Danach eignet sich das Land also nicht für den größten Theil unserer Auswanderer.

Es sind schon Stauanlagen in Aussicht genommen für den südlichen Theil des Schutzgebietes, um eine bessere Bewässerung zu erreichen. In Australien waren zum Theil früher ähnliche Zustände wie jetzt in Südwestafrika. Ich spreche die feste Ueberzeugung aus, daß wir an Südwestafrika noch einmal große Freude erleben werden und daß, im Gegenzug zu unseren tropischen Kolonien, wir hier die ersten wirthschaftlichen Erfolge erzielen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Webel: Ich denke nicht so optimistisch über Südwestafrika wie der Abg. Hammacher. Interessant war, wie sich zwei Kolonialfreunde über diese Frage in den Haaren lagen. Graf Arnim will wie wir diese Position ablehnen, aber nur, weil sie ihm nicht hoch genug ist, während wir der Meinung sind, daß wir für Südwestafrika schon viel zu viel ausgegeben haben. Graf Arnim hat drei Wünsche ausgesprochen. Er will zunächst umfangreiche Wasserwerke am Swakopmund haben. Der Kolonialdirektor hat darauf erwidert, daß bereits Vorbereitungen getroffen seien seit dem Oktober vorigen Jahres. Wir haben also die angenehme Aussicht, im nächstjährigen Etat noch bedeutend mehr bewilligen zu müssen, wie gegenwärtig gefordert wird. Mit wenigen Hunderttausenden werden wir nicht auskommen, der Bau kann Millionen und Millionen kosten, und schließlich fragt es sich noch, ob er den Zwecken genügt, namentlich angesichts der großen Stürme, welche die südwestafrikanischen Küsten bedrohen. Die zweite Forderung bezog sich auf einen passirbaren Weg von dem Swakopmund über Otjimbingue nach Windhoek, damit die Kolonisten nicht auf dem Wege verhungern und die Oasen in Windhoek nicht tödtet zusammenbrechen, ein werthvolles Zugeständnis. Der Küstenstreifen ist 100 Kilometer breit und ein großer Theil davon ist fast zwei Drittel des Jahres großen Sandstürmen ausgesetzt, wie will man den Weg also vor Berandung schätzen? Wäre die Anlage des Weges so leicht, so hätte die Regierung ihn längst angelegt. Er muß aber zu schwierig und kostspielig sein. Möglich ist es immerhin, daß es den Kolonialfreunden und Kolonialinteressenten hier im Reichstage gelingt, die Regierung so weit anzujucken, daß auf Kosten der Steuerzahler noch weitere Millionen hergegeben werden. Wir werden dagegen Front machen. Eublich soll die Regierung angehalten werden, dort ein Wasserwerk anzulegen, eine Verriegelungsanlage als Probe für die Ansiedler. Das ist so leicht hingelagt. Die Kolonien gehen zu Grunde, weil sie kein Wasser haben. Wenn englische und amerikanische Kolonien emporgekommen sind, wie Herr Hammacher betonte, so ist es jedenfalls nur mit großen Mitteln möglich gewesen. Ein großes Wasserwerk würde mindestens 6—800 000 M. kosten. Man kann aber in Südwestafrika von einem Getreide- oder Ackerbau gar keine Rede sein. Wenn etwas dazu reizen könnte, so wäre es der hohe Weizenpreis von 6—700 M. pro Tonne, also viermal soviel wie bei uns. Trotzdem ist es nicht möglich gewesen, dort den Getreidebedarf selbst decken zu können. Es müssen also riesige Hindernisse bestehen. Wenn unsere Getreidebauern die Aussicht hätten, in irgend einer Gegend Europas nur den doppelten Weizenpreis zu erlangen, so würden sie in Scharen dorthin strömen. Aber in Südwestafrika ist eben nichts zu holen. Wenn auch das Land geschenkt würde, so gehört doch noch viel mehr dazu, um sich dort eine Existenz schaffen zu können. Ich stütze mich dabei auf die Autorität des Herrn Mann. Der sagt, mit Ausnahme des Unambalandes sei es nicht möglich, dort Ackerbau zu treiben, und das Unambaland habe wieder den Nachtheil, daß die Malaria herrsche. Herrmann sagt ferner, daß ohne 20 000 M. Kapital kein Ansiedler daran denken könne, sich in Südwestafrika niederzulassen. Sehen Sie sich die Kolonien aller anderen Länder in den letzten beiden Jahrhunderten an, ob wohl in einer einzigen eine solche Summe nötig war, um sich halbwegs eine Existenz zu schaffen. Wer 20 000 M. in der Tasche hat, kann nach den besten Gegenden der Vereinigten Staaten, nach Australien und anderen Erdtheilen gehen mit besserer Aussicht als hier.

Alle die schönen Schilderungen und Bilder, die uns hier dargestellt sind, beruhen auf ungemein optimistischer Anschauung und großartiger Selbsttäuschung, die ich namentlich bei einem Manne wie dem Abg. Hammacher nicht erwartet hätte. Der Regierung macht man einen Vorwurf aus der Zulassung der englischen Gesellschaften. Aber die deutsche südwestafrikanische Gesellschaft hat sich vor einigen Jahren, wohl bewußt, daß sich in Deutschland weder Kapital noch Baner dafür finden, selbst nach England gewandt und in großen Antändigungen das englische Kapital aufgefunden, sich in Südwestafrika zu beteiligen; in England hat sie Prospekte verbreitet mit ganz bedeutenden Versprechungen für die englischen Kapitalisten; es wurde darin gesagt, daß Land in ganz bedeutendem Umfang seitens der deutschen Regierung zur Verfügung stünde, und daß die deutsche Gesellschaft eine Dampfersubvention gewähren würde u. s. w. Ich mache daraus keinen Vorwurf. Nachdem man sich einmal auf das Unternehmen eingelassen hatte, mußte man alles aufbieten, um Kapital und Leute zu gewinnen, die nach Südwestafrika gingen. Man kann doch nicht sagen, daß in einer Kolonie nur Angehörige des betreffenden Landes sein dürfen. So lange es Kolonien giebt, haben die Gesellschaften Kolonialatoren hergenommen, wo sie konnten. Was wir bisher den Nordamerikanern, Engländern, Portugiesen, Spaniern, Holländern gegenüber thun durften, können wir den Ansiedlern dieser Nationen in deutschen Kolonien nicht verweigern. Daher ist auch der Vorwurf unberechtigt, daß die Regierung in der nächsten Nähe von Windhoek ca. 300 000 Morgen Land dem Syndikat geschenkt hat, was um so verwerflicher sein sollte, als 100 000 Morgen davon notwendig seien, um das für den Konsum der Schutztruppe, der Beamten, Ansiedler, Kaufleute mit ihren Familien bestimmte Vieh zu ernähren. Dem Ansiedlungssyndikat, dessen Vorsitzender eine Zeit lang der Abg. v. Cuny war, wird vorgeworfen, daß es den Leuten, die als Kolonisten angeworben waren, allerlei Dinge, Ackergeräthschaften u. s. w. aufgehängt hat, für die sie hohe Transportkosten bezahlen mußten, die sie aber in Südwestafrika garnicht gebrauchen konnten. Herr Hammacher hat selbst angeführt, daß mindestens 3000 Morgen Landes nötig seien, um mit Aussicht auf Rentabilität eine Ansiedelung gründen zu können, und trotzdem dachte man dort Heimstätten von 6—12 Morgen Landes gründen zu können, was so wenig werth ist wie eine Stecknadel. Noch andere ganz unnütze Dinge sollen den Kolonisten aufgehängt worden sein, z. B. einem Jäger 7 Zentner Stiefelwische. Es ist eine traurige Thatsache, daß die Kolonisten nach kurzer Zeit wieder zurückkommen. Einige sind Kneipiere für die Schutztruppe, Transporteure für den Wagensdienst u. s. w. geworden. Kolonisten, die eine Kolonialthätigkeit entwickelten, waren überhaupt nicht nötig. Vielleicht von keiner Kolonie gilt so wie von Südwestafrika, daß unsere Leute dort nur von dem Gelde leben, was wir dahin zahlen. Die eigene Vornehmheit der Kolonie ist ja auf 100 000 M. an Zöllen angelegt, stammt aber wesentlich aus der Einfuhr der Artikel, die mit Hilfe des deutschen Geldes für die Deutschen dorthin geschickt werden. Ende der 80 er Jahre waren 6—700 000 M.,

noch zu viel und heute werden von der Regierung 2 387 000 M. verlangt; allerdings wird diese Summe noch etwas ermäßigt. — In der Budgetkommission wurde darüber Klage geführt, daß die deutsche Kolonialgesellschaft mit der Wörmann-Linie in ein gewisses Vertragsverhältnis getreten sei. Der Direktor hat ausgeführt, daß hierdurch die Preise erheblich billiger seien. Man rede nicht immer hierbei von patriotischen Thaten.

Ist denn Geschäft machen Patriotismus? Dann wären in Deutschland diejenigen die größten Patrioten, die das meiste Geld verdienen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat bei diesem Vertragsverhältnis einen Gewinn von 665 000 M. gehabt und dieses Geschäft hätte die Reichsregierung eben so gut machen können, wenn sie, ohne sich des Zwischengliedes der deutschen Kolonialgesellschaft zu bedienen, direkt mit Wörmann einen Frachtvertrag geschlossen hätte. Was die Kupferminen anbelangt, so sind diese ungefähr 700 Kilometer von der Küste entfernt und es müßte erst eine Eisenbahn gebaut werden, ehe man von ihnen etwas erwarten könnte. Es sind also die Aussichten keineswegs so verführerisch, wie wir es aus dem Munde des Abg. Hammacher gehört haben.

Kein Zweifel, daß bei all diesen Unternehmungen eine Reihe von Personen interessiert ist, die auch zugleich Männer in der Regierung und in der Volksvertretung sind. Auch hier kommt wieder der mehrfach genannte Fürst Hohenlohe-Langenburg, der Staatssekretär Hofmann und Kollegen hier aus dem Hause in Betracht. Schauen Sie die Menschen so hoch wie Sie wollen, es entspricht der menschlichen Natur, daß sie, wenn sie sich einmal darauf eingelassen haben, verlangen, daß diese Unternehmungen nach Möglichkeit unterstützt werden. In jedem Stadtverordneten-Kollegium besteht die Bestimmung, daß wenn ein Stadtverordneter an einem Unternehmen theilhaftig ist, er entweder bei der Berathung überhaupt nicht anwesend sein darf oder wenigstens nicht mitstimmen darf. Es wäre notwendig, daß solches auch im Reichstage eingeführt würde. Das wäre für das deutsche Volk außerordentlich nützlich.

Abg. v. Cuny (nt.): Die letzte Bemerkung des Vorredners war doch nicht ganz zutreffend. Wenn er die Einnahmequellen prüft, welche die Kolonialgesellschaften haben, so wird er finden, daß sie aus dem Etat nicht fließen; sie kommen aus dem Verkauf der Farmen. Auf lange Jahre hinaus sind aber keine erheblichen Einnahmen zu erwarten, weil die Bedingungen für die Käufer außerordentlich günstig sind, namentlich bezüglich der Ratenzahlungen. Außerdem sind bedeutende Vorläufe und Darlehen an die Ansiedler gewährt worden, die zusammen ungefähr 80 000 M. ausmachen soll. Es ist allerdings einmal ein Prospekt nach England gekommen, aber wie das geschehen ist, weiß ich nicht; das Syndikat als solches hat einen solchen Prospekt niemals ausgehen lassen. Es will nur deutsche Ansiedler zulassen. Durch fruchtbarere den Wasserbestand zu vernehren ist in Kapstadt und im Transvaal gelungen, wo die Boeren ähnliche Naturverhältnisse fanden. Der Ackerbau soll allerdings mehr Nebenfache sein. Die Rathschläge, welche den Ansiedlern gegeben sind, sind nicht in Berlin verfaßt, sondern beruhen auf den Mittheilungen der Reisenden und der ersten Ansiedler. Den Mitgliedern der Schutztruppe ist der Rath gegeben, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern sich dort anzusiedeln. 22 haben diesen Rath befolgt und ihre Lage ist im ganzen eine günstige. Gerade diese Mannschaften der Schutztruppen haben doch dort Erfahrungen gesammelt und wenn ein erheblicher Theil dort bleibt, so spricht das dafür, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse nicht so ganz unbillig sein können. Herr Webel hat davon gesprochen, daß den Ansiedlern alle möglichen Dinge aufgehängt worden seien, namentlich auch sieben Zentner Stiefelwische. Mit dem Syndikat steht dieser Ansiedler in gar keinem Zusammenhang. Der Küstenstrich ist allerdings der ungünstigste Theil des Landes, aber daraus folgt nicht, daß die Anlage eines Weges unmöglich sei; denn Swakopmund ist dafür günstiger gelegen als Ballfischbay. Südwestafrika ist das einzige Schutzgebiet, wo Deutsche sich dauernd ansiedeln können, denn gesund ist das Land, das befruchtet alle Briefe. Wir können also einen wenn auch kleinen Theil der Auswanderung dahin leiten. Wenn diese Auswanderer Deutschland nicht verloren gehen, wie die sonstige überseeische Auswanderung, so ist das schon ein großer Vortheil.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Wenn Kolonialfreunde sich an den kolonialen Unternehmungen nicht beteiligen, dann sagt Herr Richter: Geht mit einem guten Beispiel voran; theilnehmen wir uns, dann tadelt Herr Webel, daß wir hier im Reichstage mitthun. Es wäre gut, wenn die Verträge mit den englischen Gesellschaften in Südwestafrika einmal in „Staatsanzeiger“ veröffentlicht würden, damit sich die öffentliche Meinung darüber aussprechen kann, ob ich zu meinem Tadel berechtigt gewesen bin oder nicht. Ich wundere mich, daß Herr Hammacher heute eine andere Stellung einnimmt, als in der Budgetkommission. Da hat er die Konzession für Damaraland getadelt. Ich halte aber die Konzession für das Carascomasyndikat für noch gefährlicher, denn Landungsvorrichtungen in der Vätertrucht sollen nur für die englische Gesellschaft reservirt bleiben. Den Grundlag kann man allerdings nicht aussprechen, daß keine Engländer zugelassen werden sollen; aber wir müssen vorzugsweise Herren im Lande bleiben, denn die Ueberzahl fremder Elemente bringt Schwierigkeiten mit sich. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Kolonialgesellschaft nicht gewußt haben sollte, daß Guanoo vorhanden war, daß sie deshalb ohne weiteres auf den Pachtvertrag eingegangen ist, kann ich mir nicht recht denken. Mein deutsches patriotisches Gefühl fräut sich dagegen, daß die Engländer jetzt auf Umwegen das erreichen, was sie früher nicht erreicht haben. Das hat Herr Currie in England offen ausgesprochen. Die Störungen, welche angelegt werden sollen, sind nicht bestimmt für den Getreidebau, sondern nur um Futter zu schaffen; da wird die Sache nicht so schwierig sein, denn 1 oder 1 1/2 Meter unter der Oberfläche findet sich schon Wasser. Ich werde übrigens meine Bedenken gegen den Etat aufgeben und doch für ihn stimmen. (Weiterer links.)

Direktor Kayser: Die deutsche Kolonialgesellschaft hat die Rechte einer juristischen Person; danach ist sie an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden bezüglich der Veräußerung von Grundstücken, aber nicht bezüglich der Verpachtung. Es ist der Vorwurf erhoben, daß die Regierung bezüglich der Frachten sich des Mittelgliedes der Siedlungsgesellschaft bediene. Wir sind dankbar dafür gewesen, daß dadurch eine ständige Dampferverbindung mit Deutschland geschaffen wurde. Der Umstand, daß die Siedlungsgesellschaft regelmäßige Dampferverbindungen unterhalten kann, trotzdem sie dafür eine Garantie von 15 000 bis 20 000 M. leisten muß, beweist am besten, daß die Entwicklung der Kolonie fortschreitet.

Abg. Hammacher (natl.): Allerdings habe ich bezüglich der Damaraland-Konzession auch Bedenken, aber die Verträge mit dem Carascoma-Syndikat sind derartig, daß nicht ein Mißbrauch getrieben werden kann. Daß das Guanoolager nicht entbehrlich ist, ist doch begreiflich; die Küstenstraße ist über 1000 Kilometer lan-

und daher nicht vollständig bekannt. Uebrigens hat die Regierung eine Ausnahme von der Ausfuhr des Guano.

Abg. **Rebel**: Gegen das Anseidelungs-Syndikat schweben seit einiger Zeit Projekte seitens der Leute, welche sich hatten anseiden wollen. Herr Hermann erhebt Vorwürfe gegen das Syndikat, daß es Ländereien bei Windhoeft, die sich des feinsten Bodens wegen nicht zur Ackerwirtschaft eignen, dazu ausgeboten habe. Ich habe es nicht getadelt, daß Graf Armin sich an kolonialen Unternehmungen betheiligt hat, sondern ich habe mich nur dagegen verwahrt, daß die in ihren Erwartungen getäuschten Interessenten ihren Einfluß geltend machen, um eine Unterstützung des Reichs zu erlangen. Die Stauanlagen sind bedeutend kostspieliger, als Graf Armin behauptet, und deshalb verlangt man, daß das Reich die Kosten tragen soll.

Abg. **v. Cuny** verweist darauf, daß Herr Hermann selbst das Gebiet bei Windhoeft als für die Viehzucht geeignet bezeichnet hat; an Ackerbau hat das Anseidelungs-Syndikat nicht gedacht. Damit schließt die Debatte.

Abg. **Graf Armin** bemerkt, daß er persönlich dem Anseidelungs-Syndikat nicht mehr angehört.

Die Ausgaben und Einnahmen für das südwestafrikanische Schutzgebiet werden bewilligt.

Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes und der Schutzgebiete erledigt.

Es folgt der Etat der Verwaltung der kaiserlichen Marine.

Berichterstatter **Abg. Lieber** schlägt vor, daß die weitestgehenden Flottenpläne erst bei den einmaligen Ausgaben berathen werden sollen.

Bei den Ausgaben für das „Marine-Kabinett und Oberkommando“ werden entsprechend dem Antrage der Budgetkommission gestrichen: Die Stellen für 3 See-Offiziere, 1 Registrar und 1 Kanzleisekretär beim Oberkommando, wozu 9000 M. erspart werden.

Beim „Reichs-Marine-Amt“ werden gestrichen: 1 Registratur-assistent und zwei Kanzleisekretäre, 1 Kanzleidiener, wozu im ganzen 7300 M. erspart werden.

Die Ausgaben für das Reichs-Marine-Amt, für die Seewarte, die Stationsintendanturen und die Rechtspflege werden ohne Debatte bewilligt.

Bei dem Kapitel „Seelsorge und Garnison-Schulwesen“ beantragt **Abg. Ringel** (Z.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen: im nächstjährigen Etat die Stellen der katholischen Marinepfarrer dem wirklichen Bedürfnisse, insbesondere für die Seelsorge sowohl in Cuxhaven, Helgoland, beim Manövergeschwader, als für den Religionsunterricht der jüngeren Mannschaften entsprechend zu vermindern und die dadurch entstehenden Mehrforderungen in den Etat einzustellen.

Der Antragsteller vermißt auf diesem Gebiete, wo für die Evangelischen andrerseits gesorgt werde, eine genügende Fürsorge für die Katholiken.

Staatssekretär Vollmann: Die Marineverwaltung wird bemüht sein, dem ausgesprochenen Wunsche Rechnung zu tragen.

Die Ausgaben werden genehmigt und die Resolution angenommen.

Genehmigt werden ferner die Ausgaben für die Gekochte Verpflegung, für den Betrieb der Flotte, für die Naturalverpflegung, Bekleidung, Garnisonverwaltungs- und Serviswesen, Wohnungsgeld-Zuschuß, Sanitätswesen, Reise-, Marsch- und Frachtkosten, Bildungswesen, Instandhaltung der Flotte, Waffenwesen und Befestigung, Kasernen- und Rechnungswesen, Küsten- und Vermessungswesen und verschiedene Ausgaben.

Damit sind die dauernden Ausgaben erledigt. Die weitere Berathung wird um 5 Uhr bis Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress hat am Dienstag mit dem Präsidenten über Beginn und Ende der Osterferien berathen.

Der Präsident machte den Vorschlag, die dritte Lesung des Etats am 26. d. M. beginnen zu lassen und nach deren Beendigung bis zum 16. April in die Ferien zu gehen. In den zwischen der zweiten und dritten Berathung des Etats liegenden Tagen sollten nach Ansicht des Präsidenten kleinere Gesetze bzw. Wahlprüfungen erledigt werden. Von verschiedenen Seiten wurde in Rücksicht darauf, daß viele Mitglieder wegen des katholischen Feiertages am 25. d. Mts. bereits abgereist sein würden, empfohlen, vor den Ferien nur noch den Etat zu erledigen und die Ferien bereits am 24. d. Mts. anfangen zu lassen. Man könne, so führten die Redner aus, bei der voraussichtlich schwachen Befehung des Hauses wichtigere Vorlagen doch nicht in den letzten Tagen der nächsten Woche auf die Tagesordnung setzen. Der Präsident erklärte sich bereit, den ausgesprochenen Wünschen nachzukommen und wird vor den Ferien nur noch den Etat eventuell unter Zustimmung von Abendsitzungen fertig stellen lassen. Die zweite Lesung des Etats wird vermutlich noch zwei Tage (Donnerstag und Freitag) in Anspruch nehmen. Sonnabend fällt die Sitzung wegen des Reichstagsfestes aus. Montag und Dienstag sind für die dritte Berathung des Etats in Aussicht genommen. Die Osterferien dauern bis zum 16. April. Als erster Berathungsgegenstand nach Ostern ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend den unlauteren Wettbewerb, bestimmt worden. Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wird bereits am 14. April wieder zusammentreten und wenn möglich erst am 26. d. M. Ferien machen.

Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Dienstag wurde die Berathung über die den „Dienstvertrag“ betreffenden Bestimmungen fortgesetzt. § 611 des Entwurfs bestimmt: „Das Dienstverhältnis erlischt mit dem Ablaufe der Zeit, für die es eingegangen ist. Ist das Dienstverhältnis nicht für bestimmte Zeit eingegangen und ergibt sich die Dauer auch nicht aus dem Zwecke der Dienste, so kann jeder Theil das Dienstverhältnis nach Maßgabe der §§ 612 bis 614 kündigen.“ Durch die Diskussion wurde klargestellt, daß auch Akkordarbeit zu den im § 611 gedachten Diensten gehören soll. Frohne und Stadthagen beantragten als neue Bestimmung folgende einzuschalten: „Ist der Lohn nach der tatsächlich erfolgten Leistung bemessen, so kann das Arbeitsverhältnis auch dann erst mit Fertigstellung des Stücks oder der Stücke, deren Herstellung vereinbart ist, aufgehoben werden, wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Ausschluß jeglicher Kündigungsfrist vereinbart ist.“ Der Antrag würde viele Differenzen bei Akkordarbeiten beseitigen. Er fiel jedoch nach einer längeren Debatte, aus der hervorzuhelien ist, daß die Frage, was Akkordarbeit ist, noch immer von einigen Fachjuristen der Kommission, insbesondere von nationalliberaler Seite, in selten mangelhafter Weise verstanden wird. Aus den Darlegungen der Regierungsvortreter, der Zentrumsvertreter und der sozialdemokratischen Redner ergibt sich indes, daß Akkordarbeitsvertrag nicht als Werkvertrag, sondern wie jeder andere Lohnvertrag aufzufassen ist, und daß auch bei der Akkordarbeit in Wahrheit die Zeit den Gradmesser für die Lohnhöhe bildet. Der Antrag wird abgelehnt, der Redaktionskommission jedoch eine klarere Fassung anheimgestellt. Frohne und Stadthagen beantragen ferner im Anschluß an § 122 Gewerbe-Ordnung für alle Arbeitsverträge folgende Bestimmung, die die Gleichheit der Kündigungsfristen für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer einführen soll: „Das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann, wenn nicht ein anderes verabredet ist, durch eine jedem Theil freiziehende, 14 Tage vorher erklärte Kündigung aufgelöst werden. Werden andere Kündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Theile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.“ Der gesperrt gedruckte Theil wird von mehreren ultramontanen Rednern unterstützt, fällt aber gegen 7 Stimmen, weil die Frei-

willigen, die Antisemiten, die Nationalliberalen und Konserverativen vor dieser Einigung der Vertragsfreiheit zu Gunsten des wirtschaftlich Schwachen zurückzusehen. Die Kündigungsfristen werden dann entsprechend dem Entwurf wie folgt gestaltet: § 612: „Ist die Vergütung nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig. Ist die Vergütung nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am Fünfzehnten des Monats zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Vierteljahren oder längeren Zeitabschnitten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen zulässig.“ § 613: „Das Dienstverhältnis der mit festen Bezügen zur Leistung von Diensten Angestellten, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, insbesondere der Lehrer, Erzähler, Privatbeamten, Gesellschaftsleiter, kann nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden, auch wenn die Vergütung nach kürzeren Zeitabschnitten als Vierteljahren bemessen ist.“ § 614: „Ist die Vergütung nicht nach Zeitabschnitten bemessen, so kann das Dienstverhältnis jederzeit gekündigt werden; bei einem die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis ist jedoch eine Kündigungsfrist von zwei Wochen einzuhalten.“ Zu erwähnen ist, daß einem Wunsche von Schriftstellern entsprechend der Abg. **Wachem** beantragte, die Schriftleiter und Schriftsteller (Redakteure) den „Gesellschafterinnen“ in § 613 anzugliedern. Dieser Antrag fiel, nachdem ein Theil Redakteure u. s. w. als Betriebsbeamte im Sinne der Gewerbe-Ordnung, der andere Theil sie als Handlungsgehilfen eines Verlagsgeschäftes schon jetzt der im § 613 ausgesprochenen Kündigungsfrist unterworfen sehen wollte, alle Mitglieder aber dahin sich ausgesprochen, daß — mag des Redakteurs Thätigkeit juristisch wie immer zu konstruieren sein — die im § 613 bestimmte Frist auf ihn auch ohne besondere Hervorhebung zutrefte. § 615 lautet: „Ist das Dienstverhältnis für die Lebenszeit einer Person oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen, so kann es von dem zur Dienstleistung Verpflichteten nach dem Ablauf von einem Jahre gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate. Die Kündigung ist nicht zulässig, wenn der Verpflichtete die Dienste durch einen anderen leisten lassen darf.“ Der letzte, gesperrt gedruckte Satz würde die Möglichkeit lebenslänglicher Hörigkeitsverhältnisse schaffen. Er ist von Stadthagen bereits im Plenum lebhaft angegriffen. Er wurde in der Kommission einstimmig abgelehnt. Eingegen vermodeten Frohne und Stadthagen ihren ferneren Antrag, die Zeitdauer von 5 Jahren in eine solche von einem Jahre zu verwandeln, nicht durchzuführen. § 616 des Entwurfs wird unverändert angenommen. Er lautet: „Ist das Dienstverhältnis nach dem Ablauf der Dienstzeit von dem zur Dienstleistung Verpflichteten mit Wissen des anderen Theils fortgesetzt, so gilt es als auf unbestimmte Zeit verlängert, sofern nicht der andere Theil unzweifelhaft widerspricht.“ Als Kündigungsgründe führt der Entwurf keine bestimmten auf, sehr vielmehr im § 617 nur allgemein fest: „Das Dienstverhältnis kann von jedem Theile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.“ Was „wichtiger Grund“ sei, hat hernach das Ermessen des Richters zu entscheiden. Frohne und Stadthagen schlagen statt dessen im Interesse einer größeren Rechtssicherheit vor, die Entlassungs- und Austrittsgründe der §§ 123 und 124 der Gewerbe-Ordnung auf alle Arbeitsverhältnisse durch neue §§ 617a, 617b, 617c zu übertragen und durch folgenden § 617d festzusetzen, wann Entlassungs- oder Austrittsgründe eingetret oder erweitert werden dürfen: „Die im § 617a (= § 123 G.-O.) aufgeführten Entlassungsgründe dürfen durch Vertrag nicht vermehrt werden. Die im § 617b (= § 124 G.-O.) aufgeführten Austrittsgründe dürfen durch Vertrag nicht aufgehoben werden. Eine Vermehrung der Austrittsgründe ist nur zulässig, soweit dadurch das in § 612b ausgesprochene Verbot (der Gleichheit der Kündigungsfristen) nicht verletzt wird. Die Aufhebung des im § 617c (= § 174a G.-O.) zum Ausdruck gebrachten Aufhebungsgrundes für nur einen Theil ist unzulässig, für beide Theile soweit unzulässig, als eine dahin gehende Vereinbarung wider die guten Sitten verstößt würde.“ Das Prinzip des Entwurfs gelangt nach längerer Debatte durch Annahme des § 617 und Ablehnung der Vorschläge unserer Genossen zur Annahme. Die Regierung erklärt jedoch ausdrücklich zuvor, daß die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über Entlassungs- und Austrittsgründe durch § 617 des Entwurfs nicht betroffen werden. Ein Antrag des Abg. **Gröber**, als § 617a einzufügen: „Ist für Dienstleistungen im Haushalt oder in der Wirtschaft die Vergütung nach Halbjahren oder längeren Zeitabschnitten bemessen, so kann der Dienstberechtigte ein Drittel der Vergütung bis zum Schlusse der Dienstzeit einbehalten“ fällt gegen die Stimmen der Konserverativen und einiger Zentrumsabgeordneten. Letztere stimmten, wie Abg. **Gröber**, nicht deshalb dafür, weil sie seinen Inhalt billigten, sondern weil sie hofften, für den Fall der Annahme des § 617a die Bestimmungen des Gesetzentwurfes über Rückführung und Bestrafung aus dem Dienst gegangener Dienstboten eher zu Fall zu bringen. Unsere Genossen vermochten sich dieser Hoffnung nicht anzuschließen und haben deshalb direkt auf Beseitigung aller feudalen partikularrechtlichen Bestimmungen der Gesinde-Ordnungen gerichtete Anträge gestellt. In der nächsten Sitzung (Mittwoch) werden voraussichtlich die Bestimmungen über den „Dienstvertrag“ zu Ende geführt werden.

Anhebung der Salzsteuer. Die Abg. **Kuer** und **Genossen** haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, laut welchem durch Gesetz das Salz vom 1. April 1897 ab von jeder Abgabe und Steuer befreit werden soll.

Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht. Zu der durch die Blätter gehenden Notiz, daß Arbeiten zu einem gegen die Trunksucht gerichteten Gesetze im Zuge sind, wird in den „Berl. Pol. Nachr.“ bemerkt: Einzelne Vorschläge des früheren Entwurfs sind inzwischen in andere Vorlagen, so die Frage der Entmündigung wegen Trunksucht in das bürgerliche Gesetzbuch übernommen. Auch die Unterstellung der Konsum- und anderer Vereine unter die Bestimmungen des § 33 der Gewerbe-Ordnung hinsichtlich des Ausschankes geistiger Getränke und des Kleinhandels mit solchen, wie sie sich in der in zweiter Lesung im Reichstage erledigten Gewerbe-Ordnungs-Novelle vorfindet, ist hierher zu rechnen. Es würde also der frühere Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Trunksucht, je nach dem diese Einzelbestimmungen erledigt werden, umgearbeitet werden müssen. Im übrigen aber würde die Angelegenheit stark gefördert werden, wenn etwa durch Annahme einer Resolution die Reichstags-Mehrheit einen Wunsch auf Erlaß eines solchen Gesetzes zu erkennen gäbe. Jedenfalls läßt man sicher sein, daß die verbündeten Regierungen den Plan des Erlasses eines Gesetzes zur Bekämpfung der Trunksucht nur aufgeschoben, nicht aufgehoben haben.

lokales.

Achtung, dritter Wahlkreis! Am Mittwoch, den 18. März, findet zur Feier des Tages in der Ressource, Kommandantenstr. 57, eine große Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Der 18. März und seine Bedeutung für das arbeitende Volk; Referent ist Genosse **Voghter**. Die Bedeutung, die das arbeitende Volk von Berlin dem großen Gedentag beilegt, läßt einen zahlreichen Besuch seitens der Parteigenossen und Genossinnen erwarten.

Der sozialdemokratische Verein vorwärts in Nixdorf hat in diesem Winter den Versuch gemacht, in Theaterabenden seinen Mitgliedern Anregung zu bieten. Der überaus gute Besuch, den die zwei bis jetzt veranstalteten Vereinsvorstellungen gefunden haben, lehrt, daß dies Bemühen erfreuliches Resultat findet. Auf die letzte Vorstellung dieses Winters, die am nächsten Sonntag veranstaltet wird, machen wir ganz besonders aufmerksam. Näheres darüber findet sich im Inzeratenthail der heutigen Nummer.

Die Parteigenossen in Reinickendorf werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 19. d. M., von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr die Gemeinde wahlen stattfinden, und zwar für den östlichen Bezirk in Sandhagen's Restaurant, Hauptstraße, und für den westlichen Bezirk (Sichhornplan) im Restaurant „Zum Feuerwerker“, Scharnweberstraße, bei Marks. Arbeiterlandarbeit ist für den östlichen Bezirk Genosse **Otto Glas**, für den westlichen Bezirk Genosse **Julius Malinowski**. Es ist Pflicht eines jeden wahlberechtigten Parteigenossen, am Donnerstag zur Wahl zu erscheinen.

In Nixdorf siegen bei der am Montag erfolgten Gemeindevahl in der dritten Abtheilung die verhassten Sozialdemokraten mit erdrückender Majorität. Es erhielt: Genosse **Thomas** 790 Stimmen gegen 210 gegnerische, Genosse **Reberan** 783 Stimmen gegen 209 gegnerische, Zerplittert waren im ganzen 102 Stimmen. Dies glänzende Resultat wurde erzielt, nachdem die Gegner sich vereinigt und unter dem Zeichen des Patriotismus mit aller Kraftanstrengung gegen uns agitirt hatten!

In Steglitz hat die Polizei dieser Tage mit regem Eifer den Staat gerettet. Der Arbeiterverein von Steglitz und Friedenau beabsichtigte, am vorigen Sonnabend sein fünftes Stiftungsfest zu feiern. Die Polizei aber ließ dem Vorhaben den Vereins den Bescheid zukommen, daß das Vergnügen nicht stattfinden dürfe, da voraussichtlich Frauen daran theilnehmen würden, was nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht statthaft sei. Denn der Verein sei ein politischer und das Vergnügen würde als eine Versammlung betrachtet werden, wenn es auch als Familienabend angemeldet worden sei. Als nunmehr ein Fest in veränderter Form angemeldet wurde, versagte die Polizei ebenfalls die Genehmigung und bemerkte auf Befragen, daß auch die Konserverativen und Antisemiten so etwas nicht erlaubt bekommen würden. Ob dies der Fall wird sich ja in der Zukunft zeigen, vorab haben die Antisemiten vorige Woche noch flott ihren Familienabend im Steglitzer Lokalblatt annoncirt.

Der **Staatsauschuß** der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers **Dr. Vangerhans** und in Anwesenheit der Magistratskommissare: **Kämmerer Naaf**, des Stadtraths **Voigt**, des Stadtschulraths **Dr. Bertram**, der Stadtraths **Geb. Regierungsrath Blankenstein** und **Dr. Hohrecht**, sowie der Stadtraths **Weise**, **Mugdan**, **Ramslau**, **Borchardt** und **Dr. Straßmann** abgehaltenen Sitzung den Spezialetat 45, betreffend die verschiedenen Einnahmen und Ausgaben, durchberathen, wobei die von der Englischen Gesellschaft zur Stadt-Hauptkasse abzuführende Rente, welche mit 507 000 M. in den Etat eingeseht ist, nach Maßgabe des von der Gesellschaft im Jahre 1895 nachgewiesenen Konsums an Deutligas auf 467 614 M. in den Etat eingeseht wurde. Die im Extra-Ordinarium des Etats neu eingestellten Beihilfen für die „Frauen-Schwefelern von der heiligen Elisabeth“, für den Preussischen Frauen- und Jungfrauen-Verein zur Unterstützung nicht anerkannter Militär-Invaliden, für das Evangelische Magdalenen-Stift, für den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, für die freiwillige Sanitätskolonne Berlin, für den Frauenverein zur Unterstützung verhänter Arbeiterinnen und für die Berliner Infallstationen hat der Ausschuß sämmtlich gestrichen. Ebenso wurde ein Antrag, den Verein der Volkshilfskassen zum rothen Kreuz für Augenkrante einen einmaligen Beitrag von 5000 M. zu bewilligen, für jetzt abgelehnt. Andererseits beschloß aber der Ausschuß, der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, zur Herstellung eines Denkmals für **Hermann v. Helmholtz** einen Beitrag, vielleicht in Höhe von 2000 M. zu bewilligen. Der Etat wurde im übrigen unverändert angenommen und mit einer Mehreinnahme von 6 248 088 M. festgesetzt. Der Etat für die Kapital- und Schuldenverwaltung blieb unbeanstanden und erfolgte seine Feststellung mit einem Zuschusse von 3 878 594 M. Beim **Hochbau-Etat** wurden die zum Umbau des Leichenhauses und Neubaus eines Stalles für Versuchsthiere auf dem Terrain des Krankenhaus im Friedrichshain geforderten 100 000 M. abgesetzt, da der Versammlung zunächst erst ein genereller Plan für die auf dem Krankenhaus-Grundstück erforderlichen größeren Umbauten vorgelegt werden soll. Sonst gelangte der Etat unverändert nach dem Entwurf zur Annahme. Die für den Neubau der Volkshilfskassen an der Demnowitzstraße geforderte erste Rate im Betrage von 200 000 M. wurde, vorbehaltlich der Genehmigung des Projekts und des Kostenschlages, durch die Versammlung bewilligt. Der Etat schließt nunmehr mit einem Zuschusse von 3 152 120 M. ab.

Der „Freiwillige Erziehungsbeirath für schulentlassene Waisen“, der vor kurzen hier begründet worden ist, wird in der „Voss. Ztg.“ als eine ganz aparte Idee gepriesen, von der man sich, wenn sie bei anderen „wohlthätigen“ und „gemeinnützigen“ Vereinen Nachahmung finden sollte, außerordentliche Erfolge zu versprechen habe. Wir wollen mit dem Verfasser des Artikels, der in den Reihen der Vorstandmitglieder besagten Vereins zu suchen sein dürfte, nicht darüber rechten, daß er die neue Gründung, obwohl sie vorläufig erst wenig über die bloße Erziehung auf dem Papier hinausgekommen ist, schon etwas sehr großartig darstellt. Wir konstatiren aber, daß auch in dieser auf Werbung von Mitgliedern und Beschaffung von Geldmitteln abzielenden Anpreisung, ähnlich wie in der konstituierenden Versammlung, als eigentlicher Endzweck des Unternehmens hingestellt wird der Ausgleich der Klassenungleichheit, die Ueberbrückung der Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen, die Bewahrung des heranwachsenden Geschlechts vor Unzufriedenheit u. s. w. Erreichen will man das durch die Pflegschafts-System, durch ein persönliches Sichtungswesen um die Waisen. Wenn schon dieser Weg, den der neue Verein einschlagen will, nicht neu ist, so ist es das Ziel, das er anstrebt, noch weniger; denn die Ueberbrückung der Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen und die Bewahrung der besitzlosen Klasse vor Unzufriedenheit gilt ja beinahe allen „wohlthätigen“ und „gemeinnützigen“ Vereinen seit langer Zeit als Hauptsache. Daran, daß es möglich sei, die sozialen Uebel durch diese sogenannten Werke der Nächstenliebe zu beseitigen oder auch nur in anerkenntenswerther Weise zu mildern, denken im Ernste die allerwenigsten. Sie wissen sehr wohl, daß dazu ein ganz anderer Ausgleich der Klassenungleichheit notwendig ist, bei dem die besitzende Klasse etwas schlechter fahren würde, als bei den harmlosen Mitteln, die sie heute zur „Beseitigung gesellschaftlicher Mißstände“ und zur „Hebung der Volkswohlthat“ anwendet.

Die **Breslauer Aktion** gegen unser März-Gedentblatt meldet die „Volkswacht“, unser Parteiorgan in Breslau mit folgenden Worten: „Ueber die Märznummer, welche von der Hamburger Verlagsanstalt **Kuer** u. **Comp.** herausgegeben, ist am Sonntag die Beschlagnahme verhängt worden. Um 3/4 Uhr nachmittags erschien in der Wohnung des Genossen **Zahn** ein Polizeibeamter mit der Aufforderung, ihn in das Geschäftslokale der „Volkswacht“ zu folgen, woselbst die übliche Haussuchung stattfand. Die Beschlagnahme konnte jedoch nicht vorgenommen werden, weil das fragliche Blatt nicht vorhanden war; jedoch wurde ein Geschäftsbuch, welches älter als

Ansänge der Waaren-Ausschlus gibt, von der Beschlagnahme betroffen. Das Schriftstück, welches die letztere anordnet, gibt als Ursache Verletzung des § 95 R.-Str.-G.-B. (Majestätsbeleidigung) an, enthält aber nicht die Bezeichnung der diese Maßregel verursachenden Stellen der betreffenden Druckschrift, obgleich § 27 des Preßgesetzes es ausdrücklich gebietet. Schließlich bemerken wir noch, daß die Beschlagnahme auf Requisition der hiesigen Staatsanwaltschaft erfolgte.

Das Zehnmillionen-Märchen. Man sollte kaum glauben, wie lange sich die Verleumdungen, welche die bürgerlichen Schriftsteller über die Sozialdemokratie verbreiten müssen, zuweilen auf den Beinen halten. Von den 1898er Wahlen her ist noch die nationalliberale Geschichte erinnerlich, daß zwei Millionen deutscher Arbeiter für die Zwecke der Sozialdemokratie jährlich zehn Millionen Mark aufbringen. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß dieser, der Wirklichkeit bekanntlich nicht ganz nahe kommende Betrag nicht genannt wurde, um dem Opfermuth der deutschen Proletarier ein ehrendes Zeugnis auszustellen, sondern um die „praffen den Führer“ bei der Wählerschaft zu verdächtigen, ein Versuch, der allerdings so dumm war, als daß ein deutscher Arbeiter darauf hineingefallen wäre. Gewöhnlich sterben solche Märchen eines sanften Todes, nachdem das letzte Kreisblatt in Potsdam sie dem faunenden Sendarmen und dem Druckschulzen vorgelesen hat. Anders scheint es jedoch bei dem Zehnmillionen-Märchen zu sein. Wir lachten nicht wenig, als wir es dieser Tage in der neuesten Nummer des „Konfessionär“, jenes verächtlichen Berliner Woksal-Organs, plötzlich wiederfanden. Der durch die Geistesarmuth unserer Gegner bedingte Mangel an Verleumdungsmaterial läßt es nicht unwahrscheinlich erscheinen, daß die Geschichte nimmermehr von Berlin aus zum zweiten Male durch die staatsbehaltende Presse Deutschlands wandert.

Auf dem Ausstellungspalast im Treptower Park wird vom 1. April bis 20. Oktober eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle mit der Bezeichnung „Postamt der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896“ eingerichtet.

Von der Bäckerinnung wird die Nachricht, daß die Bäcker ihre Waaren während der Gewerbe-Ausstellung um 10 pCt. verteuern wollen, als unrichtig, und die einige Tage früher von der Presse gebrachte Mitteilung, daß sie infolge des durch Bundesraths-Berordnung über sie verhängten Maximalarbeits-tages die Sonntagsgabe abschaffen und die Versandkosten für Frühstücksantrag erheben wollen, als verfrüht bezeichnet. Also abwarten.

Fortbildungskurse für Hebammen. Unter Leitung des Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Richter werden im Polizeipräsidium wöchentlich zweimal in den Abendstunden Fortbildungskurse für Hebammen mit praktischen Übungen abgehalten. Da der Preis des Unterrichts sich nicht höher stellt als 1 Mark für den Monat und die Praxis der Hebammen durch Theilnahme an den Kursen nicht unterbrochen wird, so empfiehlt der Polizeipräsident namentlich älteren und wenig beschäftigten Hebammen dringend, sich zu betheiligen. Meldungen sind zu richten an Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Richter, Lothringersstr. 56, der auch über den Beginn, die Dauer und die Termine der Kurse Auskunft ertheilt. Nachweisbar Unbemittelte erhalten kostenlosen Unterricht. Der Betheiligung auswärtiger Hebammen steht nichts im Wege.

Abwardt hat in New-York kürzlich eine Rede gehalten, in welcher er sagte: „Ich werde die Hydra der Verleumdung mit kräftigem Fußtritt zermalmen und die jüdischen Falkstride zerreißen. Ich werde im Eszay-Markt-Polizeigericht Haftbefehle gegen zwei Nichtgentlemen erwirken, die mir den Judasfuß applaudit und sich schließlich als jüdische Lockspindel entpuppt haben. Sie führten sich als antisemitische Döner bei mir ein, versprachen, mir größere Geldbeiträge zum Druck und zur Publikation meiner Streitschriften vorzutragen und schlichen sich so in mein argloses Herz ein, daß ich sie in mein Vertrauen zog, ihnen die Namen anderer Personen, die mir Geld zu dem Zweck versprochen hatten, nannte, und meinen ganzen Schlachtplan enthüllte. Bald merkte ich, daß ich der Betrogene war. Die Geldleute zogen sich fast alle von mir zurück und die beiden Juden-Gemüths verbreiteten allerlei Schreierisches über mich. Ich werde ein Exempel statuieren! In den Zeitungen wird es in den nächsten Wochen von meinen Kämpfen widerhallen.“

Die Rückzahlung der Fahrgebel für nicht ausgenutzte Fahrkarten erfolgte seit Einführung der Bahnsteig-Sperre dergestalt, daß von dem Gelde stets zehn Pfennige für eine Bahnsteig-Karte in Abrechnung gebracht wurden, auch wenn der Reisende den Bahnsteig gar nicht betreten hatte. Hierin ist jetzt infolge einer Aenderung eingetreten, als in einzelnen Fällen diese zehn Pfennige nicht mehr abgezogen werden dürfen. Wenn nämlich die Abtheile der betreffenden Klasse im Zuge, für welche die Fahrkarte gelöst wurde, überfällt waren oder ein Zug wegen erheblicher verspäteter Abganges nicht benutzt werden konnte, oder endlich der Zug, für welchen die Karte gelöst war, überhaupt nicht abgefahren werden konnte, so erhält der Reisende am Schalter auf Verlangen das volle Fahrgeld zurück.

Am Montag Mittag wurde, wie die „Voss. Ztg.“ mittheilt, der 20jährige Arbeiter Theodor Marxahn wegen Vergehens gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung (Mißbilligung) verhaftet, weil er einen Arbeiter der Schulz'schen Fabrik in der Hasenheide, der sich an der Arbeitseinstellung der übrigen Arbeiter nicht betheiligt hatte, beim Verlassen der Arbeit auf der Straße mißhandelt haben soll.

Mit abgerissenem Arme wurde gestern, Dienstag, Nachmittag der 19jährige Arbeiter Emil Straßburger aus der Pringel-Allee 25 in ein Krankenhaus eingeliefert. Der junge Mann war in der Lederfabrik von Eyd und Straßer in der Sandstraße 10 beschäftigt. Als er sich hier gestern Nachmittag sein Jacket anziehen wollte, gerieth er mit dem rechten Arm in das Triebwerk, das ihm den Arm in der Mitte des Oberarmes vollständig durch- und abbrü. Der Schwerverletzte bewies eine außerordentliche Kaltblütigkeit; er war durchaus bei Bewußtsein und klagte nicht einmal besonders über Schmerzen.

Am Ochsontag des Jahres 1898 verstarb zu Leischn im Oberbruch eine dort bei einem gewissen Zimmermann zu Besuch gekommene Frau Katharina Pfeiffer aus Berlin. Jetzt hat auf Anordnung der Staatsanwaltschaft die Ausgrabung der Leiche stattgefunden, da Verdacht vorliegt, daß die Pfeiffer keines natürlichen Todes gestorben ist. Grund für diesen Verdacht haben die in letzter Zeit in dortiger Gegend aufgetauchten Gerüchte gegeben. Die von dem Kreisphysikus Dr. Gerlach und Kreiswundarzt Dr. Jonscher vorgenommene Sektion der Leiche hat starke Mumifikation der Leber ergeben. Ob der hierdurch angedeutete Verdacht einer Arsenvergiftung, welche die Mumifikation bewirkt haben kann, wirklich begründet ist, wird die chemische Untersuchung der Leichentheile durch den Gerichtschemiker Dr. Jeserich, an welchen sie eingesandt sind, ergeben.

Für den Mörder des Knaben Burr gab sich kürzlich ein Mann aus, den die Polizei zum zweiten Male binnen kurzer Zeit wegen Bettelns aufgegriffen hatte. Aus den Äußerungen ergab sich aber, daß der Vorgeführte zu der Zeit, als Billy Burr ermordet wurde, im Gefängnis gewesen hatte. Die Selbstbezeichnung war also hinlänglich. Es scheint mithin, daß der Arme sich der furchtbaren That beizichtigt hat, um zeitweilig im Zuchthaus „verloren“ zu sein.

Der Knochensorb, der auf Berliner Neubauten zum Austrocknen der Mauer allen gesetzlichen Bestimmungen zum Trotz verkehrt benutzt wird, hat wieder einmal Unheil angerichtet. Der Bauwächter Alfred Schoppla aus der Wulterhauserstraße hatte auf dem Neubau in der Kronenstr. 68/67 seit einem Jahre schon den Nachdienst. Am Dienstag morgen gegen 6 Uhr fand der Arbeiter Masdofsky den 50jährigen Mann in einem Raume, in

dem ein brennender Knochensorb steht, belüftet auf. Er übergab den Schwerkranken einem Schuttmann des 37. Reviers, der ihn in ein Krankenhaus brachte. Schoppla liegt dort schwer darnieder.

Aus Kottbus berichtet der dortige Anzeiger: Ein Mord und ein Selbstmordversuch haben sich am Montag früh in unserem Vororte Sandow ereignet. In dem Zimmer der unverschämten, etwa achtzehnjährigen Arbeiterin Rubendunst, die bei dem Stellmachermeister D. zur Miethse wohnte, tödtete der Bräutigam des Mädchens, der 21jährige Tuchmacher Theodor Weintert dieses in der sechsten Morgenstunde durch einen Revolvererschuss und lehrte dann die Wundwaffe gegen sich selbst, brachte sich aber nur eine allerdings schwere Verwundung bei. Dem Vernehmen nach soll es sich um den tragischen Abschluß eines Liebesverhältnisses handeln, das ausichtslos war, weil die Angehörigen des Mädchens ihre Zustimmung versagten.

Die Kommission zum Austritt aus der Landeskirche hat, wie die „Voss-Zeitung“ berichtet, ein Strafmandat wegen unerlaubter Verbreitung von Druckschriften erhalten. Es handelt sich um die Vertheilung von Formularen zur gerichtlichen Anmeldung des Kirchenaustritts. Die Kommission hat gegen den Strafbefehl Widerspruch erhoben.

Eine brave That hat am Montag Abend der Kupferschmied Heinrich Jürz aus der Stralauer Straße vollführt. Während er abends 6 1/2 Uhr auf dem an die Spree grenzenden Grundstück Nr. 47 dieser Straße arbeitete, kam ein kleines Mädchen nebst andern Kindern hilfesuchend mit der Nachricht heran, daß sein Bruder ins Wasser gefallen sei. Schnell entschlossen sprang Jürz in die Spree und rettete mit Lebensgefahr den mit den Wellen kämpfenden Knaben. Das gerettete Kind ist der lebensfähige Sohn der auf demselben Grundstück wohnenden Wittwe Hoppe.

Klunkererei. Ein Berliner Lokalblatt erzählte kürzlich die Geschichte eines Ueberalles, dem der Jopf eines Lichtenberger Schulmädchens zum Opfer gefallen sei. Zwei feingekleidete Herren, welche graue Hosenhosenmäntel und Hülinderhüte trugen, sollten das stark entwickelte dreizehnjährige Mädchen am hellen lichten Tage seines langen Haarchmüdes erst beraubt und ihm den Jopf wieder zugeworfen haben, als es um Hilfe rief. Diese Mitteltheilung erreichte besonders bei den Frauen und Mädchen unserer Nachbargemeinde einige Bestürzung. Jetzt ist nun der Lehrer der „Niederfallenen“ mit einer Erklärung in die Oeffentlichkeit getreten, wonach die ganze Geschichte von dem Mädchen selbst erlogen ist. Es sehe ganz fest, daß das Mädchen sich den Jopf allein abgesehen habe, denn es hätte schon zu vordem Ritschlerinnen davon erzählt.

Der Direction des Passage-Vanopitiums sind Depeschen zugegangen, nach denen gegen die Abreise des Harems aus Karrowan wahrscheinlich auf Betreiben janatscher Geistlicher plötzlich Einbruch erhoben worden ist. Dieses Veto kam um so überraschender, als die Mitglieder des Harems bereits zur Kiste aufgebrochen waren und sich eingeschifft hatten, so daß sie sich bereits auf dem Wege nach Berlin befanden.

Man hofft, die Fortsetzung der Reise binnen kurzem bewirken zu können.

Selbstmordversuch eines Obdachlosen. Montag Abend machte im Thiergarten in der Nähe von Charlottenhof der obdachlose 49jährige Schmied Wilhelm Backow den Versuch, sich zu erhängen. Der Strick zerriss jedoch, worauf sich B. nach dem Großen Stern begab und dort einen Schuttmann bat, die am Hals noch festhängende Schlinge zu durchschneiden. Backow wurde nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. März 1896. Warmes, theils beiteres, theils wolfiges Wetter mit etwas Regen und ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau. (Siehe auch 2. Beilage.)

Gerichts-Zeitung.

Der Rechtsanwalt und frühere Premierlieutenant Friedrich ist von der Strafkammer in Leipzig wegen Erpressung in zwei Fällen nach mehrstägiger Verhandlung zu einem Jahr 8 Monaten Gefängnis und drei Jahren Erwerbsverlust verurtheilt worden. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Sein Mitangeklagter Dennhardt wurde freigesprochen.

Die Angelegenheit Taterow vor Gericht. Die Strafkammer des Amtsgerichts in Sorau verhandelte am 16. März gegen den Kaufmann Debarry aus Sorau, den Kaufmann Meyer aus Berlin und den Schneidermeister Taterow aus Berlin.

Meyer betrieb in Berlin unter der Firma P. Meyer u. Co. ein Herren-Konfektionsgeschäft und erwarb ein zweites Altes Geschäft unter der Firma Hugo Berner u. Co. Beide betrieb er nebeneinander in denselben Räumen. Er verschaffte auch Taterow die erste Möglichkeit, ein Geschäft unter der Firma „Konfektionshaus Solidarität“ zu eröffnen, indem er ihm einen größeren Waarenkredit einräumte.

Debarry, der in Sorau ein Gutgeschäft betrieb, und schon einmal Bankrott gemacht hatte, ging im Herbst 1894 dazu über, auch ein Herren-Konfektionsgeschäft zu betreiben, und ließ sich von Meyer für etwa 8000 M. Waare auf Kredit geben. Die Forderung gegen Debarry trat Meyer später an Taterow ab, der sie zuerst nicht übernehmen wollte, dann aber darauf einging, weil Meyer ihm diese Bedingung stellte. Am 31. Januar 1895 stellte Debarry für Taterow ein notarielles vollstreckbares Schuldenrekenntnis aus, und als es mit Debarry's Geschäft Ende Februar sehr schlecht ging, ließ Taterow die Waarenbestände pänden. Uebrigens mußte er die Pfändung wegen der gleich darauf folgenden Konturseröffnung wieder aufgeben.

Debarry ging ins Ausland, kehrte aber nach einiger Zeit zurück und denunzirte nun Meyer, daß er ihn zu folgendem Schwindel angezettelt habe. Nach Ausstellung des notariellen Schuldtitels habe er auf Rath Meyer's so viel Waaren, als er konnte, auf Kredit entnommen. Dabei habe er sich auf die Auskunft von Meyer, von Berner u. Co., welches Geschäft Meyer identisch war, und von Taterow bezogen. Meyer habe die zu bestellenden Waaren selbst ausgesucht, die Bestellbriefe auch in Berlin schreiben lassen, er habe sie in Sorau nur unterzeichnet und abgesendet. Meyer's Plan wäre dahin gegangen, diese ganzen Waaren dann mit Wechsel zu belegen und an sich zu bringen; Debarry's Gläubiger sollten das Nachsehen haben. In diesem Zweck sei auch die Forderung um 5000 M. höher geschrieben worden, als sie wirklich betragen hätte. Taterow hätte an dieser Verabredung allerdings nicht theilgenommen, aber über ihn wäre die Korrespondenz mit Meyer gegangen, der zu vorsichtig gewesen wäre, selber an Debarry zu schreiben.

Darauf wurde die Anklage gegen Debarry, Meyer und Taterow erhoben. In der Hauptverhandlung wiederholte Debarry seine Anschuldigung, Meyer suchte zu beweisen, daß er an der ganzen Sache kein Interesse gehabt hätte, weil er die Forderung an Taterow zedirt hätte, auch schon auf seinen beiden Geschäftsaufgeschiedenen gewesen wäre. In dieser Beziehung wurde aber nachgewiesen, daß die Forderung an Debarry auch nach Session an Taterow als eine Forderung Meyer behandelt worden ist. Taterow betheuerte seine Unkenntnis von dem Plane und seinen fortgesetzten guten Glauben. Ihm sei es nicht auffällig gewesen, daß Debarry mit Meyer über ihn korrespondirte, die Auskünfte, die er über Debarry gegeben hätte, hätte er nach Meyer's Entwurf geschrieben, und nicht für falsch gehalten. Er hätte erst nach der Pfändung gemerkt, daß Meyer unzulässige Sachen vorhaben und sich dann sofort ganz zurückgezogen.

Die Verhandlung dauerte von 9 Uhr früh bis 12 Uhr nachts; es wurden viele Zeugen vernommen und eine Unzahl Schriftstücke verlesen.

Der Gerichtshof glaubte Debarry und verurtheilte ihn wegen Kontursergehens und wegen des Betruges gegen seine Lieferanten zu zwei Jahren Gefängnis und Erwerbsverlust. Meyer wurde als geistiger Urheber und Leiter des ganzen Betruges zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Erwerbsverlust, auch noch zu 1000 M. Geldstrafe verurtheilt. Bei Taterow nahm das Gericht an, daß er an dem Plane nicht betheiligt gewesen sei; es meinte aber, er hätte doch im Verlaufe der Korrespondenz gemerkt, daß da etwas Unreelles beabsichtigt würde, und er hätte aus einer unzulässigen Gefälligkeit gegen Meyer, von dem er sehr abhängig gewesen sei, nicht rechtzeitig seine fernere Mitwirkung verweigert. Deshalb verurtheilte es ihn wegen Beihilfe zum Betrüge zu 6 Monaten Gefängnis, entließ ihn aber sofort aus der Untersuchungshaft.

Vermischtes.

— **Um das Andenken Johann Jacoby's** vor den böswilligen und bössartigen Verunglimpfungen des Herrn Professor Treitschke zu wahren, veröffentlicht Guido Weiß in der „Frankf. Ztg.“ eine „Berichtigung“. G. Weiß, der lange Jahre hindurch zu Joh. Jacoby in den vertrautesten Beziehungen stand, weist an der Hand eines zahlreichen und zuverlässigen Materials die leichtfertigen Vorwürfe Treitschke's jurid. Weiß hat sich nicht gescheut, selbst intimere Vorgänge aus Jacoby's Leben mitzutheilen, um die Mißdeutung zurückzuführen, die aus Treitschke's Schilderung hervorlugt, als habe Jacoby es geliebt, sich in künstliches Licht zu stellen und zu posieren. Einfach war er bis in die innerste Herzenseigenschaft und natürlich, wie es die Wahrheit selbst ist. Am Schluß seiner Darstellung schreibt Guido Weiß: „Selbst in scheinbar kleinsten Dingen hielt Jacoby auf sorgfältigste Gestaltung seiner Ausdrücke. Ebenso war er im mündlichen Verkehr. Ein sehr bereites Zeugnis dafür liegt uns vor in einem Blatte der Tagebuchnotizen, die er auf Reisen aufzuzeichnen pflegte. Jacoby hatte, als er zur Zeit des Militärkonfliktes Abgeordneter war, logischerweise die Annahme der Diäten verweigert, da er mit der Majorität gegen das ganze Budget gestimmt hatte. Als nach dem Kriege von 1866 der Regierung die Indemnität bewilligt wurde, war dieser Grund hinlänglich geworden und Jacoby erhielt die ganze rückständige Summe ausgezahlt. Nun gab er einem Wünsche nach, der sich seit Jahren immer dringender fühlbar machte: er unternahm eine Badereise. Auf der Fahrt dahin lernte er eine junge Dame kennen, die als Begleiterin ihrer kranken Mutter in dasselbe Bad reiste. Man fand Gesellen aneinander, so daß man die Bekanntschaft auch im Badeorte forsetzte. Eines Tages waren die beiden auf den Friedhof des Ortes gerathen, und der Zufall führte sie an das Grab einer Künstlerin, die hier gestorben war. Beide hatten sie auf der Bühne gesehen, wo sie, weniger vielleicht durch ihre Kunst, als durch ihre prächtige Erscheinung Aufsehen erregt hatte. Ein hoher Herr hatte ihr seine Gunst zugewendet und nun ruhte sie hier vergessen, und auf ihrem verwitterten Grabe wuchs Unkraut. Das alles erwoogen die beiden und der Gegenstand, den dieses verblühte Dasein und die schöne Jugendlichkeit seiner Begleiterin hervorrief, wußte auf Jacoby so, daß er den Todengräber herbeietzte und ihm ein Stück Geld mit der Beifugung gab, das Grab wieder in würdigen Zustand zu setzen.“ Dazu bemerkt die „Voss-Ztg.“: „Guido Weiß verschweigt den Namen des Badeortes und der Künstlerin. Er wird es uns hoffentlich nicht verübeln, wenn wir seine (vielleicht absichtliche) „Diskretion“ durchbrechen. Die Scene spielte in Karlsbad und die Künstlerin, welche während einer Badekur dort den Tod gefunden hatte, war die königlich preussische Hofschauspielerin Erwina Bieder.“

Ein Edelster und Bester. Flüchtig geworden ist der Premierlieutenant v. Horn aus Graudenz. Der Flüchtige, welcher Zivilkleidung trägt, fürchtete, wie antich festgestellt worden ist, wegen einer an einem Untergebenen begangenen strafbaren Handlung, die zweifellos seine Entfernung aus dem Offiziersstande zur Folge gehabt hätte, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sein Aufenthalt ist unbekannt.

Der in Düsseldorf verhaftete Homöopath Dr. Wallbeding, der vergebens für seine vorläufige Freilassung 100 000 M. Ration angeboten hatte, hat dies Angebot jetzt auf 200 000 M. erhöht; die Strafkammer hat aber auch dies Angebot abgelehnt. **Aus Cosel** wird der „Voss-Ztg.“ gemeldet: Unweit des Bahnhofs Veschnitz wurden drei Streckenarbeiter, die von der Arbeit nach Hause gingen, von einem Schnellzuge überfahren und getödtet. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in Lublin, wo der Vorarbeiter Spring und der Streckenarbeiter Dabiel durch Ueberfahren ihr Leben verloren.

Ermordeter Radfahrer? Der Bureaugehilfe Kemmann aus Berlin gebar, wurde, wie dem „Berl. Tagebl.“ ein Telegramm aus Marburg berichtet, gestern als Leiche in der Bahn gefunden. Er hatte am Sonntag eine Radfahrtroupe unternommen, von der er nicht zurückgekehrt ist. Die Umstände, unter denen die Leiche gefunden wurde, lassen als sicher erscheinen, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Während einer furchtbaren Sturmnacht sind in der Provinz Drei 130 Personen erfroren; auch eine Menge Pferde und Vieh sind zu Grunde gegangen. In der Nacht zum Dienstag wurde die große Robinson'sche Stärkefabrik in Petersburg von einer Feuersbrunst heimgesucht. Der entstandene Schaden ist sehr beträchtlich.

Ueber den Nordpolforscher Nansen schreibt der Redakteur eines amerikanischen Sensationsblattes: Wir wußten gleich, daß dieser Nansen schwindelt. Bei den ersten Gerüchten, die von seiner Entdeckung zu uns drangen, schickten wir unseren H-Beichtersatter an den Nordpol, um der Sache auf den Grund zu gehen. Von Nansen keine Spur! Ist nie dagewesen! Nach langem Suchen fand unser Abgesandter den Schlingel in einer Bar auf Kamtschatka, er trank Fliegeneschwamm-Brantwein mit Fischtran und schwärmte die trübselige Wirthin an. Sein Schiff hatte er verlehrt. Unser Beichtersatter ließ sich schriftlich geben, daß Nansen gemogelt hatte, und kehrte darauf spornstreichs über den Pol an sein Scribipult zurück. Wir haben ihm, dem wahren Nordpol-Entdecker, eine Honorarzulage von 2 Cent aus den laufenden Jard bewilligt. A propos: der Nordpol gehört zu Amerika. Wir haben bereits die nötigen Schritte gethan, um die Ausdehnung der Monroe'schen auf dieses Gebiet zu bewirken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Verband deutscher Zimmerer, Berlin. Der Aufsatz wird in nächster Nummer veröffentlicht.

Ein Leser, Leipzig. Nicht verwendbar. **Norrböping.** Für Ihre Landeskunde wäre es nicht von Vortheil gewesen, wenn wir deren Sache geführt hätten.

D. A. 644. Wir konnten diese Angaben nicht kontrollieren. Jedenfalls sind dort die Ausichten im Augenblick sehr schlecht. Nicht empfangene Nummern müssen Sie auf dem Postamte reklamieren. Ohne Angabe Ihrer Adresse wäre eine Nachlieferung übrigens unmöglich gewesen.

S. B. 130. Es war die Englische-Ausstellung von 1882 und nicht die Gewerbe-Ausstellung von 1879, welche abbrannte.

A. B. 100. Die deutsch-ostasiatische Plantagen-Gesellschaft besindet sich Friedrich Wilhelmstr. 21, parterre. Ueber den Abgang der Schiffe ist uns nichts bekannt.

J. 22. Wir glauben, daß die Schrift bei H. Oppenheim in Berlin erschienen ist.

H. B. C. Die Adresse von Georg Kemman haben wir nicht in Erfahrung bringen können. **Müller, Bentzen.** Die Sache hat für unsere Leser kein erhebliches Interesse.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 18. März.

Opernhaus. Carmen.

Schauspielhaus. Judith.

Deutsches Theater. Liebeslied. Vorher: Der zerbrochene Krug.

Festung-Theater. Comtesse Guderl.

Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Neues Theater. Winterschlaf. Vorher: Ihre erste Liebe.

Residenz-Theater. Hotel zum Freihaus.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.

Schiller-Theater. Die Kinder der Erzellenz.

Theater Unter den Eichen. Die Fledermaus. Hierauf: Divertissement.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazet.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Alle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Pitts.

National-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Bausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: **Die Kinder der Erzellenz.**

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Erzellenz.**

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.

Mittwoch, den 18. März 1896:

Emil Thomas als Gast.

Zum 195. Male:

Eine tolle Nacht.

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Jul. Freund und Wilh. Mannstadt.

Musik von Jul. Einödhofer.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Der Glöckner v. Notre-Dame.

Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Regie: Max Samst.

Morgen: **Die Geier-Wally.**

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schauspiel in 3 Akten von Brandon Lohm a. S. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.

Vorher: **Die Bajazet.**

Parodistische Fosse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von G. Roth.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gegründet 1845. Gegründet 1845.

Circus Renz

Karlstrasse.

Mittwoch, den 18. März 1896.

Anfang präzis abends 7 1/2 Uhr:

Novität! Novität!

Kolossaler Erfolg!

Luftige Blätter!

Eigens vom Direktor **Franz Renz** und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister **August Siems** für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung, inszenierte **Original-Vorstellung** in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Divertissements

Weltstadtbilder!

Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzubeden: 6 **trahenor Rapphengste** (Orig.-Dressur), vorgeführt vom Dir. **Fr. Renz**, Auftr. d. Herrn Ritter von Renzoff mit 1. Schulpferde **Skoboleff**. Zum Schluss der Schule: **Der phänomenale Bagnottessprung**. Die Amerikanerin **Miss Rita del Erido** mit ihrem Schulpferde **Aggir**.

Morgen, Donnerstag u. folgende Tage: **Novität! Luftige Blätter.**

Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 7-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

In den nächsten Tagen:

Echter Harem.

Aus der heiligen Stadt Kairoan.

Saremsfrauen und Kinder, Längerinnen, Sängern, Emuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!

Die **3** getigerten **Grazien!!**

aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Alexanderplatz-Theater.

Heute 8 Uhr: Zum 148. Male.

Die kleinen Kämmer.

Vaudeville in 2 Akten v. E. Varney.

Vorher: **Pitts.**

Operette von Hans Ewensfeld.

In Vorbereitung:

Die Musketiere im Damenstift.

Moabiter Stadttheater

Alt-Moabit 48.

Heute, Mittwoch, den 18. März:

Vorletzte Soirée

der **Stettiner Sänger**

(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Böhl und Schrader)

Durchweg neues **grossartiges Programm.**

Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (i. Platate).

Donnerstag, den 19. März:

Gr. Doppelkonzert in Sansouci der Stettiner Sänger und der 36 Mann starken Kapelle.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Großes Fez-Programm.

Eden-Theater.

Welt-Restaurant

97. Dresdenerstr. 97.

Im vorderen Saal täglich:

Weltberühmte Tyroler-Sänger-Gesellschaft

Almenrausch u. Edelweiss.

Direktion: Alois Ebner.

Entree vollständig frei!

Im Theater-Saal:

Sensationelles März-Programm!

Bestes Ensemble Berlins!

Auftreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.

Nur hochkomische Nummern!

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof-Börse).

Mittwoch, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr:

Grande Soirée equestre.

Sensationeller Erfolg!

Die Jagd nach d. Glück.

3. Schluss: Ein wirklicher Schiffs-Untergang in 20 Fuß Wasser.

Außerdem: Die hervorragendsten Dressurnummern d. Dir. Busch. Eine **Damen-Schulquadrille**, geritten v. 6 Damen. Konkurrenz der Springpferde **La Folle** und **Royalist** (Reiter Oehlschlegel u. Bömes); zum Schluss der phänomen. Sprung über 3 große lebende Pferde. **Conversano II**, echi Eipizaner Schimmelhengst, dressirt und geritten von Herrn Footitt-Burghardt.

The Rudolfs, die besten Reiterturner der Welt. Auftr. d. bestensten Clowns.

Donnerstag: **Die Jagd nach dem Glück.**

Achtung! Vereine!

Zur Matinee am 1. und 2. Osterfeiertag bin ich noch frei.

H. Lewandowsky, Volkshumorist, 3336 Sünderstraße 35, Hof 1.

I. Rennen in Carlshorst

Jeden Abend das urkomische **Burzelbaum-Jockey-Rennen**

Kaufmann's Variété-Theater

Königsstraße, Colonnaden.

Das neue Programm hat gelacht.

Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen

von Stephanie & Behrens.

Hokus, Pokus von Joe Marro.

Charley's Tante v. Max Nozel.

Das Unikum Schindler.

1000 Köpfe hat Räusche.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.

Neu! Sensationell! Neu!

Servais Le Roy

die räthselhafte Illusion.

Eugenie Fougère

die unerleichte franz. Excentrique.

Fritzi Ferry

die pikante Wiener Soubrette.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.

Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).

Neu! Neu!

Familie Schenk — (5 Personen).

Truppe Marvell — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — **Alexis** — **Geschw. Stucky** — (säch. Orig.-Jup-Duell).

Neu! **Schnapphahn, Finks u. Schraubel**

Posse in 1 Akt v. H. Anno.

Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U. Sonntag 30 Pf. 6 1/2.

R. Winkler.

Feen-Palast

Burgstraße Nr. 22.

Direktion: Winkler & Fröbel.

Heute und folgende Tage:

Neu! **Tourbillions Trio.**

9 1/2 Uhr: **Jex Tanisan.**

10 1/2 Uhr: **Jackley's.**

Affenspiele.

Und das **20** Entree-Nummern. Progr.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr.

Entree 30 Pf.

Jede Hausfrau laufe sich zur Probe Schürzenstoff aus der Weberei der Firma

E. Zühlsdorff & Co.,

Grüner Weg 119.

Wir empfehlen dem werthen Publikum derbe, buntgewebte Stoffe zu Haus-schürzen, welche in unserer Fabrik bearbeitet sind. Für die Schtheit der Farben (Indigoblau) können wir garantiren. Nichtkonventrendes nehmen wir gerne jederzeit zurück. Proben und Muster gratis.

E. Zühlsdorff & Co.,

217b Grüner Weg 119, Fabrikhof part. links. Kein Laden. Neu eröffnet.

Möbel,

Spiegel und Polsterwaaren sowie ganze Ausstattungen empfiehlt

H. Strelow, Tischlermstr.

Rixdorf,

Richardstr. 116, am Denkmal.

Einsegnungs-Geschenke

laufen Sie a. billigsten direkt von der

Goldwaaren-Industrie

von Belmonte & Co.,

Königstrasse Nr. 22,

Hof partierre. 45612

(Alles Gold und Silber wird zu Kurzpreisen gekauft und in Zahlung genommen.)

Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kleridöden bei Bestellung umsonst.

Gunkel, Bauhoyerplatz 2, Gieserstr. 12.

Angel-Schulze 3376

Die herzlichsten Glückwünsche zum heut. Tage. **G. F.** macht keinen Schaden.

Unserem Kollegen und Genossen

Freiß Bernd

zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß seine ganzen gewundenen Leitern wackeln. 321b

Die Kollegen des heiligen Bonifacius.

Sozialdem. Arb.-Bild.-Verein für Adlershof.

Am 15. März verstarb unser treues Vereinsmitglied und braver Parteigenosse, der Klempner

Emil Gentsch

nach schwerem Leiden im 27. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 19. nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Adlershof aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

204/17 Der Vorstand.

Verband aller in der Metall-industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 15. März 1896, verstarb unser Mitglied, der Klempner

Emil Gentsch.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Adlershof aus statt. 122/15

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 15. d. M. verstarb unser braver Kollege, der Klempner

Emil Gentsch.

insolge Herz- und Nierenleiden. Wir verlieren in ihm einen guten Kollegen und Genossen, und ist sein Andenken dauernd gesichert. 331b

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Adlershof aus statt. **Die Arbeiter der Firma Ed. Sommerfeld.**

Dankfagung.

Allen Genossen, Verwandten und Bekannten für die Theilnahme am Begräbnis meines lieben Sohnes, unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

Max Herfort,

insbesondere dem Gesangsverein Liberté I, dem Ges.- u. Diskantklub Friedrich Engels II, sowie den Köpenicker Kollegen und Freunden sage ich hiermit unseren innigsten Dank. 338b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Theilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung des Schraubendrehers **Georg Pietack** sage ich herzlichsten Dank!

336b Frau Pietack nebst Sohn.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten sage hiermit meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines guten Mannes; auch dem Ruderclub „Brill 8“, sowie den Vereinen des Bundes meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe nebst Kindern **Martha Zulfala.** 330b

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten sage hiermit meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigst geliebten Mannes. 326b

Wwe. A. Clement, geb. Heuer.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten sage hiermit meinen herzlichsten Dank für die Beweise herzlicher Theilnahme und zahlreichen Blumen Spenden bei der Beerdigung unseres guten Bruders **Georg.**

316b **Geschwister Pitack.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Theilnahme, die uns bei der Beerdigung meines Gatten, des Schlossers **Karl Diezmann**, zu theil geworden sind, spreche ich hiermit namentlich den Freunden und Kollegen der Firm **Rudolf u. Kühne** und dem Gesangsverein meinen aufrichtigen Dank aus. 342b

Die trauernde Wittwe **A. Diezmann** geb. Diekmann.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten sage hiermit meinen herzlichsten Dank für die Beweise herzlicher Theilnahme und zahlreichen Blumen Spenden bei der Beerdigung unseres guten Bruders **Georg.**

316b **Geschwister Pitack.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Theilnahme, die uns bei der Beerdigung meines Gatten, des Schlossers **Karl Diezmann**, zu theil geworden sind, spreche ich hiermit namentlich den Freunden und Kollegen der Firm **Rudolf u. Kühne** und dem Gesangsverein meinen aufrichtigen Dank aus. 342b

Die trauernde Wittwe **A. Diezmann** geb. Diekmann.

Aug. Krause, Blumen-Geschäft u. Kranzbinderei.

Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Ich nehme die Beerdigung gegen Herrn **Weichert** zurück. 2626*

Anna Wahlkow, Zieherstr. 16.

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare emp.

Franz Tutzauer,

Tischlermeister, (45129)

Berlin SW., Glücker-Strasse 14.

Laube verkauft Böther, Marienburgerstrasse 17, 5.

Grünram-Gesch., 2 Rollen, Umst. halb. 3. verl. Brunnenstr. 128, H. 341b

Unfallfäden, Klagen, Eingaben

Asterland, morgen- u. rutenweise, a. d. Thonenerstr. gelegen, zu verpacken. Näh. Trill, Landsbergerstr. 69. 3336b

Georg Wagner

Uhrmacher jetzt

Reichenberger-Strasse 23,

nahe **Postbuscher Thor,**

Uhren, Goldwaaren etc., sowie **alle Reparaturen.** 292b

Muschel-Wirthschaft

verkaufe sofort spottbillig, vollständige Bohn- u. Schlafzimmereinrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen. Brautleuten geeignet. 45882

Frau Büttner,

Köpenickerstr. 141, Vorderh., 1 Etage

Kinderwagen, großart. Auswahl, billigt, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. Theilzahlung gestattet. **Max Brinner,** Jerusalemstr. 42 und Brunnenstr. 6.

Möbel und Polsterwaaren, billig, **Dresdenerstr. 49, I.**

Schuhmacher-Geschäft, aufgehendes, seit 30 Jahren bestehend, mit guter Kundschaft, in der Friedrichstadt, billig zu verkaufen. In Anfragen bei **Giesler, Mauerstr. 50, Hof 3 Tr.**

Frankfurter Allee 16/16a am **Ringbahnhof:** Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad etc., Hinterwohnungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lager Keller. 98b

Mühlenstr. Nr. 8, nahe Oberbaum, sind sehr billige Wohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten. *

Schönhäuser Allee 150 3. B. m. Stb. u. Rh., Garten, 1 St., 1 Eib. möbl. 3. b. Hirtel, 3 Tr. 2744b

Schlafsofa, roth dunkle Bettstelle, Koffer verl. Krautwurfs, Luisen-Unter 56.

Schlafstelle an Herrn oder Dame zu verm. bei **Pohl, Fürstenstr. 4.** 324b

Mbl. Schlafst. f. d. Manteuffelstr. 50, v. l. r.

Nieft's Festsäle

17, Weberstrasse 17.

Der 21., 28. und 29. März (Palmsonntag) ist zu vergeben. Bedingungen billig. 44612*

B. Nieft.

Achtung!

Stadthagen's Arbeiterrecht

in Brachtband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Theilzahlung

Ludwig's Buchhandlung,

Grimmstr. 37. 4588b

Arbeitsmarkt.

Achtung! 176/3

Zieler Rixdorfs u. Umgegend!

In der Bauschlerei von **Mark, Firma Müller,** Hermannstraße 199, haben sämtliche Kollegen wegen Zurückziehung des bewilligten Tariffs die Arbeit niedergelegt. Vor Zugang wird gewarnt.

Korbmacher auf Bambus, hoher Lohn, verl. sof. **N. Lanfau,** Kleinbeerstr. 24.

G. erfahr. Spiegelbeleger w. u. Ang. bisher. Thätig. gesucht. Offerten unter **Sp. an die Exped. d. Bl.** 319b

Dirigent sucht gemischter Chor **Mittwoch 9-11 Uhr, Reinickendorferstr. 2a, Restaurant Schulz.** 329b

werden verlangt **Sebastianstr. 84.**

6 bis 8 tüchtige Gesellen auf Möbel bei hohem Verdienst verlangt. 3276 **E. Vötsche,** Admiralstr. 15b.

Gesucht wird ein Meister für Erd- und Mineralarbeiten - **Fabrikation, Knorr's Hotel,** Georgenstraße, gegenüber Bahnhof Friedrichstraße, Zimmer 22.

Von 7 bis 9 Uhr abends. 3155

Karton-Arbeiterinnen und Lehrlinginnen verl. Eisenhüttl, Beuthstr. 5.

Kinder mädchen und Mädchen für Alles finden sof. Stellung ohne Anzahl. im Komptoir **Stalitzerstr. 13 I. r.** 33/13

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt **J. Schwandt,** Neue Jakobstraße 6. 303b

Lehrmädchen auf Karton verlangt **J. Schwandt,** Neue Jakobstraße 6. 304b

Tokales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der am 1. April beginnende Umzug muß bei kleinen, aus höchstens zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April, mittags 12 Uhr, und, da der 3. April ein Feiertag ist, wo die Umzugspflicht ruht, bei großen, das heißt mehr als vier Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 4. April, mittags 12 Uhr, beendet sein.

Gedenket beim Umzuge der Briefträger! Unsere Stephensboten fürchten selbst die Neujahrstage nicht so sehr wie die Zeit nach den großen Umzügen am 1. April und 1. Oktober. Ungezählte Treppen steigen sie dann umsonst, um oben zu erfahren, daß Mieter so und so da oder dorthin verzogen ist, wenn nicht zur Ermittlung der neuen Adresse erst noch der Wirth in Anspruch genommen werden muß, der obendrein meist ziemlich kurz angebunden ist. Die Bestellung nach der neuen Wohnung macht bei den Berliner Wohnungsvhältnissen in den meisten Fällen gleichfalls Schwierigkeiten. Erst wenn das letzte Stück den ihm zukommenden Platz gefunden hat, denkt man daran, das Namensschild an der Korridorthüre zu befestigen, und so muß denn der Briefträger gewöhnlich auch hier beim Wirth nachfragen, da der vorherige eben nur Straße und Hausnummer angeben konnte. Wenn die ihre Wohnung wechselnden Mieter, wenigstens die viel korrespondirenden, die kleine Mühe nicht scheuen, einige Tage vor dem Auszuge ihren Briefträger die neue Wohnung genau anzugeben oder dem Postamt, in dessen Bezirk ihre alte Wohnung liegt, Mittheilung zu machen, so würden sie sich die Stephensjünger, die bekanntlich durchaus nicht auf Rosen langen, gewiß zu Dank verpflichten.

In der XI. städtischen Fortbildungsschule, welche mit der 7. Abtheilung des Gewerbevereins verbunden ist, besteht seit dem Wintersemester ein besonderer Kursus im Modelliren für Schmiede, Schlosser und verwandte Gewerbe, auf den die Interessenten hiermit besonders hingewiesen werden. — In den bereits bestehenden Kursen für: Deutsch, Rechnen, Physik, Geometrie und einfache Buchführung wird der Unterricht unentgeltlich erteilt. Für den Unterricht in: Zirkelzeichnen, doppelter Buchführung, Mechanik und Stenographie ist ein Schulgeld von 2 M. zu entrichten. Für den Unterricht in Französisch, Englisch, Fachzeichnen und Modelliren (2 Stunden) hingegen werden für wöchentlich vier Unterrichtsstunden halbjährlich 4 M. erhoben. Der Unterricht beginnt am Sonntag, den 12. April. Anmeldungen für sämtliche Kurse nimmt der Leiter der Anstalten, Herr Brüggemann, in seinem Amtszimmer, Wiesenstr. 66, abends vor Beginn des Unterrichts entgegen.

Der Verein für die Berliner Arbeiterkolonie hat vor einigen Tagen seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Der Jahresbericht enthält abermals eine Fülle von Glend ausgegibt, das sich in der schönfarberischen Art, in der er dargestellt wird, um so grauenhafter ausnimmt. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiterkolonie von den Opfern der heutigen Gesellschaft aus bekannten Gründen bestens gemieden wird und dann hört, daß seit ihrem Bestehen 6291 und allein im vorigen Jahre 665 Personen ihre Zuflucht in dieser Anstalt haben suchen müssen, so kann man sich einen Begriff von dem Glende machen, welches die Unglücklichen gezwungen hat, in die Arbeiterkolonie zu flüchten. Daß nur die denkbar größte Noth die Paros der Gesellschaft in die Arbeiterkolonie treibt, wird bestätigt durch den Jahresbericht, welcher besagt, daß der Bestand an Kolonisten in den letzten Monaten des Jahres erheblich höher als in den Vorjahren gewesen und um die Mitte des Monat Dezember auf 245 gestiegen, so daß die Anstalt fast gefüllt gewesen sei. Die Lage der Kolonisten, so erzählt der Vorstand im Jahresberichte, ist im verflochtenen Jahre nach verschiedenen Richtungen hin verbessert worden. Er führt zur Begründung seiner Behauptung verschiedene recht anschaubare Thatachen an. So wird gesagt, daß von den 817 „Leuten“, welche die Anstalt größtentheils nach mehrmonatlichem Aufenthalte verlassen, 184 in Stellung“ gegangen seien. In Stellung gegangen, das heißt sich ja gewiß ganz schön an. Forcht man aber nach, welcher Art diese „Stellungen“ sind, in welche die Arbeiterkolonisten gegangen sind, so wird von einer „Verbesserung“ der Lage dieser Unglücklichen wohl kaum gesprochen werden können. Denn die „Stellungen“, welche den Arbeiterkolonisten winkten, dürften ziemlich gleichwertig sein mit denen, welche der Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener seinen Schutzbefohlenen verschafft. Weiter wird angeführt, daß 8 in die Familie zurückgekehrt seien. Ob sie dadurch nun gerade gebessert sind, kann sogleich auch bezweifelt werden, denn ohne Noth hätten sie die Familie wohl kaum mit der Arbeiterkolonie verkauft. Der würnsichtigste Beweis für die Verbesserung der Lage der Kolonisten ist aber die Anführung der Thatache, daß 395 ausschieden, in der Mehrzahl mit genügender Kleidung und einigen Geldmitteln versehen, um hier oder außerhalb Berlins Arbeit zu suchen. Also nur die Mehrzahl, keineswegs alle der Ausgeschiedenen waren „mit genügender Kleidung und einigen Geldmitteln“ versehen. Was das letztere nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in der Arbeiterkolonie besagen will, ist leicht vorstellbar. Diese 395 „Leute“ gingen nicht etwa „in Stellung“, sondern „Arbeit suchen“! In die Arbeiterkolonie hinein wegen Arbeitslosigkeit und aus der Arbeiterkolonie heraus, um „Arbeit zu suchen“!

Was Geistes Kinder übrigens die Mitglieder des Vereins für die Berliner Arbeiterkolonie sind, das erhellt aus der Darstellung, die wir hier in der Versammlung vom „Vagabundenwesen“ gegeben haben. Danach sieht sich ein Bettler selten unter drei Mark den Tag zusammen, oft aber erreichte der Tagesertrag überraschend hohe Summen, und nur der Leichtsin der Bettler und der Umstand, daß die Barmherzigen ihre Gäste gründlich hochzunehmen pflegen, hindern es, daß man bei der Bettelei auf einen grünen Zweig komme. Unter „Pennen“ habe man keineswegs immer dumpfe Kellerlokale und dergleichen sich vorzustellen, wie sie in manchen Schilderungen des Großstadtlebens so schauerlich geschildert werden; manche Hauswirthe, namentlich im Norden der Stadt, haben vielmehr schon längst erkannt, wie lukrativ das Halten einer Penne sei; es befinden zur Zeit Penne in den mit Ballons und dergleichen geschmückten Bel-Etagen stolzer Miethspaläste, deren Eigentümer von den Pennenbüchern mindestens ebenso viel an Miete einnehmen, wie ihnen ein Geheimer Rath zahlen könnte, wobei die große Einnahme für Schnaps u. dgl. gar noch nicht mitgerechnet sei.

Diese Wundermärchen geht selbst dem bürgerlichen Blatte, welchem wir die Meldung entnehmen, über das Bohnenlied! Bei solcher Verschleierung des Glends und bei solcher Selbstbeweihräucherung sucht man in dem Bericht denn auch vergebens nach einem Eingehen auf die von uns mehrfach gebrachten Schilderungen der vielen Mißstände, die in der Arbeiterkolonie herrschen.

Ein partieller Apothekenkrach scheint zum Ausbruch gekommen zu sein. Es ist bekannt, mit welcher Eile sich die Profithuth seit Jahrzehnten auf dies Ausbeutungsfeld geworfen

hat. Jetzt ist das Selbstverständliche eingetreten: Verschiedene Großstadt-Apotheker, darunter zwei Berliner, mit Millionen- und Halbmillionen-Apotheken haben der „Pharm. Wochenchr.“ zufolge ihren Konkurs angemeldet. Nachdem erst vor nicht langer Zeit ein Apotheker in einer Vorstadt Berlins mit über einer Million Passiva bankrott gemacht hat, ist ihm vor kurzem ein Apotheker in Berlin selbst mit gegen 500 000 M. nachgefolgt. Weiter ist ein Apotheker in Köln-Ehrenfeld mit etwa der gleichen Summe zum Konkurs gekommen. Bieleicht haben diese Vorgänge das gute, daß sie die Frage der Verstaatlichung der Apotheken spruchreif machen.

Ueber die Verhältnisse der Berliner Droguenhandlungen im Jahre 1895 fällt Medizinalassessor Dr. Springfeld vom Berliner Polizeipräsidium in der Zeitschrift für Medizinalbeamte ein hartes Urtheil. Es heißt in seiner Mittheilung: „Am Schlusse des Jahres gab es in Berlin 825 Droguenhandlungen. Davon waren 107 = 22 pCt. im Besitze von approbirten Apothekern; 30 = 4,7 pCt. waren in Händen von Frauen; viele Inhaber hatten in anderen Berufstellungen Schiffbruch gelitten. Beschäftigt wurden 1007 Personen, denen in der Regel jede ordnungsmäßige Vorbildung fehlte. In den meisten Droguerien sind Frauen und Kinder als Verkäufer thätig. Die Gesamtzahl der Händler, gegen welche auf Grund der Revisionen Strafantrag gestellt wurde, betrug 437 = 72 pCt. Die Räumlichkeiten, welche zur Aufbewahrung der Medicamente dienen, genügen, von den reichen Droguerien abgesehen, nicht den geringsten Ansprüchen. Küche, Kohlenkeller, ja selbst Klosets werden als Aufbewahrungsräume selbst der schärfsten Säfte benutzt. Ebenso viel ließ die Aufbewahrung der Waaren zu wünschen übrig. Es ist sogar festgestellt, daß in Standgefäßen mit der Signatur für indifferente Mittel verbotene Substanzen aufbewahrt wurden. Deutlicher als im Jahre vorher bewies schon die Art der vorgefundenen Mittel, daß die Droguisten sehr häufig rezeptieren. Ihre Verbindung mit Naturheilkundigen, mit Medizinalpersonen, welche ihre Befugnisse überschreiten, neuerdings auch mit Aerzten, macht den Absatz möglich. In 50 pCt. wurde die Rezeptur nachgewiesen. In gleichem Maße blüht die Kurpfuscherei. Mit der Zeit bildet sich ein Stamm von Droguerien, welche wahre Lehrschulen der Kurpfuscherei sind.“

Vom Zentralverein für Arbeitsnachweis. In der am 10. März er. stattgehabten Generalversammlung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis erstattete der Vorsitzende Dr. Freund den Jahresbericht für 1895. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Die Lokaltäten des Arbeitsnachweises sind mit Hilfe einer Subvention der Stadtgemeinde ganz wesentlich vergrößert worden. Außer dem bereits vorhandenen Facharbeitsnachweis für Moler und Antreifer sind Facharbeitsnachweise eingerichtet worden für Schlosser, Klempner, Maurer und Zimmerer, Ladierer. Es wurden Verhandlungen mit den Vergoldern und Fuhrherren. Die Gesamtsumme betrug: Eingeschriebene arbeitslose Personen: 23 500, besetzte Stellen: 17 000. Von der Einschreibung zurückgewiesen 1100 von auswärtig zugereiste Arbeitslose; außerdem nahmen 2000 einheimische Arbeitslose von der Einschreibung freiwillig Abstand. In der Bibliothek wurden 6000 Bücher veranlagt. Der Vorsitzende konstatierte, daß der Geschäftsbetrieb des Arbeitsnachweises einen ganz wesentlichen Aufschwung genommen habe, daß sich insbesondere die neu eingerichteten Facharbeitsnachweise durchaus bewährt hätten. Der Voranschlag für das Jahr 1896 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 21 000 M. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der größte Theil der bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt und die Herren Professor Dr. Hans Delbrück und Magistratsassessor Cuno neu gewählt. — In der anschließenden Sitzung des Gesamtvorstandes wurden gewählt als Vorsitzender Herr Dr. Freund, als stellvertretende Vorsitzende die Herren Werkmeister und Geh. Regierungsrath Jäger, als Schatzmeister die Herren Mülos und Weisbach, als Schriftführer die Herren Dr. Hirschberg und Dr. Deite.

Die Zahl von 17 000 besetzten Stellen ist in der Millionenstadt Berlin durchaus nicht groß und zeigt, daß dem Verein so lange das Vertrauen des überwiegenden Theiles der Arbeiterschaft fehlen wird, bis ihm eine Organisation gegeben ist, die ihren billigen Wünschen entspricht. Die eigentliche Probe auf die Existenzberechtigung dieses Vereins wäre übrigens erst in einer besseren Geschäftszeit zu machen, in der der stellunglose Arbeiter sich nicht nothgedrungen an ihn als letzten Rettungsanker klammern muß.

Wieviel kostet den Gasalüchtl-Gesellschaften die Herstellung der Glühkörper und Brenner? Ein Glühkörper (Strumpf) bester Qualität stellt sich auf etwa 40 Pfennige, der Selbstkostenpreis eines Brenners ist etwa 60 Pfennige, die Kosten für die Anbringung mögen sich auf 15 bis 20 Pfennige belaufen. In Summa wird der komplette Apparat also für 1 Mark 20 Pfennige fabrikant. Verkauft wurde dieser Apparat von der Deutschen Gasalüchtl-Gesellschaft anfänglich für 15 Mark und dann für 10 Mark; seit einem halben Jahre stellt sich der Preis auf 5 Mark, also immer noch um das vierfache theurer, als die Herstellungskosten. Das ist der Segen, den die kapitalistische Produktionsweise in diesem Falle den Konsumenten bietet. Den sehr schlecht entlohnerten Arbeitern kündigt die Auer-Gesellschaft aber bei ihren 130 pCt. Dividende eine Lohnreduktion an!

Der öffentliche Arbeitsnachweis der Gemeinde Nizdorf, welcher am 1. Oktober v. J. ins Leben trat, veröffentlicht soeben seinen ersten Verwaltungsbereich, welcher den Zeitraum vom 1. Oktober 1895 bis 1. März 1896 umfaßt. In dieser Zeit wurde 584 Personen und zwar 388 männlichen, 111 weiblichen und 84 Personen unter 16 Jahren Arbeit nachgewiesen. Beschäftigung nachgesucht haben 1317 Personen. Von Arbeitgebern wurden verlangt 781 Personen. Außer den nachgewiesenen Personen haben ungefähr 10 pCt. unmittelbar im Bureau des Arbeitsnachweises Beschäftigung erhalten, indem anwesende Arbeitgeber die betreffenden Personen sofort in Arbeit nahmen.

Kunst und Wissenschaft.

Bei dem Orgelbortrage, welchen Herr Otto Diemel heute Mittwoch, den 18. März, mittags 12—1 Uhr in der Marienkirche hält, betheiligen sich als Mitwirkende: Frä. Marie Löwe, Frä. Lotte Diemel, Herr Heinrich Stöding und Herr Wilhelm Kalkwasser. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Vor recht unangenehmen Verlegenheiten steht das Schillertheater. Der Pachtvertrag mit dem Wallner'schen Erben läuft nur bis zum Herbst 1897. Als vor kurzem der Vertrag wegen weiterer Ueberlassung des Wallnertheaters verlängert werden sollte, machten die Besitzer des Instituts Schwierigkeiten und stellten Bedingungen, auf welche die Schillertheater-Gesellschaft nicht eingehen zu können erklärte. Die Wallner'schen Erben sollen bereits mit einem anderen Pächter, der sich in der Hoffnung wiegt, daß er nunmehr in den feineren sehr diskreditirten Räumen gute Geschäfte machen werde, einen Eventualvertrag abgeschlossen haben; es sieht also die Möglichkeit bevor, daß das Schillertheater sich eine andere Wirkungsstätte suchen muß.

Andree's Nordpolexpedition. Die das „Astenblad“ in Stockholm erfährt, geht die Nordpolexpedition Andree's am 7. Juni von Östborg zunächst nach Tromsö in Norwegen ab, wo die Ausrüstung vervollständigt, Eisboote und Brieftauben an Bord genommen werden. Es wird erwartet, daß die Expedition Mitte Juni Spitzbergen erreichen wird.

Die Wiener Polizeizensur gegen Wildenbruch. Die Wiener Statthalterei hat die vom Wiener Deutschen Volks-Theater geplante Aufführung der Tragödie König Heinrich IV. von Wildenbruch nicht bewilligt. Dem Vernehmen nach ist es besonders die Scene zwischen Kaiser und Papst, der Auseinandersetzung über die Grenzen der weltlichen und geistlichen Macht, welche die Zensurbehörde veranlaßt, die Genehmigung zur Aufführung des Werkes zu verweigern. Die katholische Oegnerschaft kommt darin zum Ausdruck.

Theater-Chronik. Das Schauspielhaus hat den Einakter „Kehraus“, aus dem Dänischen des J. Lehmann, zur Aufführung angenommen. — Das Deutsche Theater bringt gegen Ende nächster Woche Halber's „Jugend“ zur Aufführung. Ritter, Jarno und Biensfeld werden an der neuen Wirkungsstätte in den alten Rollen — als Hans, Kaplan und Amandus erscheinen. Das Kennchen giebt Fräulein Stagle, den Pfarrer Herr Hermann Müller. — In der Renaissancesührung von Shakespeare's „Richard III.“, die das Deutsche Theater am Donnerstag veranstaltet, wirken neben Herrn Kainz die Damen Sandow, Sauer, Schmittlein, Wilbrandt-Baudius, Pahlen und Stagle, die Herren Biensfeld, Fischer, Gregor, Gregori, Marx, Hermann Müller, Nissen, Pauli, Pittschau, Reinhardt und Röhl mit. Die erste Vorstellung beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr. — Für das Felling-Theater ist Fräulein Paula Birtch auf zwei Jahre engagirt. Paul Lindau's Schauspiel „Die Erste“, das am Freitag im Lessing-Theater zur ersten Aufführung gelangt, wird vom Direktor Dr. Oskar Blumenthal in Szene gesetzt. Es ist in den Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Elise Mained: Fräulein Pospischil als Gast; Regierungsrath Mained: Herr Sauer; Franziska: Fräulein Birtch; Robert Wendlin: Herr Schönsfeld; Sanitätsrath Dr. Johanna: Herr Sasse; Ministerialdirektor Wendlin: Herr Meuten; Geheimrath Henriette Rampe: Frau v. Bölling. — Im Schiller-Theater wird heute das Lustspiel von Wolzogen und Schumann „Die Kinder der Erziehung“ zum ersten Male gegeben. — Eine Wohlthätigkeits-Matinee im „Adolph-Ernst-Theater“, bei der Elsa von Schabelsky's „Frauentrage“ zum ersten Male gespielt werden soll, ist nunmehr auf Sonntag, den 19. April festgesetzt.

Ein Münchener Ensemble unter Leitung des Hoftheaterspieler Dreher wird vom 11. bis 30. April im Centraltheater Gastvorstellungen geben.

Geriichts-Beilage.

Die Revision, welche der Redakteur des „Volkswillen“ in Hannover, unser Parteigenosse Rauch gegen das Erkenntnis im Hammersteinprozeß vom 6. Januar d. J. eingelegt hatte, durch welches er wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, ist am Montag vom Reichsgericht verworfen worden.

Das Strafverfahren gegen Elise Sanke, welche den Dr. Steinthal tödtete, ist wegen der übrigen ihr zur Last gelegten Verbrechen durch Urtheil des Reichsgerichts zur nochmaligen Verhandlung nicht an das Schwurgericht, sondern an die Strafkammer verwiesen worden. Termin zur Hauptverhandlung ist auf Montag, 30. März vor der Strafkammer Landgericht I anberaumt.

Vom Berliner Eierhandel. Am 6. November 1895 verurtheilte das Landgericht Berlin 14 Berliner Eierhändler, Benjamin Strom, Steinreich, Braun, Glion, Horrmik, Reich, Frau Bod, Frau Reichmann wegen einfachen Bankrotts. Es wurde zunächst festgestellt, daß die Angeklagten von Großhändlern die Eier listenweise kaufen; die Riste enthält ca. 20 Schod Eier. Die Angeklagten erzielten einen Jahresumsatz bis zu 140 000 M., während das Ausgabekapital derselben zwischen 300 M. und 3000 M. schwankte. Die Angeklagten betrieben ihr Geschäft in Kellerlokalen, fuhrten jedoch außerdem auch noch ihre Waaren zu ihren Kunden, und zwar theils mit Pferd und Wagen, theils auch mit dem Handwagen. Aus dem beträchtlichen Umsatze schloß das Gericht, daß es sich hier um keinen Hausirerbetrieb mehr, sondern um den Gewerbebetrieb eines Volkkaufmannes handele. Wenn die Angeklagten selbst sich nicht für Volkkaufleute gehalten hätten, so sei dies ein zivilrechtlicher Irrthum. Die Frage war wesentlich, weil die Buchführung, zu der ein Volkkaufmann verpflichtet ist, bei den Angeklagten sehr mangelhaft war; so hatte sich z. B. der eine darauf beschränkt, ein Notizbuch in jüdischen Lettern zu führen, während für Handelsbücher eine lebende Sprache vorgeschrieben ist. In ihrer Revision gegen das Urtheil rügten die Angeklagten, man habe wohl den verhältnismäßig hohen, in anbetrach der leichten Verderblichkeit der Waare aber entsprechenden Umsatz berücksichtigt, nicht aber den darauf entfallenden sehr bescheidenen Gewinn. Der Reichsanwalt erklärte die Beschwerde für begründet, da gewisse allgemeine Voraussetzungen fehlten für eine Anwendung des Art. 10 H.-G.-B. Auch die Feststellungen bezüglich der Zahlungseinstellung reichten nicht aus. Das Reichsgericht erachtete die Feststellungen des Urtheils hinsichtlich zweier Angeklagter, Strom und Horrmik, für unbedeutlich und ausreichend und verwarf die Revision derselben, hob jedoch das Urtheil hinsichtlich der anderen sechs Angeklagten auf und verwies insoweit die Sache in die Vorinstanz zurück.

Soziale Uebersicht.

Reservefonds der Berufs-genossenschaften. Man schreibt uns: „Nach den Vorschriften des Unfallversicherungs-Gesetzes ist für das laufende Jahr zum letzten Male eine procentuale Einlage in die Reservefonds der Berufs-genossenschaften, welche bis jetzt insgesammt rund 130 Millionen Mark betragen, zu machen. Dann sind die Zinsen des Reservefonds diesem zuzuschlagen, bis er den doppelten Jahresbedarf erreicht hat, oder sie können, sobald der doppelte Jahresbedarf schon erreicht ist, mit zur Deckung der Genossenschaftslasten verwendet werden. Auf diese Weise haben die Mitglieder einiger größerer Berufs-genossenschaften, die einen besonders reichen Reservefonds angeammelt haben, eine sehr wesentliche Ermäßigung ihres Jahresbeitrages zu erwarten. Es können geleglich zwar jederzeit weitere Zuschläge zum Reservefonds über den doppelten Jahresbedarf hinaus erhoben werden; indes ist es so gut wie ausgeschlossen, daß irgend eine Genossenschafts-Versammlung sich die Verlegenheit entgegen lassen wird, die Genossenschaftslasten zu verringern. Wir möchten hieran die bescheidene Bitte knüpfen, auch die Verlegten an den Zinsen des Reservefonds insofern theilnehmen zu lassen, als man endlich den Anfang macht, ihnen an g e m e i n e Unfallentschädigungen zu zahlen.“

Erhöhung der überseeischen Passagierpreise. Wie aus Amsterdam gemeldet wird, hat die „Niederländisch-Amerikanische

Stoomvaart-Maatschappij" für ihre Dampfer, die zwischen New-York und Amsterdam fahren, den Preis für die Zwischen- und Passagen wieder um 6 Gulden erhöht, so daß derselbe jetzt 78 Gulden (1 holländ. Gulden = rund 1,70 M.) beträgt. Dazu schreibt die „Hamburgische Börsenhalle“: Angesichts des steigenden Verkehrs werden die deutschen Gesellschaften, die „Hamburger Padeisfahrt-Gesellschaft“ und der „Norddeutsche Lloyd“, wohl ziemlich nach der gleichen Richtung vorgehen.

Wenn es sich darum handelt, das Publikum mehr zu schröpfen, sind die Abdergesehnen selbstverständlich sofort einig und bereit. Sollen sie aber die Arbeitsbedingungen ihrer Schiffsbemannungen verbessern, da schützt die eine die Konkurrenz der anderen vor.

Landstrafen-Gesetz. Der Nord-Elbische Verpflegungsverband hat in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1896 bis 1. Februar 1897 in 15 von ihm verwalteten Verpflegungsstationen 15 232 Personen eine Verpflegung gewährt, 1298 Personen abgewiesen. Mit sämtlichen Verpflegungsstationen ist ein Arbeitsnachweis verbunden, wodurch insgesamt nur 240 Personen Beschäftigung nachgewiesen wurde. In dem Monats Juni bis August betrug die Zahl der wegen Bettelns Verhafteten 1263, von denen 174 ins Arbeitshaus kamen, und dies in einem Zeitraum, der für die meisten Wanderer die beste Arbeitsgelegenheit bieten soll!

Das Kreisamt in Offenbach a. M. hat eine Verordnung erlassen, betreffend die Aufsicht über die Miethswohnungen und Schlafstellen, wonach in Miethswohnungen, die aus drei und weniger Räumen oder in Kellerwohnungen und nicht unterkellerten Räumen, deren Fußböden nicht mindestens 25 Zentimeter über der Erde gelegen sind, sowie in unmittelbarer unter dem Dach (ohne Zwischendeck) befindlichen Räumen für jeden Bewohner ein Luftraum von mindestens 10 Kubikmetern vorhanden sein muß. Der gleiche Luftraum muß in den von Unternehmern ihren Arbeitern oder Lehrlingen zugewiesenen Schlafräumen vorhanden sein.

Gewerkschaftliches.

Die **Lackierer Verlus** sind dem gestrigen Beschlusse entsprechend am Montag in den Streik eingetreten. Die Situation des Streiks war am Montag Abend folgende: Bewilligt hatten 90 Werkstätten mit 154 Arbeitern, nicht bewilligt 18 Werkstätten mit 145 Arbeitern, keine Nachricht war eingelaufen von 13 Werkstätten mit 48 Arbeitern.

Achtung, Zimmerer Verlus! Folgende Baugeschäfte haben die Forderungen: Neunstundentag und 55 Pf. Stundenlohn, nachträglich anerkannt, und sind somit auf die Liste der Arbeitgeber zu setzen, die bewilligt haben:

Prange, Steintnerstr. 19. Sobichowski, Posenstr. 1. Greiling, Jonaststr. 6. Bergmann, Tharstr. 7.8. Britsch, Westbuergerstr. 2. Gahn, Charlottenburg. Simon, Schöneberg. Koschicki, Pankfadenstr. 74. Finn, Schillerstr. 45, Charlottenburg. Schubert, Friedrichshagen. Hardt, Rixdorf. Gadrus, Kopenstr. 13. Kleine, Göttingerstr. 34. Penker, Wöhenstr. Fallenhagen, Schleisschtr. 5. Poppendick, Lorkingstr. 10. Jude, Schönhauser Allee 62. Popendorf, Baumshuldenweg. Nettlau, Antonstr. 26. Geerdts, Fichtstr. 19. Mehe, Verlängerte Winterfeldstr. 48. Sobre, Paulstr. 14.

Achtung, Mechaniker Verlus! Die Kollegen von der Firma Schull in Bockenheim sind in den Streik eingetreten und bitten die Berliner Mechaniker, Solidarität zu üben. Unterstützung sind zu senden an: Grimborn in Bockenheim, Aufwärtsplatz 4.

Der Vertrauensmann der Mechaniker Berlins.

Zur Buchdruckerbewegung. Das Einigungsamt des Leipziger Gewerbegerichts erließ unterm 14. März folgende Bekanntmachung:

I. Die organisierte Prinzipalchaft und die organisierte Gehilfenchaft der Buchdrucker Deutschlands hat den Beschluß gefaßt, eine Revision des Deutschen Buchdrucker-Tarifs durch einen aus Vertretern der Buchdruckerbesitzer und der Buchdruckergehilfen Deutschlands in gleicher Anzahl bestehenden Tarifausschuß vorzunehmen, und hat das unterzeichnete Einigungsamt ersucht, an die Buchdruckergehilfen Deutschlands die Aufforderung zur Wahl ergeben zu lassen. In dem das unterzeichnete Einigungsamt diesem Ersuchen nachkommt, richtet es an sämtliche Buchdruckergehilfen Deutschlands das Ersuchen, spätestens bis zum 25. März 1896 die Wahl von 9 Bevollmächtigten zu den Verhandlungen des Tarifausschusses und von 9 Stellvertretern vorzunehmen.

Bezüglich der Wahl der Gehilfenvertreter gelten folgende Grundzüge: 1. Die Wählerschaft wird in neun Wahlkreise eingetheilt, die mit den neun Kreisen der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft zusammenfallen. Für jeden Wahlkreis ist ein Bevollmächtigter der Gehilfen und ein Stellvertreter in den Tarifausschuß zu wählen. 2. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Wählbar und wahlberechtigt sind alle in Deutschland aufhässlichen Seher und Drucker. 3. Die Stimmzettel müssen außer der Angabe des Namens und des Wohnortes des zu wählenden Bevollmächtigten sowie dessen Stellvertreters, die Bezeichnung des Ortes und der Drucker enthalten, bei welchen der betreffende Wähler beschäftigt ist. 4. Diejenigen Buchdrucker, welche zur Zeit der Wahl außer Stellung sind, werden dadurch ihres Wahlrechts nicht verlustig, doch haben sie auf dem Stimmzettel an Stelle der Firma den Vermerk „beschäftigungslos“ anzubringen. 5. Wahlzettel, bei denen die Firma nicht ausgefüllt ist, oder die den Vermerk „beschäftigungslos“ nicht tragen, sind ungültig. 6. Mit Vorhand verfehene Formulare zu den Wahlzetteln wird das Einigungsamt in der erforderlichen Anzahl an sämtliche Buchdrucker Deutschlands bis zum 20. März 1896 zur Absendung bringen. Die Gehilfen werden ersucht, sich die Stimmzettel von ihren Prinzipalen auszuhandigen zu lassen und für jede Drucker einen Vertrauensmann mit der Kontrolle darüber zu beauftragen, daß nur wirklich Wahlberechtigte die Wahl ausüben. 7. Beschäftigungslosen oder solchen Gehilfen, die einen Stimmzettel nicht haben erlangen können, werden solche auf Verlangen von dem Gewerbegericht Leipzig zugesendet. 8. Die ausgefüllten Stimmzettel sind bei dem unterzeichneten Einigungsamt bis zum 25. März 1896 einzureichen. Nur diejenigen Stimmzettel werden berücksichtigt, die an diesem Tage vor abends 8 Uhr bei dem Einigungsamt eingegangen sind. 9. Für die Wahl entscheidet absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts Leipzig zu ziehende Loos. 10. Im Bedarfsfalle werden die Bestimmungen des Reichstags-Wahlrechts entsprechend angewendet.

II. Die zwecks der Tarifrevision zu stellenden Anträge sind spätestens am 8. April 1896, abends 8 Uhr, bei dem unterzeichneten Einigungsamt einzureichen.

III. Der Tarifausschuß tritt am 15. April 1896 zur Berathung über den Tarif in Leipzig zusammen.

Die Buchdrucker Stuttgarts nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung mit großer Mehrheit eine Resolution an, worin — nach dem Bericht der „Schwab. Tagwacht“ — ausgedrückt ist, daß die bekannte Leipziger Resolution nur eine Verschleppung der von den Gehilfen beantragten Tarifverbesserungen darstelle, die darauf abzielt, die ganze Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit scheitern zu lassen. Die Versammlung lege den Versicherungen der Prinzipalvertreter nach den bisherigen Erfahrungen keinen großen Werth bei und erwarte von den zu wählenden Gehilfenvertretern, daß sie überhaupt nur in Ver-

handlungen eintreten, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit deren Basis bildet.

In Straßburg i. E. beschloß am Sonntag eine von 400 Gehilfen besuchte Versammlung die sofortige Bewilligung des Neunstundentages zu verlangen und im Falle der Ablehnung zu kündigen.

Die Buchdrucker in Rottbus erklärten sich mit der Leipziger Resolution einstimmig einverstanden, wobei sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß es gelingen möge, auf tariflichem Gebiete bald geordnete Verhältnisse zu schaffen.

In Mainz wurde folgende Resolution gefaßt: „Die allgemeine Buchdrucker-Versammlung nimmt die aus den Verhandlungen zwischen Prinzipal- und Gehilfenvertretern hervorgegangene Resolution zur Kenntnis und bedauert lebhaft, daß aus den Verhandlungen so wenig Erfriechliches herausgekommen, ist aber der Zuversicht, daß die Gehilfenvertreter in den Leipziger Verhandlungen alles eingeseht haben, der Leipziger Resolution volle Geltung zu verschaffen. Wir erwarten, daß die Gehilfen oder vielmehr die Tarifvertreter für die Einführung des Neunstundentages und eine 10prozentige Lohnerhöhung voll und ganz eintreten.“

Unter den schweizerischen Buchdruckern ist ebenfalls eine Bewegung für Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Erhöhung der Tarifföhe im Gange.

In Oldenburg hat der Maurerstreik begonnen. Nur wenige Maurer haben sich dem Ausstand nicht angeschlossen.

Unter den Bergleuten im Ruhrrevier gährt es. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ empfing in letzter Zeit eine Menge von Zuschriften, die die Klagen der Bergleute so gepfeffert zum Ausdruck bringen, daß sie aus Rücksicht auf den Staatsanwalt nicht veröffentlicht werden können. Besonders seien die vielen Feierschichten, die infolge der durch das Kohlen-syndikat festgesetzte Produktions-Einschränkung eingelegt werden, und die dadurch bedingte Lohnkürzung an der Erzeugung schuld. Um einer ernstlichen Gefahr vorzubeugen, sei es notwendig, den Lohn derart zu erhöhen, daß trotz der Feierschichten keine Lohnverkürzung eintrete. Die Schwäche der Bergarbeiter-Organisation sei durchaus kein Schutzmittel gegen die wirtschaftlichen Kämpfe. Gerade hierin liege die größte Gefahr für die Allgemeinheit. Im Jahre 1889 seien es unorganisierte Arbeiter gewesen, die durch ihren Riesenausstand die Welt in Erstaunen und Schrecken versetzt hätten. Eine starke Organisation könne allein Bürgschaft leisten für die Verhinderung von Ausschreitungen.

In der Strohhutfabrik von Leopold Lewy in Dresden haben sämtliche Fieber gekündigt, weil ihnen die verlangte kleine Lohnerhöhung verweigert worden ist.

In Nürnberg haben die Tischler die 6stündige Arbeitszeit bis jetzt in 25 Werkstätten und Fabriken bewilligt bekommen. In 10 Werkstätten wird wahrscheinlich niedergelegt werden müssen.

Die Holzarbeiter Fürths haben die von den Unternehmern angebotene 1/4 stündige Mittagspause bei einer Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden angenommen, unter der Bedingung, daß die ruhende Viertelstunde Mittagspause ohne weitere Bewegung ab 16. März nächsten Jahres zugestanden wird. Nebenbei wird verlangt 25 pCt. Lohnerhöhung für Ueberstunden, Anerkennung der Arbeiterorganisation und Bildung eines Schiedsgerichts für fernere Differenzen, das zu gleichen Theilen aus Vertretern der Unternehmer- und Arbeiter-Organisationen bestehen soll. Wegen Nichtbewilligung des Ueberstunden-Zuschlags und wegen Nichtanerkennung der Arbeiterorganisation ist es zwischen den Gehilfen und den Unternehmern zum Bruch gekommen. 1700 Arbeiter sind in den Ausstand getreten.

In Wien stehen die Schneider der Geschäfte für englische Kostüme im Streik. Sie fordern: Einführung der Tagarbeit mit einem für alle Arbeiter gleichen Lohne von 3 fl. täglich; Arbeitszeit von 8—12 und von 2—7 Uhr mit Frühstück- und Vesperpausen; bei halbtägiger Arbeit darf die Hälfte der neun Stunden nicht überschritten werden; 15 pCt. Lohnerhöhung bei jedem Stück, das von Stückenmeistern erzeugt wird; Bezahlung der Ueberstunden bei Tag mit 10, bei Nacht mit 20 Kr. Zuschlag; Beschaffung des Zubehörs durch die Meister; vierzehntägige Kündigung und Freigabe des 1. Mai; Abschaffung der Stundenkontrolle.

Die Arbeiter dieser Branche haben im Jahre nur 6 Monate Beschäftigung.

Sämtliche Wöthler des Bürgerlichen Brauhauses in Pilsen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern: 1. Wiederaufnahme von zwölf entlassenen Kameraden, 2. bei Arbeitsmangel zehnjährige Arbeitszeit, 3. wöchentliche Auszahlung, 4. Arbeitsruhe am 1. Mai, 5. Vertrauensmänner der Arbeiter dürfen nicht entlassen werden.

Aus Seraing bei Lüttich in Belgien wird telegraphirt, daß am Dienstag die Mehrzahl der Grubenarbeiter — 1200 Mann — in den Ausstand getreten ist.

Versammlungen.

Die Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Montag zu zwei großen Versammlungen eingeladen, für welche von der sogenannten lokalen Richtung folgende Tagesordnung aufgestellt wurde: 1. Welche Vortheile haben wir durch den Streik errungen und wie stellen wir uns in Zukunft dazu? Die Versammlung bei Keller, Kopenstrasse, war von kaum 100 Personen besucht. Das Referat hatte hier Wiefemann übernommen, der etwa folgende ansführte: Zunächst bedauere er den schwachen Besuch der Versammlung, der jedenfalls darauf zurückzuführen sei, daß die Kollegen das Vertrauen zu der Sache verloren haben, nachdem bei der so großen Bewegung nichts wesentliches herausgekommen ist. Dies müßte eine Lehre für die Arbeiter sein, in Zukunft die Augen offen zu halten. In der That sei gar nichts erreicht. Ein Teil der Konfektionäre habe überhaupt nicht bewilligt. Der Streik dürfe mindestens nicht früher aufgehoben werden, bevor nicht die Lohnsätze festgesetzt waren. Häufig werden jetzt noch nicht einmal die vorher gezahlten Preise bezahlt. In der bekannten Art schimpft Redner auf den Zentralverband und die Leitung des Streiks durch den Genossen Timm, um am Schluß seine Lokalorganisation zu empfehlen. Die Diskussion bewegte sich natürlich in derselben Tonart. Schmidt bezeichnete die Handlungsweise der Kommission als einen Schurkenstreich, bei den Verhandlungen habe man sich Wohlthat benommen, die ganze Sache war eine Lumperei und kein ehrliches Geschäft, bei der die voll-gesessenen Agitatoren den Arbeiterinnen die Groschen aus der Tasche lockten. Diese dem Geschnäwz einiger ehrloser bürgerlicher Zeitungen im Kampf gegen die Sozialdemokraten entnommenen Tiraden fanden natürlich in der Frau Subela und Frau Dmoch eine weitere Ergänzung und Wiederholung. Zwei Anhänger der Zentralisation versuchten vergebens, die fünfer-Kommission in Schutz zu nehmen und das Vorgehen derselben klar zu machen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

In Erwägung der nach dem Streik entstandenen Mißstände beschließt die Versammlung, folgende Forderungen zu stellen: 1. Alle 8 Tage, des Sonnabends von 4—5 1/2 Uhr, Lohnauszahlung. 2. Einen Prozentauszuschlag von 30—10 Ueberrichte zu fordern und auf keine Theilung von Seiten der Meister einzugehen. 3. Aushängung des Lohns in sämtlichen Arbeits-häusern und keine Vereinbarung besonderer Preise mit den Meistern. 4. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeitnehmer. 5. Anständige Behandlung.

Ein Antrag, die Agitationskommission der Damenmäntelbranche aufzulösen, zeigte eine lebhafteste Auseinandersetzung der beiden vertretenen Lokalorganisationen. Der Antrag wurde vorläufig abgelehnt, aber die Kommission beauftragt in 14 Tagen

Bericht zu erstatten. Als Revisoren wurden gewählt: Schmidt, Ruschik und Hermann. Hierauf berichtete Frau Subela über das Einigungsamt. Herr Timm, der nach Beendigung des Abchlusses beauftragt war, zu den Tarifverhandlungen zwei Kommissionenmitglieder hinzuzuziehen, habe bisher von ihrer Seite kein Mitglied hinzugezogen. Sie erwartet, daß die dem-nächst stattfindende Versammlung zu diesem Ausschluß Stellung nimmt. Sie selbst könnte aber mit dieser Richtung nicht zusammenarbeiten. Weiter theilt Frau Subela mit, daß sie von der Firma Platon wegen ihrer agitatorischen Thätigkeit gemahregelt sei. Zum Schluß wurden die beiden bisherigen Delegirten (lokaler Richtung) zur Gewerkschafts-Kommission juridicogegen.

Die Versammlung, die bei Ahrens in Moabit tagte, war von 16 Personen besucht und hat somit jede Bedeutung verloren.

Etwa 2500 Buchdrucker füllten am 16. März den großen Saal der Brauerei „Friedrichshain“, um den Bericht über die Leipziger Konferenz zu den Prinzipalen entgegenzunehmen. Das Referat hatte Massini übernommen. Nachdem Redner noch-mals die bekannten Gründe dargelegt hatte, welche den Antrag der Gehilfenchaft auf Tarifrevision zeitigten, wandte er sich den Leipziger Verhandlungen und deren Resultat zu. Die Prinzipale hätten erklärt, einer Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes nichts in den Weg legen zu wollen; jedoch seien sie dem Verlangen der Gehilfenvertreter nach einem Provisorium mit der Begründung nicht nachgekommen, daß sie mangels eines diesbezüglichen Auftrages außer Stande seien, zu verurtheilen, daß vielleicht von dieser Woche ab bis zum definitiven Abschluß der Verhandlungen eine vorläufige Lohn-erhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit eintrete. Ihre Mandate hätten den Herren nur erlaubt, mit den Gehilfenvertretern über die Formalitäten zu verhandeln, unter denen die Aenderungen zu schaffen seien. Seien den Gehilfen nach langer Debatte auch verschiedene Zugeständnisse gemacht worden, so habe man nicht durchbringen können mit dem Wunsche, die Tarif-verhandlungen schnelligt zu beginnen und zu erledigen. Redner verweist auf die in Nummer 63 des „Vorwärts“ abgedruckte Resolution. Wenn darin unter Nummer 1 bestimmt werde, daß die erforderlichen Gehilfenvertreter-Wahlen durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts der Stadt Leipzig ausgeschrieben würden und durch Uewahlen bis zum 25. März zu erledigen seien, so hätten die Vertreter der Gehilfenorganisation um deswillen darauf eingehen können, weil dadurch eine wirkliche Wahl gesichert und eine gemachte Wahl verhindert werde. Auch habe man sich gesagt, daß die Mitwirkung der gesammten deutschen Gehilfenchaft an dem Werk der Tarifrevision erforderlich sei. Und wenn unter 2. eine weitere Frist (bis 8. April) zum Einbringen von Anträgen an den Tarifausschuß gesetzt sei, dann werde die Gehilfenchaft genügend Zeit haben, Anträge zu formulieren, die eine vollständige Umarbeitung des Buchdrucker-Tarifs anstreben. Es müßten endlich einmal die ungeheuren Widersprüche aus dem Tarif hinausgebracht werden, die zu einer wahren Anarchie der Bezahlungs- und sonstigen Arbeitsverhältnisse im Buchdruckgewerbe geführt hätten. Auch müßte man an der Lehrlings-Fala vom Jahre 1890 festhalten und das später betreffs der Lehrlinge in den Tarif hineingebrachte daraus entfernen. Nicht nur nach Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu streben sei dringend notwendig, sondern auch danach, den Tarif ganz eindeutig und klar zu gestalten. Gerade die Berliner hätten unter den jetzigen Unklarheiten zu leiden. Eine Neuregelung müßte ganz besonders auch die Bezahlung der Feiertage, der Ueberstunden und des Spedes erfahren. — Gegen den Punkt 3. nach dem die Tarifverhandlungen unter Zulassung von je zwei Vorstandsmitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes der deutschen Buchdrucker, sowie zweier Nicht-Verbandsmitglieder stattfinden sollen, welchen sechs Theilnehmern jedoch nur beratende Stimme zusteht, hat Redner nichts einzuwenden. Als er Punkt 4 der Resolution zur Verlesung brachte, worin der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins erklärt, den vereinbarten Tarif der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins zur Annahme zu unterbreiten und wonach der Tarif dann spätestens bis zum 15. Mai in kraft treten soll, stimmte ein kleiner Theil der Versammelten, der den weiteren ruhigen Verlauf der Versammlung dann fortwährend durch Zwischenrufe und Sachen unterbrach, ein störendes Gelächter an. Massini fährt darauf fort: Es wäre ein großer Vortheil für die Gehilfen, wenn der Deutsche Buchdrucker-verein in seiner Generalversammlung den Tarif akzeptiren und dadurch eine obligatorische Verpflichtung aller Prinzipale herbeiführen würde. Man möge das nicht unterschätzen. Allerdings sei es schmerzlich, daß die endgiltige Erledigung der Tariffrage bis zum 15. Mai hinausgeschoben werden solle, jedoch vergesse man nicht, daß die Buchdrucker in letzter Zeit überhaupt keinen vernünftigen Tarif hätten. Die Prinzipale selbst hätten bedauert, betreffs der Beschlußfassung durch die Generalversammlung ihres Vereins nicht über dessen Statut hinwegzukommen. Gewiß, auch die Gehilfenvertreter auf der Konferenz seien mit dem Resultat sehr unzufrieden; es frage sich aber nur, was von längerer Dauer sei: das durch Streik oder das durch friedliche Vereinbarungen Errungene. Redner wünscht, daß der verbesserte Tarif in ruhiger friedlicher Weise eingeführt und erzielt werden möge, daß auch in der kleinsten Treitmühle tarifmäßig gearbeitet werde. Darauf charakterisirt er das Verhalten des Vorstandes des Untenbergs-Bundes an Artikeln aus dem „Typograph“, nach denen die Prinzipale durch die Vereinbarungen in Leipzig den „Verbändlern“ gegenüber zu Kreuze gekrochen seien und ihnen, den Harmoniemenschen, einen Fußtritt verfehlt haben sollen. Redner schließt mit dem Ersuchen, daß sich die Versammlung wohl nicht auf den Boden der Leipziger Resolution stellen, aber doch den Versuch machen möge, durch Delegation von Tarifkommissionsmitgliedern eine friedliche Lösung anzustreben: nicht eine solche für den Augenblick, sondern eine dauernde! (Lebhafte Beifall.) — Winkelmann bringt eine dementsprechende Resolution ein und begründet dieselbe. An der neunstündigen Arbeitszeit, der 15prozentigen Erhöhung der Lohn-Grundpositionen sei auf jedem Fall aber festzuhalten. Werde dies dann nicht gewährt, so seien die Verhandlungen abzubrechen. In ein großes Resultat glaube er nicht. Wenn man jedoch jetzt in einen allgemeinen Streik eintreten würde, wäre eine suchtbare Ohrseige die Antwort, die man obendrein verdient hätte. Solcher Kampf erfordere eine günstigere Zeit. (Allgemeiner Beifall.) — Genthe tritt und wendet sich dagegen, jetzt wieder in die alte Tarifgemeinschaft zu treten. Er ist dafür, daß der Tarif immer nur auf ein Jahr festgesetzt werde. — Rosemann: Die Gehilfenvertreter hätten nur die Weisung gehabt, am 10. März über die Forderungen zu verhandeln, und am 11. das Resultat mitzutheilen, damit am nächsten Tage vorgegangen werden könnte, nicht aber die Erledigung bis zum 15. Mai hinauschieben zu lassen. (Lachen, Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Redner tritt für eine Resolution Michaels ein, die für Proklamirung des Streiks ist. Nicht warten, sondern: Vorwärts! (Beifall bei der Minderheit der Versammelten.) Michaelis befürwortet des längeren seine Resolution. Bartels erklärt, die Karre sei in den Dred gefahren, es sei nichts mehr zu machen, auch augenblicklich nicht im Wege des offenen Kampfes, die Prinzipale hätten sich schon mit ihren Arbeiten vorgeesehen. Redner spricht gegen die Delegation in die Tarifkommission. — Raabe: Wir sind jetzt erschossen; warten wir bis zum 15. Mai, dann fallen wir gewaltig ins Offen. Die Zeit vorzugehen, ist jetzt da. (Beifall bei der Minderheit.) Salomon: Jetzt in den Streik zu treten, würde einen glänzenden Heinfall bedeuten. Nehmen Sie meinen Antrag an, die Leipziger Resolution zurückzuweisen und in keine Wahl von Vertretern zur Tarifkommission einzutreten. Wenn der Verband sich nicht hinter Sie stellt, dann gründen Sie Lokalorganisation. (Beifall bei einem Theil der Anwesenden.) — Der Verbandsvorsitzende Döblin mahnt dazu, den ruhigen Verlauf

Sprechen zu lassen, und legt die Situation eingehend dar. Eine Dummheit wäre es, jetzt in der Zeit ungünstiger Geschäftskonjunktur an einen Kampf zu denken. Auch die Schiffenverreiter seien nicht zufrieden mit der Leipziger Resolution und hätten das offen erklärt. Er, Redner, hätte einen Streit persönlich nicht zu fürchten, aber das Gefühl der Verantwortlichkeit und das Pflichtbewusstsein habe ihn bei seinen Entschlüssen in Leipzig geleitet. Wollte man nicht ganz resultatlos die Stadt wieder verlassen, so habe man wohl über die letzten Vorschläge der Prinzipale betreffs weiterer Verhandlungen abzustimmen. Uebrigens seien verschiedene Erfolge zu begrüßen gerade betreffs der Art der in Aussicht stehenden Verhandlungen. Wer etwas anderes wolle, der möge die Verantwortung dafür auch tragen. (Lebhafte Beifall.) Es sprachen dann noch Rosenberg, P. Neumann und Balzer gegen und Giesecke für das Eintreten in die Tarifverhandlungen, letzterer unter großem Beifall. Nach einem durchschlagenden Schlusswort Masfins wurde unter tumultuarischen Szenen die Resolution Winkelmann's gegen ca. 100 Stimmen angenommen. Da in der geistigen Wiedererregung derselben vernehmlich ein Sah fortgeblieben ist, drucken wir sie nochmals ab: „Die Versammlung erklärt sich mit der in Leipzig gefassten Resolution nicht einverstanden. Sie hält nach wie vor an der neunstündigen Arbeitszeit und der 15 prozentigen Erhöhung der Grundposition fest. Um jedoch zu einem Resultat zu gelangen, beschließen die Versammelten, in die Wahl von Vertretern zur Tarifkommission einzutreten und von dem Ergebnis der Tarifberatung ihre weiteren Schritte abhängig zu machen.“ — Als Kandidaten für die Urwahl stellte man für den Kreis Brandenburg Giesecke und als dessen Stellvertreter Wachsauf.

Eine öffentliche Versammlung der Püher, die von ca. 800 Personen besucht war, fand am Montag Nachmittag statt, um über „Stellungnahme zu den im Herbst 1895 gestellten Forderungen“ zu beraten und zu beschließen. Grothmann, als Berichterstatter, erläuterte in seinem einleitenden Referat die gestellten Bedingungen und die Möglichkeit der Durchführung derselben, indem er unter anderem auch auf die schon in einem früheren Bericht erwähnten, 3 wöchentlichen Erhöhung, die noch schlimmer seien als viele Bauunternehmer, da sie gewöhnlich manifestieren unter der Angabe, daß alles der Frau gehört; ja es sei, wie Dietrich bemerkt, schon vorgekommen, daß bei einer Klage am Gewerbegericht ein siebenjähriger Knabe und ein elfjähriges Mädchen als „Unternehmer“ auftraten. Ueber den Umfang des Waischwindels giebt Dietrich eine Statistik bekannt, die er während seiner Tätigkeit als Gewerbegerichts-Beisitzer zusammenstellte. Danach wurden in den letzten 4 Jahren allein gegen 900 Firmen 1165 Lohnforderungen in Höhe von 72,053 M. durch Klagen beim Gewerbegericht anhängig gemacht; Forderungen, um welche die Püher einfach geprellt wurden. Die Ansprüche der Püher bei einer Lohnbewegung in diesem Jahre saßt Redner zusammen in folgender Resolution: „Die Versammlung der Püher beschließt: In Erwägung, 1. daß die immer mehr sich greifende Verlängerung der Arbeitszeit unter den Pühern das Angebot in erschwerender Weise vermindert, soll auf allen Bauten nur neun Stunden gearbeitet werden; 2. an Lohnvorschuß müssen auf jede Püher- und Hülfarbeit 7 Mark pro Tag gewährt werden; 3. die Auszahlung des Vorschußlohnes muß jeden

Sonabend erfolgen; die Lieferung von Nützigen ist nicht gewerbetreibenden Pühern unterzogen. 4. Auf allen Baubetrieben, die diese Bestimmungen nicht innehalten, sind von einem noch näher zu bestimmenden Tage an sämtliche Püher Berlins und der Umgegend verpflichtet, die Arbeit ruhen zu lassen. Um diese Beschlüsse wirksam durchzuführen zu können, verpflichten sich die Anwesenden, der Organisation beizutreten und die Streikenden zu unterstützen.“ In der hierauf folgenden Diskussion wurde von Meyer und Jachobusch betont, daß nach dem einmal aufgestellten Tarif die Resolution überflüssig geworden sei; wenn man das Solidaritätsgefühl mehr pflegen würde, könne man auch bald das schwebliche Kolonnenwesen beseitigen. In ähnlichem Sinne äußerten sich König und Zillmer, während Schulz wünscht, daß die Reibereien zwischen den „inneren“ und „äußeren“ Pühern endlich aufhören möchten. Nachdem noch Grömler, Meyer und Grothmann gesprochen und zur Einigkeit aufgefordert, ersuchte Schulz, dem Vertrauensmann über alle Mißstände auf den Bauten Mitteilung zu machen, um eine strenge und genaue Kontrolle durchzuführen. Sodann gelangte die oben erwähnte Resolution einstimmig zur Annahme. Auf Antrag Semansky's werden dem Vertrauensmann zwei Hülfskräfte, die Püher Schulz und Lange, zur Seite gestellt. Hierauf wurde Grothmann zur Gewerkschaftskommission als Delegierter, Vogel als Vertreter gewählt. — Die nächste öffentliche Versammlung findet am Montag, nachmittags 4 Uhr statt. Der Vertrauensmann Vogel, an welchen alle Beschwerden zu richten sind, wohnt Weidenweg 35.

Eine Mitgliederversammlung des Zentral-Verbandes der Maurer (Zahlstelle II) tagte am Sonntag, den 15. d. M., bei Cohn, Weichstr. 22. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte das Mitglied Gröpler. Redner schilderte besonders eingehend die unerträglichen Zustände im Baugewerbe. So habe ein Unternehmer in der Dorfstraße, der bisher 50 Pfg. pro Stunde zahlte, seinen Arbeitern, als sie am letzten Montag eine Erhöhung des Lohnes verlangten, versprochen, das Geforderte zu bewilligen. Am Sonnabend haben jedoch nur einige das Geforderte erhalten, während die anderen mit dem alten Lohnsatz abgepfiffen wurden. In Friedrichsberg werde ein Bau aufgeführt, der wegen seiner eigenartigen Arbeit das Staunen eines jeden Fachmannes erregen muß. Schon von der Straße aus sehe man, wie trumm und schief die Pfeiler gemauert seien, so daß man jeden Augenblick glaube, der Bau stürze zusammen. Zum Schluß ermahnt Redner die Versammelten, rege für den Zentralverband der Maurer Deutschlands zu agitieren. In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Silberstein behandelte in ausführlicher Weise die Bauverhältnisse, die in den letzten Wochen in Hamburg, Köln und Berlin erfolgten. Wenn man bei diesen Ereignissen größtentheils dem Sturm, der in den letzten Tagen gewüthet hat, die Schuld beimesse, so sei dem entgegenzuhalten, was soll aus solchen Häusern werden, wenn sie erst bewohnt sind? Am Schluß seiner Ausführungen weist Redner auf die Versammlung hin, die am Donnerstag, den 19. d. M. in Cohn's Festsaal stattfindet. In dieser Versammlung werden die Vertrauensmänner beider Richtungen, welche in der letzten Versammlung den Auftrag erhielten, für ein einheitliches Vorgehen bei einer Lohnbewegung zu wirken, Bericht erstatten.

Im Schlusswort betonte der Referent, daß sich ein jeder der Organisation anschließen möge, denn ohne diese sei eine Lohnforderung nie dauernd zu erhalten. Ferner brachte Redner noch einige Mißstände, die ihm im Laufe der Versammlung mitgeteilt waren, zur Sprache. So wird in dem Baugeschäft von Schulz u. Komp. in der Burgstraße 13 Stunden gearbeitet. In Moabit, in der Geyhaverstraße, fangen diejenigen Maurer, die Schurmermauern machen, um 6 Uhr früh an, während die andern um 7 Uhr kommen. Im Verhiebenden macht der Bevollmächtigte die Mitglieder darauf aufmerksam, bei einem Umzug ihre Adresse beim Kassierer oder Hülfskassierer anzugeben, damit ihnen der „Grundstein“ regelmäßig zugeschickt werden kann.

In der öffentlichen Versammlung der Trostschensker, welche in der Nacht zum 17. d. im Schweizer Garten tagte, fand nach einem Vortrage des Genossen Friedrich Hoffmann über das Thema: „Das Recht auf Faulheit“, welcher die lebhafteste Anerkennung der Versammelten fand, eine Besprechung über den Streikfonds statt. S. Schulz, Banse und andere legten in eingehender Weise die Bedeutung des Streikfonds klar, stellten manntliche über denselben verbreitete Irrthümer richtig und forderten zur eifrigen Beteiligung an den Sammlungen auf, die bis jetzt noch zu wünschen übrig lasse. N. Schulz regte nochmals die Wahl von Vertrauensmännern auf den einzelnen Fabrikhöfen an, und auch Hoffmann befürwortete das Vertrauensmänner-System. Dasselbe wird zwar im Auge behalten werden, doch soll es vorerst bei der Agitationskommission sein Verwenden haben. Diefelbe wurde durch eine Reihe von Mitgliedern für den Osten und Süd-Osten verstärkt. Beschlossen wurde noch, auf den Gräbern der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 8. d. M., hielt der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ seine regelmäßige Versammlung ab, in der Dr. Jost über: Die neuesten Errungenschaften der Astronomie sprach. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und beantwortete sodann der Vortragende in bereitwilligster Weise einige Fragen, die inzwischen eingelaufen waren. Da sonst weiter nichts vorlag, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Eine Gemeindevähler-Versammlung für Nixdorf tagte am Sonntag Nachmittag in den Viktorialden. Genosse Jahn sprach über die bevorstehende Wahl und die Landgemeindevähler-Ordnung. In der Diskussion, an der sich die Genossen Ostermann, Schall, Köppen, Busch, Minnrich, Freudreich und die Kandidaten Meyer und Thomas beteiligten, wurden die bisherigen Vertreter im Gemeinderath wegen ihrer großen Pässigkeit getadelt und an die Kandidaten die Forderung gestellt: den Wählern von Zeit zu Zeit Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten und sofort ihr Mandat niederzulegen, wenn die Wähler mit ihrem Verhalten im Gemeinderath nicht einverstanden sind. Meyer und Thomas als Kandidaten gaben hierauf die Erklärung ab, daß sie nicht nur jederzeit das Interesse der Arbeiter vertreten, sondern auch bereit sein würden, auf Wunsch der Wähler ihr Mandat niederzulegen. Vor allem gelte es jetzt, die Charta des vorigen Jahres auszuweihen und das Vertrauen der Wähler von neuem zu erwerben und zu erhalten. Das Wahlergebnis soll am Mittwoch in der Versammlung veröffentlicht werden.

Wöbel-Lischlerei von G. A. Noack, Tischlermeister. Spezialität: Wohnungs-Einrichtungen
 Sie kaufen Wohnungs-Einrichtungen M. 240,-; 340,-; 450,-; 500,-; 600,-; 750,- bis 2000,- u. keine Scheinwerkstätten!
Berlin, Verkaufsmagazin: Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenstrasse, am Oranienplatz. Fabrik: Fruchtstr. 31. Garantie für gediegene und dauerhafte Ausführung.
 Begründet 1890. Kataloge franco!

Belle-Alliance-Theater.
 Sonntag, den 22. März 1896, nachmittags 2½ Uhr.
 Zum ersten Male:
Rothe Bettel.
 Schwank in 4 Akten nach einem norwegischen Stoffe von Richard Mark. Peterson, Bürgermeister Wilhelm Ruff. Stanislaus Wenzel. Ernst Peterson. Müll, seine Tochter Lotte Proppowson. Adelaide. Hedwig Jordan. Johanna, seine Frau Elise Hüffel. Dr. Max Norbert. Leo Landeck. Adalbert Wolter, Rektor, Paul Haackel, als Gast (Stadttheater in Stettin). als Gast (Stadttheater in Barmen). Stumpe, Polizeidiener Charl. Cassman.
Beginn der Verloosung 2 Uhr.
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind von heute ab in den bekannten Geschäften zu haben. 285/19

1000 (Modell) Damen!
 Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jackets 5-12, (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
 Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehmb. Cape 8-20,00, Kragen, Capes in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 3-10,00. P*
 Gelegenheitskauf im Engros-Geschäft Landsbergerstr. 59, 1 Tr. am Alex.-Platz.
 Bitter-Plasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Zl., Korn (verschied. gemischt) 45 Pf., ohne Zl., Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Möbeltischlerei
 11. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solidester Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatt im Hause.

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“
J. Brünn,
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Emallirte Milchkübel, mit Piano, 60 Personen fassend, noch einige Tage frei.
Otto Lindner, Gartenstr. 158, 382b, Wdikel, Ackerstraße 145.

Sophaplüsch = Reste =
 in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Frisè und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco!
 Abgepackte Satteltaschen sehr hochelegante billig.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

Möbel-Ausverkauf,
 passende Gelegenheiten für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue König-Strasse 69, sollen circa 200 Wohnungen-Einrichtungen, vertrieben gewesen und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schenkwürdig verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertrieben gewesener Möbel, welche fast neu sind und um halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 60, 100, 200 Mt. abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 2000 M. Theilzahlung gestattet. Soeben ohne Anzahlung, Kleiderständer 12 Mt., Kommoden, Küchensplind 12, Stühle 2 Mt., Nuthbaum-Kleiderständer, Vertikons 30 Mt., Aufschneidmaschinen 25, Bettstellen mit Matratzen 10 Mt., Sopha 10, Seitenstühle, Kleiderständer, hochelegant 60, Truhen mit Schalen und Kasten 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000, 12000, 15000, 20000, 25000, 30000, 40000, 50000, 60000, 70000, 80000, 90000, 100000, 120000, 150000, 200000, 250000, 300000, 400000, 500000, 600000, 700000, 800000, 900000, 1000000, 1200000, 1500000, 2000000, 2500000, 3000000, 4000000, 5000000, 6000000, 7000000, 8000000, 9000000, 10000000, 12000000, 15000000, 20000000, 25000000, 30000000, 40000000, 50000000, 60000000, 70000000, 80000000, 90000000, 100000000, 120000000, 150000000, 200000000, 250000000, 300000000, 400000000, 500000000, 600000000, 700000000, 800000000, 900000000, 1000000000, 1200000000, 1500000000, 2000000000, 2500000000, 3000000000, 4000000000, 5000000000, 6000000000, 7000000000, 8000000000, 9000000000, 10000000000, 12000000000, 15000000000, 20000000000, 25000000000, 30000000000, 40000000000, 50000000000, 60000000000, 70000000000, 80000000000, 90000000000, 100000000000, 120000000000, 150000000000, 200000000000, 250000000000, 300000000000, 400000000000, 500000000000, 600000000000, 700000000000, 800000000000, 900000000000, 1000000000000, 1200000000000, 1500000000000, 2000000000000, 2500000000000, 3000000000000, 4000000000000, 5000000000000, 6000000000000, 7000000000000, 8000000000000, 9000000000000, 10000000000000, 12000000000000, 15000000000000, 20000000000000, 25000000000000, 30000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 60000000000000, 70000000000000, 80000000000000, 90000000000000, 100000000000000, 120000000000000, 150000000000000, 200000000000000, 250000000000000, 300000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 600000000000000, 700000000000000, 800000000000000, 900000000000000, 1000000000000000, 1200000000000000, 1500000000000000, 2000000000000000, 2500000000000000, 3000000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 6000000000000000, 7000000000000000, 8000000000000000, 9000000000000000, 10000000000000000, 12000000000000000, 15000000000000000, 20000000000000000, 25000000000000000, 30000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 60000000000000000, 70000000000000000, 80000000000000000, 90000000000000000, 100000000000000000, 120000000000000000, 150000000000000000, 200000000000000000, 250000000000000000, 300000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 600000000000000000, 700000000000000000, 800000000000000000, 900000000000000000, 1000000000000000000, 1200000000000000000, 1500000000000000000, 2000000000000000000, 2500000000000000000, 3000000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 6000000000000000000, 7000000000000000000, 8000000000000000000, 9000000000000000000, 10000000000000000000, 12000000000000000000, 15000000000000000000, 20000000000000000000, 25000000000000000000, 30000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 60000000000000000000, 70000000000000000000, 80000000000000000000, 90000000000000000000, 100000000000000000000, 120000000000000000000, 150000000000000000000, 200000000000000000000, 250000000000000000000, 300000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 600000000000000000000, 700000000000000000000, 800000000000000000000, 900000000000000000000, 1000000000000000000000, 1200000000000000000000, 1500000000000000000000, 2000000000000000000000, 2500000000000000000000, 3000000000000000000000, 4000000000000000000000, 5000000000000000000000, 6000000000000000000000, 7000000000000000000000, 8000000000000000000000, 9000000000000000000000, 10000000000000000000000, 12000000000000000000000, 15000000000000000000000, 20000000000000000000000, 25000000000000000000000, 30000000000000000000000, 40000000000000000000000, 50000000000000000000000, 60000000000000000000000, 70000000000000000000000, 80000000000000000000000, 90000000000000000000000, 100000000000000000000000, 120000000000000000000000, 150000000000000000000000, 200000000000000000000000, 250000000000000000000000, 300000000000000000000000, 400000000000000000000000, 500000000000000000000000, 600000000000000000000000, 700000000000000000000000, 800000000000000000000000, 900000000000000000000000, 1000000000000000000000000, 1200000000000000000000000, 1500000000000000000000000, 2000000000000000000000000, 2500000000000000000000000, 3000000000000000000000000, 4000000000000000000000000, 5000000000000000000000000, 6000000000000000000000000, 7000000000000000000000000, 8000000000000000000000000, 9000000000000000000000000, 10000000000000000000000000, 12000000000000000000000000, 15000000000000000000000000, 20000000000000000000000000, 25000000000000000000000000, 30000000000000000000000000, 40000000000000000000000000, 50000000000000000000000000, 60000000000000000000000000, 70000000000000000000000000, 80000000000000000000000000, 90000000000000000000000000, 100000000000000000000000000, 120000000000000000000000000, 150000000000000000000000000, 200000000000000000000000000, 250000000000000000000000000, 300000000000000000000000000, 400000000000000000000000000, 500000000000000000000000000, 600000000000000000000000000, 700000000000000000000000000, 800000000000000000000000000, 900000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000, 6000000000000

Achtung! Maurer! Achtung!

Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Cohn, Bruthstraße Nr. 20 (großer Saal):

Große öffentliche allgemeine Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung beiderseitiger Vertrauensmänner über die Einigung.
2. Diskussion.

Der hochwichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Maurer, zu erscheinen.

132/13

Die Einberufer.

Fritz Kater,
Vertrauensmann der Maurer Berlins u. Umgegend.

Carl Panser,
Vertrauensmann der Maurer Deutschlands.

Achtung, Holzarbeiter!

In folgenden Werkstellen sind unsere Forderungen bis jetzt nicht bewilligt:

- Kastmöbel und Wäffels: Hagenow, Waldemarstraße 23.
- Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Keutel, Stralauerstr. 35.
- Mühlbauer, Andreasplatz 3. Dohse, Grüner Weg 2. Reimann, Feilnerstr. 5.
- Nähmaschinen: Frisler u. Kohnmann, Stalitzerstr. 134/135.
- Goldleisten: Methlow u. Co., Köpnickestr. 109. Stieghahn, Waldemarstraße 14.
- Luzurmöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Fritsche, Orantenstr. 86 (streifen die Drechsler).
- Eisenmöbelfabrik von Schulz, Hasenhaide 9 (11 Tischler).
- Möbelbaumaschinen-Fabrik: Pöyold u. Komp. (31 Tischler), Waldstraße 88-85.
- Telephon: Trumple, Holzmarktstr. 48.

Buzug fernhalten.



Mai-Marken

liefert schnell und billig
Jean Holze,
Hamburg, gr. Drehbahn 45.
Verlangen Sie Muster.

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug **Oranien-Strasse 73, Hof 1.**, günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Niederverkaufer. In meinem 4 Stagen großen Möbelspeicher, alles hell und überflüssig, kein Laden, sollen sofort ca. 300 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100-1000 Mark und darüber verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen Borräthe vorliegend gewesener zum Teil sehr wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren Preis. Zehntelabgabe gestattet. Kleiderständer, Sopha 12 Mark, Kommode, Küchenspend, Waschtiselle 12 Mark, Stühle 3 Mark, Bettstellen mit Federmatratze und Reistissen 12 Mark, elegante Ruhbaum-Kleiderständer und Waschtische 20 Mark, Tischspende 40 Mark, Säulen-Kleiderständer und Vertikons, hoch-elegant 40 Mark, Trucaeau mit Stufe 55 Mark, Plüschgarnituren 60 und 100 Mark, Sesselgarnituren, Ganzesopha 80 Mark, Plüschgarnituren, Chaiselongue, Schlafsofa, Schreib-tische, Koulissenstische, Wäffels, Schreibstühle, Tische, Spiegel etc., alles saunend billig, sowie fertig decorierte Salons, Speise- und Schlaf-stimmer. Beschädigung erbiten ohne Rücksicht. Gefante Möbel können drei Monat kostenfrei lagern und eigene Sperrung werden durch transportirt und aufgestellt. 4233 L.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Lokale von J. Henke, Haunstraße 27:

Werkstattdelegirten-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Es ist unbedingte Pflicht der Kollegen, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Der Vorstand.

Oeffentl. Versammlung der Lackirer!

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Boltz, Alte Jakobstr. 75.

Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über den Stand des Streiks.
S. Raubenhans, Moritzstr. 23. B. Schmitz.

Achtung, Klempner!

Weiter bewilligt haben folgende Firmen: Birkner, Brandenburgstraße; Vogel, Ritterstr. 17; Art & Fricke; Buchholz, Orantenstr. 21; M. Aler, Stalitzerstr. 29a. Insgesamt haben 13 Firmen mit 262 Arbeitern die Forderungen bewilligt. In den Werkstätten von Hieslaff, Stalitzerstr. 39; Herken Nachf., Simeonstr. 18; Herm. Schäfer, Pringestr. 34; Otto Vogel, Andreasstr. 32; Voigt & Hertmann befinden sich sämtliche dafelbst beschäftigten 70 Arbeiter im Ausstande.

Alle Angelegenheiten sind dem Streikbureau, Annenstr. 16, mit-zutheilen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Rätber, N., Anklamerstr. 44.

Achtung! Feilenhauer und Berufsgenossen.

Donnerstag, den 19. März 1896, bei Schops, Gerichtstr. 10 (Hochplatz):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der gewählten Kommission über die Verhandlung mit der Firma Rüddefrau. 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“

Am Ostbahnhof Nr. 3.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die diesjährige

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 29. März, nachmittags 1 Uhr, im Lokal des Herrn Steppin, Am Ostbahnhof Nr. 4, stattfindet.

Tages-Ordnung: 1. Vorlage des Jahresabschlusses. 2. Verwendung des Reingewinnes. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrathes. 4. Geschäftliches. Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.
Hermann Teupel, Geschäftsführer. Fr. Junker, Kassirer.

NB. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Bilanz den Genossen in unserem Komptoir, Am Ostbahnhof Nr. 3, zur Einsicht ausliegt. D. D.

Achtung! Oeffentliche Versammlungen

können im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, nachdem die Beschäftigung durch die Polizei-Wauninspektion stattgefunden hat, abgehalten werden.

Hoffmann.

Bekanntmachung.

In einigen Sonnabenden im April und Mai ist der Saal im Schweizer-Garten frei geworden. Gleichzeitig erlauben wir uns, unser Garten-Etablissement mit Saal zur Abhaltung von Sommerfesten in Erinnerung zu bringen. Bis zum Beginn der Sommer-Saison (24. Mai) ist der Saal zur Abhaltung von Versammlungen unentgeltlich zu vergeben.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin.

II. Wahlkreis.

Grosse Volks-Versammlungen

am Mittwoch, den 18. März 1896, abends 8 1/2 Uhr:

1. Im Saal des Herrn Schnegelsberg, Hasenhaide 20. Referent: Reichstags-Abgeordneter R. Fischer.
2. In Gossmann's Salon, Kreuzbergstraße 48. Referent: Curt Baake.

Tages-Ordnung:

1. Der 18. März. 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

Achtung!

IV. Wahlkreis.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:

Große

Volksversammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen J. Gossmann über: Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat. Um zahlreichen Erscheinen insbesondere der Frauen ersucht

215/14

Der Vertrauensmann.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und Umg. Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 20. März 1896, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Kollegen Mörschel, Schönhauser Allee 28.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Zubeil über: Die neue Novelle zur Gewerbe-Ordnung nach den Beschlüssen zweiter Lesung des Reichstages. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 69/11

Der Vorstand. J. H.: C. Behrend, Blumenthalstr. 5.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Mittwoch, den 18. März 1896, abends 8 Uhr:

Gr. Volksversammlung

in den „Victoria-Sälen“, Hermannstr. 48/50.

Tages-Ordnung:

Der 18. März und seine Bedeutung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil. — Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht

204/6

Die Vertrauensperson.

Auschnneiden

Münzel's Loh-Tanninbäder

Ballstraße 70-71,
Neu-Cölln a. W. 6-8,
Ansbacherstraße 19,
Pankstr. 32, Berlin,
heilen sicher und radikal
Gicht, Ischias, Podagra,
Rheumatismus

für nur 1 Mk.

veraltete Leiden, Folgen von Nerven- und Magenleiden, sowie alle Haut-, Blut-, Frauen-Krankheiten, täglich für Damen und Herren bis abends 10 Uhr.

Inhaber dieser Annonce erhält ein Probepack

für nur 1 Mk.

Lohbäder für Krankenkassen.

Jeder spart viel Geld,

wenn er selbst aus den Vororten die Reise nicht scheut, seinen Bedarf in

Hosen

aus Leder, Zwirn und Stoff direkt aus der Fabrik

Gormannstr. 2, 1 Tr.

(Ecke Weinmeister- u. Rosenthalerstr. zu beziehen. 44779*

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Plüsch-Garnituren, Bancel-Sopha, Leppische, Portiären, Gardinen, ganze Wohnungseinrichtungen, auch auf Theilzahlung, mit geringen An- u. Ratenzahlungen bei L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, 1 Tr. 41502*

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gefrigte Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Fordert nur

4637L*

in allen Auschanklokale Berlins.

„Schlafa patent“

in Jaekel's Patent-Bett-Schränken in einfacher und reicher Ausstattung, mit und ohne Schlafzimmer-Einrichtung.

Preis von 40 M. an. Preislisten gratis und franco.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik Berlin, Markgratenstrasse 20, Ecke Köpenstrasse.



Verehrte Hausfrau!

Haben Sie schon einen Versuch mit dem

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schuhmarke „Schwan“) gemacht?

Wenn nicht, dann säumen Sie nicht länger damit! Es giebt kein probateres Mittel, um schnell und ohne viele Mühe, ohne Schaden für den Stoff, hübsche weiße Wäsche zu erhalten.

Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Kolonialwarenhandlungen. M*

Wegen Liquidation

des hiesigen Lagers der Export-Compagnie für deutschen Cognac verkaufe ich die Borräthe zu erheblich ermäßigten Preisen und mache besonders auf die vorzüg. abgel. Cognacs in mittleren und besseren Marken

à M. 1,40, 1,60, 1,80, 2,00, 2,25 per Liter oder 1/2 Fl. aufmerksam. 45792*

Siegfr. Zickel, Berlin SO., Brändenstr. 10a.

Bur Frühjahrsaison

verkaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:

Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität

M. 4,75, 5,50, 6,30, 7,75 u. s. w.

Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel

M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung, von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Einsegnungstiefeln zu außerordentlich billigen Preisen aufmerksam. Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Zuschriftete Preislisten gratis und franco. 39/15

S. Selbiger, Schuhfabrik,

Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.